



Gesetz über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen

(Zahlungskontengesetz – ZKG)

gegenübergestellt der Gesetzesbegründung der Bundesregierung

(BT-Drs. Drucksache 18/7204)

 **PAYMENT.TECHNOLOGY.LAW.**



Gesetz über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (Zahlungskontengesetz – ZKG)

Aktueller Gesetzestext	Begründung des BMF
Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften	
§ 1 Anwendungsbereich	
<p>Dieses Gesetz gilt, soweit hierin nicht ausdrücklich etwas anderes geregelt ist, für alle Verbraucher sowie für Zahlungsdienstleister, die auf dem Markt Zahlungskonten für Verbraucher anbieten.</p>	<p>§ 1 legt in Umsetzung des Artikels 1 der Zahlungskontenrichtlinie den Adressatenkreis dieses Gesetzes fest. Das Gesetz beinhaltet in Umsetzung dieser Richtlinie einen aufsichtsrechtlichen, mithin öffentlich-rechtlichen Regelungsgegenstand und zugleich auch Rechte und Pflichten der Zahlungsdienstleister und der Verbraucher, die zivilrechtlicher Natur sind. Deshalb hat dieses Gesetz einen Doppelcharakter. Nach der Richtlinie sind alle Verbraucher, nicht jedoch Unternehmer, die Inhaber von Zahlungskonten in der Europäischen Union sind oder ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen eröffnen möchten, erfasst. Der Anwendungsbereich für Zahlungsdienstleister ist differenzierter gefasst. Während die Regelungen zur Vergleichbarkeit der für die Zahlungskonten in Rechnung gestellten Entgelte und für den Kontowechsel nach der Zahlungskontenrichtlinie für alle Zahlungsdienstleister gelten (Artikel 1 Absatz 3), finden die Rechte und Pflichten beim Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode – 57 – Drucksache 18/7204 Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen nur für CRR-Kreditinstitute im Sinne des § 1 Absatz 3d KWG Anwendung (Artikel 1 Absatz 4). Bürgschaftsbanken, Kreditgarantiegemeinschaften, Depotbanken oder Teilzahlungsinstitute sind zwar Kreditinstitute im Sinne des § 1 Absatz 1 KWG. Sie führen zwar Konten im Sinne des § 1 Absatz 3 ZAG. Diese dienen jedoch nicht der Erbringung von Zahlungsdiensten für Verbraucher. Gleiches gilt für Förderbanken des Bundes und der Länder. Deshalb gilt dieses Gesetz für diese Kreditinstitute nicht.</p>



§ 2
Begriffsbestimmungen

(1) ¹Rechtmäßiger Aufenthalt in der Europäischen Union ist der rechtmäßige Aufenthalt natürlicher Personen, einschließlich Personen ohne festen Wohnsitz, in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union auf Grund des Unionsrechts oder auf Grund nationalen Rechts sowie der rechtmäßige Aufenthalt Asylsuchender im Sinne des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (BGBl. 1953 II S. 560), des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967 (BGBl. 1969 II S. 1294) und anderer einschlägiger völkerrechtlicher Verträge. ²Als rechtmäßiger Aufenthalt in der Europäischen Union im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Aufenthalt im Inland Geduldeter.

(2) Ein mit einem Zahlungskonto verbundener Dienst ist jeder Dienst im Zusammenhang mit der Eröffnung, dem Führen oder dem Schließen eines Zahlungskontos einschließlich Zahlungsdiensten und Zahlungsvorgängen, die unter Artikel 3 Buchstabe g der Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 97/7/EG, 2002/65/EG, 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 97/5/EG (ABl. L 319 vom 5.12.2007, S. 1; L 187 vom 18.7.2009, S. 5), die

§ 2 enthält in Umsetzung des Artikels 2 der Zahlungskontenrichtlinie einen Katalog von Begriffsbestimmungen und Definitionen, die u. a. zusammen mit § 1 den Adressatenkreis des Gesetzes festlegen und einen auf einzelne Finanzaktivitäten abgestimmten Katalog für den Anwendungsbereich dieses Gesetzes enthalten, soweit dieser nicht im Zusammenhang mit den einzelnen Normbefehlen geregelt ist.

Zu Absatz 1:

Mit Absatz 1 wird Artikel 2 Nummer 2 der Zahlungskontenrichtlinie umgesetzt und der Adressatenkreis auch auf Verbraucher ohne festen Wohnsitz und Asylsuchende (Satz 1) sowie auf im Inland Geduldete (Satz 2) ausgedehnt. Verbraucher mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Union sollten nach den Vorgaben der Richtlinie nicht aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Wohnsitzes oder aus anderen in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union genannten Gründen diskriminiert werden; insbesondere dann, wenn sie in der Europäischen Union ein Zahlungskonto in der Form des Basiskontos beantragen oder dieses nutzen. Durch Artikel 2 Nummer 2 der Richtlinie ist klargestellt, dass der Begriff „mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Union“ sowohl Unionsbürger als auch Drittstaatsangehörige erfassen soll, die bereits in den Genuss von Rechten aus Rechtsakten der Union kommen, wie der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates, der Richtlinie 2003/109/EG des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 859/2003 des Rates und der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates. Der Begriff soll außerdem Asylsuchende im Sinne des Genfer Abkommens vom 28.07.1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, des dazugehörigen Protokolls vom 31.01.1967 und anderer einschlägiger völkerrechtlicher Verträge erfassen. Darüber hinaus sollen die Mitgliedstaaten den Begriff „mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Europäischen Union“ auf andere Drittstaatsangehörige ausdehnen, die sich in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten. Nach diesem Gesetz fallen auch „Geduldete“ im Sinne des deutschen Ausländerrechts unter die Begriffsbestimmung „rechtmäßiger Aufenthalt in der Europäischen Union“, auch wenn sie sich aufenthaltsrechtlich nicht rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten. Ausländerrechtlich „Geduldete“ besitzen in Deutschland nach einem abgeschlossenen Asylverfahren oftmals jahrelang diesen Status und sind deshalb in gleichem Maße wie andere Bevölkerungsgruppen ebenfalls auf ein Basiskonto mit grundlegenden Funktionen, unter anderem für die Arbeitsaufnahme und die Berufsausbildung, angewiesen.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 setzt Artikel 2 Nummer 6 der Zahlungskontenrichtlinie um. Der „mit einem Zahlungskonto verbundene Dienst“ ist dort weiter definiert als der Begriff des Zahlungsdienstes in Artikel 4 Absatz 3 der Zahlungsdiensterichtlinie 2007/64/EG und seines Verweises auf die im Anhang zur Zahlungsdiensterichtlinie aufgeführten Tätigkeiten, der durch § 1 Absatz 2 ZAG in deutsches Recht umgesetzt worden ist. Der „mit einem Zahlungskonto verbundene Dienst“ umfasst auch Tätigkeiten, wie



<p>durch die Richtlinie 2009/111/EG (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 97) geändert worden ist, fallen, sowie Überziehungsmöglichkeiten und Überschreitungen.</p> <p>(3) Zahlungsdienstleister ist ein Zahlungsdienstleister im Sinne des Artikels 4 Nummer 9 der Richtlinie 2007/64/EG.</p> <p>(4) Europäischer Zahlungsdienstleister ist ein in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässiger Zahlungsdienstleister im Sinne des Artikels 4 Nummer 9 der Richtlinie 2007/64/EG.</p> <p>(5) Institut im Sinne dieses Gesetzes ist ein Kreditinstitut im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1; L 208 vom 2.8.2013, S. 68; L 321 vom 30.11.2013, S. 6), die durch die Delegierte Verordnung (EU) 2015/62 (ABl. L 11 vom 17.1.2015, S. 37) geändert worden ist, eine Zweigniederlassung nach § 53b Absatz 1 Satz 1 oder 2 des Kreditwesengesetzes oder eine Zweigstelle nach § 53 des Kreditwesengesetzes.</p> <p>(6) Maßgebliche Zahlungskontendienste sind die mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste, die in der jeweils aktuellen Liste der repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste enthalten sind, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht veröffentlicht worden ist.</p>	<p>Zahlungsvorgänge unter Bereitstellung eines Geldbetrags durch einen Papierscheck oder Wechsels in Papierform, die vom Anwendungsbereich der Zahlungsdienstleistungsrichtlinie nach Artikel 3 Buchstabe g ausgenommen sind, sowie Überziehungsmöglichkeiten und Überschreitungen.</p> <p><u>Zu Absatz 3:</u> Mit dieser Begriffsbestimmung wird Artikel 2 Nummer 7 der Zahlungskontenrichtlinie umgesetzt.</p> <p><u>Zu Absatz 4:</u> Aufgrund dieser Definition wird klargestellt, dass nicht nur Zahlungsdienstleister, die einer Erlaubnis bedürfen und einer laufenden Aufsicht unterworfen sind, Adressat einzelner Regelungen der Zahlungskontenrichtlinie sind, sondern auch natürliche oder juristische Personen, die Zahlungsvorgänge nur in geringem Umfang durchführen und deshalb lediglich registriert sind (Artikel 26 der Zahlungsdienstleistungsrichtlinie 2007/64/EG). Deutschland hat von dieser Option nicht Gebrauch gemacht. Diese Definition kann jedoch bei der grenzüberschreitenden Kontoeröffnung in Abschnitt 4 dieses Gesetzes eine Rolle spielen.</p> <p><u>Zu Absatz 5:</u> Diese Definition ist für den Anwendungsbereich des Abschnitts 5 dieses Gesetzes von Bedeutung. Damit Nutzer von Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen auf ein vollständiges Angebot von Basisdienstleistungen im Zusammenhang mit einem Basiskonto zurückgreifen können, sind nicht alle Zahlungsdienstleister, wozu unter anderem Zahlungsinstitute nach § 1 Absatz 1 Nummer 5 ZAG gehören, verpflichtet nach Artikel 16 Absatz 1 der Zahlungskontenrichtlinie, sondern nur Kreditinstitute. Bei der Definition des Kreditinstituts ist nicht der breitere Kreditinstitutsbegriff des § 1 Absatz 1 KWG, sondern die Definition des § 1 Absatz 3d KWG zugrunde zu legen. CRR-Kreditinstitute im Sinne dieses Gesetzes sind Kreditinstitute im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1). Da auch Zweigniederlassungen von Kreditinstituten in Deutschland nach § 53b Absatz 1 Satz 1 KWG oder Zweigstellen nach § 53 KWG Girokonten bzw. Basiskonten am deutschen Markt anbieten, sind sie unter diesen Voraussetzungen ebenfalls in den Anwendungsbereich dieses Gesetzes einbezogen.</p> <p><u>Zu Absatz 6:</u> Mit dem Begriff „maßgebliche Zahlungskontendienste“ werden in diesem Gesetz die mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste bezeichnet, die in der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht veröffentlichten jeweils aktuellen Liste der repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste enthalten sind. Durch die Erstellung dieser Liste soll die Vergleichbarkeit insbesondere von Angaben zu Entgelten zu Zahlungsdiensten gefördert werden. Artikel 3 der</p>
--	--



<p>(7) Standardisierte Zahlungskontenterminologie ist die von der Europäischen Kommission gemäß Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 214) festgelegte jeweils aktuelle standardisierte Terminologie für die mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste.</p> <p>(8) Zahlungskonto im Sinne dieses Gesetzes ist ein auf den Namen eines oder mehrerer Zahlungsdienstnutzer lautendes Konto, das für die Ausführung von Zahlungsvorgängen genutzt wird.</p>	<p>Zahlungskontenrichtlinie sieht ein mehrstufiges Verfahren der Erstellung der Listen für die einzelnen Mitgliedstaaten vor; für die Bundesrepublik Deutschland erfolgt die in Artikel 3 Absatz 5 der Richtlinie vorgesehene Veröffentlichung der endgültigen Liste sowie deren Aktualisierung nach Artikel 3 Absatz 6 der Richtlinie nach § 47 Absatz 1 dieses Gesetzes durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.</p> <p><u>Zu Absatz 7:</u> Der Begriff der „standardisierten Zahlungskontenterminologie“ wird in diesem Gesetz als Kurzbezeichnung für die von der Europäischen Kommission festgelegte jeweils aktuelle standardisierte Unionsterminologie für die mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste verwendet. Diese standardisierte Unionsterminologie wird nach Artikel 3 Absatz 4 der Zahlungskontenrichtlinie durch die Kommission mittels eines technischen Regulierungsstandards festgelegt. Zum weiteren Verfahren der Festlegung dieses technischen Regulierungsstandards, insbesondere zur Mitteilung vorläufiger nationaler Listen mit Begriffen und Begriffsbestimmungen in der Amtssprache des jeweiligen Mitgliedstaates sowie zur Erstellung des Entwurfs eines technischen Regulierungsstandards durch die Europäische Bankaufsichtsbehörde siehe Artikel 3 Absätze 1 bis 4 der Richtlinie. Die standardisierte Zahlungskontenterminologie enthält neben den in der aktuellen Unionsterminologie standardisierten Begriffen für die einzelnen Zahlungskontendienste auch die zugehörigen Begriffsbestimmungen. Diese sind auch im Glossar nach § 14 Absatz 1 Nummer 5 zu verwenden.</p> <p><u>Zu Absatz 8:</u> Absatz 8 legt, wie die Zahlungskontenrichtlinie, den Zahlungskontenbegriff des Artikels 4 Nummer 14 der Zahlungsdiensterichtlinie 2007/64/EG zugrunde). Nach Artikel 4 Nummer 14 der Zahlungsdiensterichtlinie ist ein Zahlungskonto „ein auf den Namen eines oder mehrerer Zahlungsdienstnutzer lautendes Konto, das für die Ausführung von Zahlungsvorgängen genutzt wird.“ Von diesem weiten Begriff des Zahlungskontos sollen jedoch Ausnahmen gemacht werden. Hiervon nimmt jedoch Erwägungsgrund 12 der Zahlungskontenrichtlinie Einschränkungen vor, von denen in diesem Gesetz auch Gebrauch gemacht wird. Konten mit eingeschränkten Funktionen, die nicht der Durchführung von Zahlungsdiensten im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 ZAG dienen, d. h. Sparkonten sowie andere Konten, die ausschließlich für Einlagen geführt werden und Kreditkonten sowie Kreditkartenkonten, auf die Geldbeträge ausschließlich zum Zweck der Tilgung von Kreditkartenforderungen überweisen werden, bleiben deshalb von der Anwendung dieses Gesetzes ausgenommen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 3 Allgemeines Benachteiligungsverbot</p> <p>Verbraucher mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Europäischen Union, die innerhalb der Europäischen Union den Abschluss eines Zahlungsdienstvertrags über die Führung eines Zahlungskontos im Sinne des § 1 Absatz 17 des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes beantragen, dürfen von Instituten bei der Eröffnung eines solchen Kontos weder auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Sprache oder ihres Wohnsitzes noch aus anderen Gründen, die in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäi-</p>	<p>§ 3 regelt, dass für die Eröffnung von Zahlungskonten das Diskriminierungsverbot nach Artikel 15 Satz 1 der Zahlungskontenrichtlinie i. V m. Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gilt. Nach Erwägungsgrund 35 der Zahlungskontenrichtlinie sollen Verbraucher mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Europäischen Union nicht aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Wohnsitzes oder</p>



<p>schen Union genannt werden, benachteiligt werden.</p>	<p>aus anderen in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union genannten Gründen diskriminiert werden, wenn sie in der Union ein Zahlungskonto beantragen oder darauf zugreifen.</p> <p>Artikel 21 der Charta der Grundrechte verbietet Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Auch jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit ist nach Maßgabe des Artikels 21 Absatz 2 verboten.</p> <p>Der Antrag auf Eröffnung eines Zahlungskontos darf nicht mit Blick auf die Staatsangehörigkeit, den Wohnsitz, die wirtschaftlichen Verhältnisse oder sonstige in Artikel 21 der Charta genannte Gründe verweigert werden; entsprechendes gilt für die Nutzungsbedingungen für ein solches Konto. Der Antrag auf Eröffnung eines Basiskontos darf auch nicht wegen nicht ausreichender Deutschkenntnisse des Berechtigten oder deshalb verweigert werden, weil der Antragsteller nicht auf seine Kosten die Hilfe eines Dolmetschers in Anspruch nimmt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 4 Abweichende Vereinbarungen</p> <p>(1) Soweit die Vorschriften dieses Gesetzes das Verhältnis zwischen Zahlungsdienstleistern und Verbrauchern regeln, darf von ihnen nicht zum Nachteil des Verbrauchers abgewichen werden, es sei denn, es ist etwas anderes bestimmt.</p> <p>(2) Die Vorschriften dieses Gesetzes gehen anderweitigen Gestaltungen vor, es sei denn, es ist etwas anderes bestimmt.</p>	<p>§ 4 betrifft abweichende Vereinbarungen und legt die halbzwingende Natur der Bestimmungen der Vorschriften dieses Gesetzes fest, soweit diese das Verhältnis zwischen einem Zahlungsdienstleister und einem Verbraucher regeln. In Bezug auf Regelungen aufsichtsrechtlicher Natur kommen von den Bestimmungen dieses Gesetzes abweichende Vereinbarungen zwischen Zahlungsdienstleister und Verbraucher dagegen generell nicht in Betracht.</p> <p>Die Regelung in § 4 setzt die Vorgaben der Zahlungskontenrichtlinie zu deren mindestharmonisierendem Charakter um (siehe Erwägungsgrund 11). Von den Vorschriften dieses Gesetzes, die das Verhältnis zwischen einem Zahlungsdienstleister und einem Verbraucher regeln, darf daher durch eine Vereinbarung der Parteien grundsätzlich nicht zum Nachteil des Verbrauchers abgewichen werden (Absatz 1). Zudem enthält § 4 in Absatz 2 ein Umgehungsverbot und bestimmt, dass die Vorschriften dieses Gesetzes anderweitigen Gestaltungen vorgehen, soweit nichts anderes bestimmt ist. Dies bedeutet, dass die Parteien nicht durch besondere vertragliche Regelungen die Zwecke dieses Gesetzes umgehen und dadurch zum Nachteil des Verbrauchers von den Regelungen dieses Gesetzes abweichen dürfen. Dagegen bleiben solche abweichende Vereinbarungen zulässig, durch die Zahlungsdienstleister und Verbraucher zum Vorteil des Verbrauchers von den Bestimmungen dieses Gesetzes abweichen.</p>



<p style="text-align: center;">Abschnitt 2 Informationspflichten sowie Vergleichbarkeit der Entgelte für Zahlungskonten</p>	
<p style="text-align: center;">Unterabschnitt 1 Informationspflichten</p>	
<p style="text-align: center;">§ 5 Vorvertragliche Entgeltinformation</p> <p>Der Zahlungsdienstleister hat dem Verbraucher rechtzeitig vor dessen Vertragserklärung zum Abschluss eines Zahlungsdiensterahmenvertrags über die Führung eines Zahlungskontos Informationen über Entgelte für mit einem Zahlungskonto verbundene Dienste (Entgeltinformation) nach den §§ 6 bis 9 unentgeltlich mitzuteilen.</p>	<p>§ 5 begründet eine vorvertragliche Pflicht des Zahlungsdienstleisters, Verbrauchern rechtzeitig vor deren Vertragserklärung zum Vertragsabschluss eine Entgeltinformation mitzuteilen, d.h. eine Information über Entgelte für mit einem Zahlungskonto verbundene Dienste. Die Vorschrift setzt Artikel 4 Absatz 1 sowie hinsichtlich der Unentgeltlichkeit der Entgeltinformation Artikel 4 Absatz 5 der Zahlungskontenrichtlinie um. Die Einzelheiten zu Inhalt und Form dieser Entgeltinformation werden in den §§ 6 bis 9 geregelt. Die vorvertragliche Pflicht zur Mitteilung einer Entgeltinformation nach § 5 ist nicht abschließend zu verstehen und tritt neben sonstige, anderweitig begründete Informationspflichten, etwa nach der Preisangabenverordnung und insbesondere neben die allgemeine Pflicht zur Mitteilung vorvertraglicher Informationen und Vertragsbedingungen nach Artikel 248 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB), die dort für Zahlungsdiensterahmenverträge im Sinne des § 675f Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) im Allgemeinen bestimmt ist. Die Pflicht nach § 5 gilt dagegen spezifisch als vorvertragliche Pflicht für Zahlungsdiensterahmenverträge zwischen Zahlungsdienstleistern und Verbrauchern über die Führung von Zahlungskonten. Faktisch bildet die von der vorliegenden Regelung erfasste Führung von Zahlungskonten allerdings den bedeutsamsten Fall eines Zahlungsdiensterahmenvertrags als Verbrauchervertrag ab.</p> <p>In Teilaspekten werden durch § 5 und Artikel 248 § 4 Nummer 3 Buchstabe a EGBGB gleichlaufende Pflichten bestimmt. Die Entgeltinformation nach den §§ 5 bis 9 ist ungeachtet etwaiger inhaltlicher Überschneidungen (vgl. Begründung zu § 6 Absatz 1) zusätzlich zu den nach Artikel 248 § 4 Nummer 3 Buchstabe a EGBGB erforderlichen Informationen zu den Entgelten zu erteilen. Eine gemeinsame Mitteilung der Informationen nach den §§ 5 bis 9 zusammen mit anderen gesetzlich vorgeschriebenen Informationen, insbesondere solchen nach Artikel 248 § 4 EGBGB, ist nicht vorgeschrieben. Von der entsprechenden Option nach Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie soll kein Gebrauch gemacht werden: Die Pflicht zur gemeinsamen Mitteilung würde eine nicht erforderliche zusätzliche Belastung des Zahlungsdienstleisters begründen, zumal im Übrigen auch hinsichtlich der weiteren vorvertraglichen und sonstigen Informationspflichten eine gemeinsame Mitteilung nicht vorgeschrieben ist.</p> <p>Die Pflicht des Zahlungsdienstleisters, Verbrauchern rechtzeitig vor deren Vertragserklärung zum Vertragsabschluss eine standardisierte Entgeltinformation mitzuteilen, soll dem Ziel der besseren Vergleichbarkeit von Zahlungskontenentgelten dienen. Zugleich soll diese Pflicht dazu beitragen, gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Anbieter von Zahlungskonten für Verbraucher zu schaffen (siehe Erwägungsgrund 19 der Zahlungskontenrichtlinie). Die Pflicht zur Mitteilung der Entgeltinformation ordnet sich damit in den Kontext der bereits bisher getroffenen Maßnahmen der Union im Bereich des Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen für Privatkunden ein, durch die bzw. auf deren Grundlage Beiträge dafür geleistet wurden, insbesondere die Qualität und Transparenz der Angebote für Verbraucher zu erhöhen (siehe Erwägungsgrund 1 der Richtlinie).</p>



	<p>Die Entgeltinformation ist durch den Zahlungsdienstleister dem Verbraucher zu mitzuteilen. Das Zahlungskontengesetz übernimmt die auch im BGB und EGBGB vorgenommene Unterscheidung zwischen den Begriffen des „Mitteilens“ (bzw. der „Übermittlung“) einerseits und der „Zurverfügungstellung“ andererseits (siehe hierzu BTDrucks 16/11643, S. 100). Für letzteres genügt es, wenn neben der Bereitstellung der Information durch den Zahlungsdienstleister noch eine aktive Beteiligung des Verbrauchers erfolgen muss, beispielsweise indem er die Informationen ausdrücklich vom Zahlungsdienstleister anfordert oder von der Internet-Homepage des Zahlungsdienstleisters herunterlädt. Wird nach dem Gesetz dagegen ein „Mitteilen“ der Informationen gefordert, hat der Zahlungsdienstleister für den Zugang beim Verbraucher zu sorgen hat, ohne dass der Verbraucher sie ausdrücklich anfordern muss. Die bloße Bereitstellung reicht hier nicht (vgl. Sprau, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 74. Auflage, München 2015, § 675d Rz 2). In Bezug auf Informationen in elektronischer Form bedeutet dies, dass beispielsweise die bloße Schaffung der Möglichkeit des Herunterladens von der Internet-Homepage des Zahlungsdienstleisters nicht genügt, während dagegen eine Zusendung durch den Zahlungsdienstleister an ein vom Verbraucher angegebenes elektronisches Postfach ausreichend wäre. Die Pflicht zur Mitteilung der Entgeltinformation ist eine vorvertragliche zivilrechtliche Verpflichtung des Zahlungsdienstleisters gemäß §§ 241 Absatz 2, 311 Absatz 2 Nummer 1 BGB. Die Nichteinhaltung dieser Pflicht zieht die üblichen Sanktionen bei Verletzung vorvertraglicher Pflichten nach sich. Wie in § 5 ausdrücklich vorgesehen ist, sind als Gegenstand einer gesetzlich bestimmten vorvertraglichen Informationspflicht die Informationen nach § 5 unentgeltlich mitzuteilen. Dies steht im Einklang mit der Regelung des § 675d Absatz 3 BGB, wonach auch für die Erfüllung der Informationspflicht nach Artikel 248 § 4 EGBGB nur in besonderen Fällen ein Entgelt vereinbart werden darf.</p>
	<p><u>Zu den §§ 6 bis 8 (Regelungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der Entgeltinformation):</u></p> <p>Die §§ 6 bis 8 regeln die inhaltliche Ausgestaltung der Entgeltinformation. Durch die durch diese Vorschriften vorgegebene Konkretisierung und Standardisierung des Inhalts der Entgeltinformation soll diese für den Verbraucher möglichst hilfreich ausgestaltet werden und einen problemlosen Vergleich zwischen verschiedenen Anbietern ermöglichen (siehe Erwä-</p>



	<p>gungsgrund 16 der Zahlungskontenrichtlinie).</p> <p>An dieser Stelle soll zunächst ein Gesamtüberblick über die Regelung des Inhalts der Entgeltinformation in den §§ 6 bis 8 dargelegt werden:</p> <p>In den §§ 6 und 7 wird im Einzelnen bestimmt, welche Informationen in der Entgeltinformation enthalten sein müssen. Dabei handelt es sich hier um Informationen verschiedener Art: Die Entgeltinformationen muss erstens Angaben zum Entgelt enthalten, welches für bestimmte mit einem Zahlungskonto verbundene Dienste berechnet wird (§ 6 Absatz 1), zweitens genauer aufgeschlüsselte Angaben zu Dienstpaketen, die für das Zahlungskonto angeboten werden (§ 7 Absatz 1) bzw. als deren Teil das Zahlungskonto angeboten wird (§ 7 Absatz 2), drittens muss sie eine Erläuterung zur nicht abschließenden Natur der Entgeltinformation enthalten (§ 6 Absatz 2). Unabhängig davon, ob die betreffenden Dienste als Teil von Paketen angeboten werden, erstreckt sich die Entgeltinformation jeweils neben Entgelten auch auf Kosten und Vertragsstrafen (§§ 6 Absatz 1 Satz 3 und 7 Absatz 3).</p> <p>§ 8 zielt darauf ab, dass der Inhalt der Entgeltinformation in einer standardisierten und dem Verbraucher möglichst leicht nachvollziehbaren Weise ausgestaltet wird: Hierzu wird die Verwendung einer unionsweit standardisierten Terminologie vorgeschrieben (§ 8 Absatz 1) und es wird grundsätzlich die Berechnung in Euro (§ 8 Absatz 2) sowie die Abfassung in deutscher Sprache erfordert (§ 8 Absatz 3).</p> <p>Diese Regelung des Inhalts der Entgeltinformation nach den §§ 6 bis 8 gilt für beide Fälle, in denen nach diesem Gesetz der Zahlungsdienstleister zur Information über Entgelte für mit einem Zahlungskonto verbundene Dienste verpflichtet ist, d.h. sowohl für die vorvertragliche Entgeltinformation nach § 5 als auch für die allgemeine Pflicht zur Entgeltinformation nach § 14 Absatz 1 Nummer 1.</p> <p>Auf eine ausdrückliche Umsetzung der in Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe e der Zahlungskontenrichtlinie enthaltenen Vorgabe, dass der Inhalt der Entgeltinformation sachlich richtig sein muss und nicht irreführend sein darf, wurde in den §§ 6 bis 8 verzichtet. Dies folgt schon aus der Natur als Informationspflicht. Eine ausdrückliche Erwähnung könnte im Gegenschluss die Frage aufwerfen, ob dieses Erfordernis bei anderen Informationspflichten nicht einzuhalten ist. Da es sich bei den §§ 6 bis 8 um eine Regelung zur Konkretisierung des Inhalts der Informationspflichten des Zahlungsdienstleisters nach § 5 (vorvertragliche Entgeltinformation) bzw. § 14 Absatz 1 Nummer 1 (allgemeine Pflicht zur Entgeltinformation) handelt, ist für die Sanktionen bei Verletzung dieser zivilrechtlichen Pflichten auf die Begründungen zu den genannten Vorschriften zu verweisen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Inhalt der Entgeltinformation zu den maßgeblichen Zahlungskontendiensten</p> <p>(1) ¹Die Entgeltinformation muss angeben, welche der maßgeblichen Zahlungskontendienste von dem Zahlungsdienstleister angeboten werden und welches Entgelt er dafür ver-</p>	<p>Nach dieser Beschreibung der Gesamtregelung des Inhalts der Entgeltinformation in den §§ 6 bis 8 ist sodann auf die Einzelheiten der Regelung des § 6 einzugehen.</p> <p>§ 6 regelt, welche Informationen in der Entgeltinformation in Bezug auf die maßgeblichen Zahlungskontendienste enthalten sein müssen, d.h. in Bezug auf alle mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste, die in der aktuellen Liste der repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste enthalten sind (siehe § 2 Absatz 6). Diese Liste wird von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht veröffentlicht, die weiteren Einzelheiten der Erstellung dieser Liste sind Artikel 3 der Zahlungskontenrichtlinie zu entnehmen.</p> <p>Absatz 1 stellt den Kerngehalt der Regelung des § 6 dar und dient der Umsetzung der Vorgaben zum Inhalt der Entgeltinformation nach Artikel 4 Absatz 1 der Zahlungskontenrichtlinie.</p>



langt.²Soweit einer oder mehrere dieser Dienste von dem Zahlungsdienstleister nicht angeboten werden, ist auch dies anzugeben.³Soweit nach dem Angebot des Zahlungsdienstleisters im Zusammenhang mit den angebotenen maßgeblichen Zahlungskontendiensten die Erstattung von Kosten durch den Verbraucher oder die Verwirkung von vom Verbraucher zu zahlenden Vertragsstrafen vorgesehen ist, sind auch diese Kosten und Vertragsstrafen anzugeben.

Nach Absatz 1 **Satz 1** muss die Entgeltinformation angeben, welche der maßgeblichen Zahlungskontendienste von dem Zahlungsdienstleister angeboten werden und welches Entgelt der Zahlungsdienstleister jeweils für diese Dienste verlangt. Hinsichtlich der Angaben zu den jeweils berechneten Entgelten überschneidet sich Absatz 1 Satz 1 teilweise mit der allgemeineren Mitteilungspflicht nach Artikel 248 § 4 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a EGBGB. Es gehen aber die Anforderungen nach der vorliegenden Vorschrift insbesondere bezüglich der zu verwendenden Terminologie nach § 8 Absatz 1 über jene allgemeinere Verpflichtung hinaus.

Absatz 1 **Satz 2** bestimmt für den Fall, dass zu den maßgeblichen Zahlungskontendienste zählende Dienste von dem Zahlungsdienstleister nicht angeboten werden, dass auch dies in der Entgeltinformation anzugeben ist (siehe auch Erwägungsgrund 19 der Zahlungskontenrichtlinie).

Dass die Angaben nach Absatz 1 auf die maßgeblichen Zahlungskontendienste bezogen sein müssen, soll in mehrfacher Hinsicht der Verbraucherinformation dienen: Erstens kann durch die Aufnahme der maßgeblichen Zahlungskontendienste in die Entgeltinformation sichergestellt werden, dass insbesondere die am häufigsten genutzten und die höchsten Kosten verursachten Dienste abgedeckt werden (siehe Artikel 3 Absatz 2 sowie Erwägungsgrund 17 der Richtlinie). Indem alle Zahlungsdienstleister verpflichtet sind, in die Entgeltinformation Angaben zu denselben maßgeblichen Zahlungskontendiensten aufzunehmen, wird zweitens die Entgeltinformation inhaltlich standardisiert und Verbrauchern wird der Vergleich mehrerer Anbieter erleichtert. Drittens schließlich kann ungeachtet dessen mit der Beschränkung auf die maßgeblichen Zahlungskontendienste eine Straffung der Entgeltinformation erreicht werden, die den Zeitaufwand beim Verbraucher für die Durchsicht der Information reduziert und so die Nutzbarkeit der Entgeltinformation als Vergleichsmittel steigert (siehe Erwägungsgrund 16 der Richtlinie).

Absatz 1 **Satz 3** erweitert den nach § 6 vorgesehenen Inhalt der Informationen zu den maßgeblichen Zahlungskontendiensten im Hinblick auf Kosten und Vertragsstrafen: Neben der bereits nach Absatz 1 Satz 1 vorgesehenen Angabe der Entgelte für die maßgeblichen Zahlungskontendiensten sind nach Absatz 1 Satz 3 jeweils auch Angaben zu Kosten und Vertragsstrafen erforderlich, soweit im Zusammenhang mit den angebotenen maßgeblichen Zahlungskontendienste die Erstattung von Kosten oder die Verwirkung von Vertragsstrafen durch den Verbraucher vorgesehen ist. Nach Artikel 2 Nummer 15 erfasst der Begriff der Entgelte im Sinne der Richtlinie auch Kosten (wobei im Hinblick auf das Ziel der Transparenz der Kosten des Zahlungsdienstleisters hier nur von dessen eigenen Kosten auszugehen ist, nicht von weitergeleiteten Fremdkosten) und Vertragsstrafen, so dass Absatz 1 Satz 3 in Ergänzung der Regelung des Satzes 1 zur Umsetzung der Vorgaben zum Inhalt der Entgeltinformation nach Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie erforderlich ist. Dabei ist zu beachten, dass Absatz 1 Satz 3 nicht die rechtliche Zulässigkeit der Geltendmachung der Erstattung von Kosten und der Zahlung von Vertragsstrafen in Bezug auf die maßgeblichen Zahlungskontendienste regelt: Insoweit ist vielmehr wiederum auf die jeweils maßgeblichen sonstigen Vorschriften zum Zahlungsdiensterahmenvertrag zu verweisen, wobei insbesondere im Hinblick auf Vertragsstrafen Beschränkungen nach den §§ 309 Nummer 6, 343 BGB sowie auch nach den §§ 26 Absatz 5 sowie 41 Absatz 3 dieses Gesetzes zu berücksichtigen sind.

Absatz 2 verpflichtet zur Erläuterung der nicht abschließenden Natur der Entgeltinformationen. Dies hat klarstellenden Charakter: Da die Entgeltinformation, wie eben beschrieben

- (2) Die Entgeltinformation muss den Hinweis enthalten, dass nur die Entgelte für die maßgeblichen Zahlungskontendienste angegeben sind und dass die vollständigen vorvertrag-



<p>lichen und vertraglichen Informationen zu den maßgeblichen Zahlungskontendiensten und den übrigen angebotenen Diensten anderen Dokumenten zu entnehmen sind.</p>	<p>wurde, eine im Interesse der Nutzbarkeit durch den Verbraucher gestraffte Information beinhaltet und durch Absatz 1 Satz 1 auf Angaben zu den maßgeblichen Zahlungskontendiensten beschränkt wird, handelt es sich hierbei nicht notwendigerweise um ein vollständiges Verzeichnis aller von dem jeweiligen Zahlungsdienstleister berechneten Entgelte, die auch für andere als die maßgeblichen Zahlungskontendienste anfallen können. Nach Absatz 2 ist in der Entgeltinformation auf diesen Umstand hinzuweisen sowie darauf, dass die vollständigen vorvertraglichen Informationen und Vertragsinformationen zu den maßgeblichen Zahlungskontendiensten und den übrigen angebotenen Diensten anderen Dokumenten zu entnehmen sind. Diese Vorschrift setzt Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe g der Richtlinie um.</p>
<p style="text-align: center;">§ 7</p> <p style="text-align: center;">Inhalt der Entgeltinformation bei Paketen von Diensten oder von weiteren Produkten</p> <p>(1) Soweit einer oder mehrere der maßgeblichen Zahlungskontendienste von dem Zahlungsdienstleister als Teil eines Dienstepakets für ein Zahlungskonto angeboten werden, muss die Entgeltinformation auch die folgenden Angaben enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Dienste, die in dem Paket enthalten sind,2. der Umfang, in dem die Dienste in dem Paket enthalten sind,3. die Entgelte, die für das Paket zu zahlen sind, und4. die zusätzlichen Entgelte, die für Dienste anfallen, die über den im Entgelt für das Paket enthaltenen Umfang hinausgehen. <p>(2) ¹Soweit ein Zahlungskonto als Teil eines Pakets angeboten wird, das Produkte oder Dienste enthält, die über die Erbringung von Zahlungskontendiensten hinausgehen, muss die Entgeltinformation angeben, ob es auch möglich ist, einen Zahlungsdienstehahmenvertrag über die Führung eines Zahlungskontos separat abzuschließen. ²In diesem Fall sind auch die Entgelte anzugeben, die jeweils für die übrigen im Paket enthaltenen Produkte und Dienste anfallen, soweit diese separat erworben werden könnten.</p> <p>(3) Im Rahmen der Angaben nach den Absätzen 1 und 2 sind auch vom Verbraucher zu erstattende Kosten und vom Verbraucher zu zahlende Vertragsstrafen zu nennen, die nach dem Angebot des Zahlungsdienstleisters in Bezug auf die angebotenen Dienste oder Pakete vorgesehen sind.</p>	<p>§ 7 regelt ergänzende Angaben in der Entgeltinformation für den Fall, dass das Angebot des Zahlungsdienstleisters Pakete von Diensten, d.h. von einzelnen oder mehreren der maßgeblichen Zahlungskontendienste, oder von weiteren Produkten enthält.</p> <p>Absatz 1 betrifft den Fall, dass einer oder mehrere der maßgeblichen Zahlungskontendienste als Teil eines Dienstepakets für ein Zahlungskonto angeboten werden. In diesem Fall werden keine einzelnen Entgelte für die betreffenden Dienste berechnet, sondern es wird das Dienstepaket insgesamt bepreist. Um dennoch die Vergleichbarkeit der angebotenen Dienste sicherzustellen, muss der Zahlungsdienstleister daher angeben, welche Dienste in dem Paket enthalten sind (Nummer 1), in welchem Umfang die Dienste in dem Paket enthalten sind (Nummer 2), welche Entgelte für das Paket zu zahlen sind (Nummer 3), und welche zusätzlichen Entgelte anfallen für Dienste, die über den im Entgelten für das Paket enthaltenen Umfang hinausgehen (Nummer 4). Diese Vorschrift setzt Artikel 4 Absatz 3 der Zahlungskontenrichtlinie um.</p> <p>Absatz 2 behandelt die Situation, in der nicht die mit dem Zahlungskonto verbundenen Dienste als Teil eines Dienstepakets für ein Zahlungskonto angeboten werden, sondern vielmehr das Zahlungskonto selbst als Teil eines Pakets angeboten wird, das über die Erbringung von Zahlungskontodiensten hinausgehende weitere Produkte oder Dienste enthält. Im Interesse der Vergleichbarkeit mit anderen Angeboten muss es in diesem Fall dem Verbraucher ermöglicht werden, sofern die jeweiligen Paketbestandteile überhaupt auch gesondert angeboten werden, den Anteil aus den Kosten herauszurechnen, der auf die anderweitigen Dienste oder Produkte entfällt. Daher muss in dieser Situation die Entgeltinformation zunächst angeben, ob es auch möglich ist, den Zahlungsdienstehahmenvertrag über die Führung des Zahlungskontos separat abzuschließen (Satz 1). Bejahendenfalls sind dann auch die Entgelte anzugeben, die jeweils für die übrigen im Paket enthaltenen Produkte und Dienste anfallen, die separat erworben werden könnten (Satz 2). Diese Vorschrift setzt Artikel 8 der Zahlungskontenrichtlinie um.</p> <p>Absatz 3 erstreckt den Umfang des nach den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Inhalts der Entgeltinformation auf Angaben zu Kosten und Vertragsstrafen: Soweit nach dem Angebot des Zahlungsdienstleisters die Erstattung von Kosten oder die Zahlung von Vertragsstrafen durch den Verbraucher in Bezug auf die von dem Zahlungsdienstleister angebotenen Dienste und Pakete vorgesehen ist, müssen auch diese Kosten und Vertragsstrafen in der Entgeltinformation angegeben werden. Es wird auf die Ausführungen in der Begründung zu § 6 Absatz 3 verwiesen.</p>



§ 8

Verwendung der standardisierten Zahlungskontenterminologie, Währungsangaben und Sprache der Entgeltinformation

- (1) ¹Für die Bezeichnung der in der Entgeltinformation genannten maßgeblichen Zahlungskontendienste ist die standardisierte Zahlungskontenterminologie zu verwenden.
²Andere Bezeichnungen dürfen in der Entgeltinformation nur zusätzlich zur standardisierten Zahlungskontenterminologie und als untergeordnete Bezeichnungen für die jeweiligen Dienste verwendet werden.

- (2) Entgelte sind in der Währung des Zahlungskontos oder in der Währung eines Mitgliedstaates der Europäischen Union anzugeben, auf die sich Verbraucher und Zahlungsdienstleister geeinigt haben.

- (3) Die Entgeltinformation muss in deutscher Sprache abgefasst sein, wenn Verbraucher und Zahlungsdienstleister nichts anderes vereinbart haben.

§ 8 ergänzt die Regelungen zum Inhalt der Entgeltinformation nach den §§ 6 und 7 um Anforderungen zur Terminologie sowie zu der zu verwendenden Währung und Sprache.

Absatz 1 Satz 1 bestimmt in Umsetzung der diesbezüglichen Anforderungen in Artikel 4 Absatz 1 der Zahlungskontenrichtlinie, dass für die Bezeichnung der in der Entgeltinformation genannten maßgeblichen Zahlungskontendienste die standardisierte Zahlungskontenterminologie zu verwenden ist, d.h. die von der Europäischen Kommission festgelegte jeweils aktuelle standardisierte Unionsterminologie für die mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste (siehe § 2 Absatz 7). Wenn Zahlungsdienstleister die Dienste in der Entgeltinformation allein mit ihren firmeneigenen Bezeichnungen benennen dürften, würde darunter die Vergleichbarkeit für den Verbraucher leiden: Eine standardisierte Terminologie erleichtert demgegenüber die Nachvollziehbarkeit und den Vergleich der Entgelte für den Verbraucher (siehe Erwägungsgrund 15 der Zahlungskontenrichtlinie). Die Zahlungskontenrichtlinie legt daher fest, dass für diejenigen Dienste, die in mindestens einer Mehrheit der Mitgliedstaaten zu den repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Diensten zählen, eine standardisierte Unionsterminologie in allen Amtssprachen der Organe der Union festzulegen ist. Die weiteren Einzelheiten der Festlegung dieser standardisierten Zahlungskontenterminologie sind Artikel 3 der Richtlinie zu entnehmen.

Absatz 1 Satz 2 bestimmt, dass andere Bezeichnungen, d.h. insbesondere firmeneigene Bezeichnungen für die einzelnen Dienste, in der Entgeltinformation nur zusätzlich zu dieser standardisierten Zahlungskontenterminologie und als untergeordnete Bezeichnungen für die betroffenen Dienste verwendet werden dürfen. Damit wird Artikel 6 Absatz 1 Satz 2 der Richtlinie umgesetzt. In Erwägungsgrund 21 der Richtlinie heißt es hierzu, dass firmeneigene Bezeichnungen beispielsweise als untergeordnete Bezeichnungen verwendet werden können, indem sie in Klammern gesetzt werden oder eine geringere Schriftgröße aufweisen.

Absatz 2 bestimmt in Umsetzung von Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe e der Richtlinie, dass Entgelte in der Währung des Zahlungskontos oder in der Währung eines Mitgliedstaates der Europäischen Union anzugeben sind, auf die sich Verbraucher und Zahlungsdienstleister geeinigt haben.

Als letztes Erfordernis des § 8 verlangt Absatz 3, der Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Zahlungskontenrichtlinie umsetzt, dass die Entgeltinformation in deutscher Sprache abgefasst sein muss, wenn Verbraucher und Zahlungsdienstleister nichts anderes vereinbart haben.

Hinsichtlich der Vereinbarungen zwischen Zahlungsdienstleister und Verbraucher nach den Absätzen 2 und 3 ist folgendes zu beachten: Soweit § 8 in einem vorvertraglichen Kontext bzw. aufgrund der Verweisung des § 14 Absatz 1 Nummer 1 gänzlich außerhalb eines existierenden Zahlungsdienstleistervertrags zwischen den Parteien zur Anwendung kommt, kann eine solche Vereinbarung insbesondere auch dadurch begründet werden, dass der Verbraucher aus mehreren angebotenen Entgeltinformationen mit Angaben in jeweils unterschiedlichen Währungen bzw. Sprachen eine solche auswählt, die nicht in Euro erfolgt bzw. in deutscher Sprache abgefasst ist. Spezifisch eine Einigung im Sinne des **Absatzes 3** über die Sprache, in der die Entgeltinformation abzufassen ist, kann auch stillschweigend dadurch herbeigeführt werden, dass der Verbraucher in einer Sprache an den Zahlungsdienstleisters heran-



	tritt und dieser in derselben Sprache reagiert.
<p style="text-align: center;">§ 9 Form und Gestaltung der Entgeltinformation</p> <p>(1) Die Entgeltinformation bedarf der Textform.</p> <p>(2) ¹Die Entgeltinformation ist als ein kurz gehaltenes, eigenständiges Dokument abzufassen. ²Sie muss so gestaltet sein, dass sie klar und leicht verständlich ist. ³Schriftart und Schriftgröße sowie Farbgestaltung müssen so gewählt werden, dass die Entgeltinformation sowohl im Original als auch ebenso, wenn sie farbig oder schwarz-weiß kopiert oder ausgedruckt wird, gut lesbar ist.</p> <p>(3) ¹Die Entgeltinformation muss den Anforderungen des von der Europäischen Kommission gemäß Artikel 4 Absatz 6 der Richtlinie 2014/92/EU festgelegten standardisierten Präsentationsformats entsprechen. ²Das Dokument muss am oberen Ende der ersten Seite mit „Entgeltinformation“ überschrieben sein. ³Neben der Überschrift ist das gemeinsame Symbol zur Unterscheidung der Entgeltinformation von anderen Unterlagen anzubringen, das von der Europäischen Kommission gemäß Artikel 4 Absatz 6 der Richtlinie 2014/92/EU festgelegt worden ist.</p>	<p>§ 9 regelt die Form und Gestaltung der Entgeltinformation. Im Interesse der allgemeinen Zielsetzung der Pflicht zur Information über Entgelte für mit einem Zahlungskonto verbundene Dienste, d.h. der besseren Vergleichbarkeit von Zahlungskontenentgelten, soll durch die einzelnen Erfordernisse des § 9 sichergestellt werden, dass die Entgeltinformation in Form und Gestaltung klar und verständlich abgefasst wird. Die Regelung gilt grundsätzlich sowohl für die vorvertragliche Entgeltinformation nach § 5 als auch für die allgemeine Pflicht zur Entgeltinformation nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 (bei letzterer tritt an die Stelle der Regelung des Textformerfordernisses nach § 9 Absatz 1 die gesonderte Regelung des Textformerfordernisses für die allgemeinen Informationspflichten nach § 14 Absatz 1).</p> <p>Absatz 1 schreibt für die Entgeltinformation Textform vor. Dies verweist auf die Erfordernisse nach § 126b BGB und setzt für die vorvertragliche Entgeltinformation die Anforderungen nach Artikel 4 Absatz 1 der Zahlungskontenrichtlinie zur Aushändigung des Dokuments der Entgeltinformation in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger um. Neben einer Entgeltinformation in gedruckter Form auf Papier kommt daher insbesondere das Format eines mit Hilfe von Anzeigeprogrammen lesbaren elektronischen Dokuments in Betracht, das auf einer Vorrichtung zur Speicherung digitaler Daten (z. B. USB-Stick, CD-ROM, Speicherkarten, Festplatten) abgespeichert ist oder das per E-Mail an ein elektronisches Postfach des Verbrauchers gesandt wird (siehe BTDrucks. 17/12637, S. 44). Die bloße Möglichkeit, dass die Erklärung auf einer herkömmlichen Internetseite zur Verfügung gestellt wird, genügt dagegen nicht, solange die Erklärung nicht tatsächlich vom Verbraucher von der Internetseite des Zahlungsdienstleisters heruntergeladen wird (siehe Ellenberger, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 74. Auflage, München 2015, § 126b Rz 3).</p> <p>Absatz 2 regelt Einzelheiten zur Gestaltung der Entgeltinformation: Satz 1 verlangt, dass die Entgeltinformation als kurz gehaltenes eigenständiges Dokument abgefasst wird (siehe Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe a der Richtlinie). Weiter muss nach Satz 2 die Entgeltinformation so gestaltet sein, dass sie klar und leicht verständlich ist, und nach Satz 3 müssen Schriftart und Schriftgröße sowie Farbgestaltung so gewählt sein, dass die Entgeltinformation im Original sowie ebenso auch dann, wenn sie farbig oder schwarz-weiß kopiert oder ausgedruckt wird, gut lesbar ist. Diese allgemeinen Voraussetzungen setzen die einzelnen Anforderungen nach Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe b und Buchstabe c der Richtlinie um.</p> <p>Absatz 3 beinhaltet noch weitere Vorgaben zur Gestaltung der Entgeltinformation, die den Verbrauchern den unionsweiten Vergleich der Entgeltangaben erleichtern sollen: Zum einen hat nach Satz 1 in Umsetzung von Artikel 4 Absatz 6 der Zahlungskontenrichtlinie die Gestaltung der Entgeltinformation unter Beachtung des von der Europäischen Kommission festgelegten standardisierten Präsentationsformats zu erfolgen. Zum anderen soll in Umsetzung von Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe f der Richtlinie die Entgeltinformation am oberen Ende der ersten Seite mit „Entgeltinformation“ überschrieben sein (Satz 2) und neben dieser Überschrift ist das von der Europäischen Kommission festgelegte gemeinsame Symbol anzubringen (Satz 3), das es dem Verbraucher ermöglichen soll, die Entgeltinformation ohne weiteres von anderen Unterlagen zu unterscheiden. Die Einzelheiten der Festlegung des gemeinsamen Symbols wie auch des standardisierten Präsentationsformats durch</p>



<p>(4) Zahlungsdienstleister genügen den Anforderungen an die Gestaltung der Entgeltinformation nach den Absätzen 2 und 3, wenn sie das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach § 47 Absatz 2 für Entgeltinformationen veröffentlichte Muster verwenden.</p>	<p>die Europäische Kommission regelt Artikel 4 Absatz 6 der Richtlinie. Soweit bzw. solange noch kein gemeinsames Symbol bzw. Präsentationsformat festgelegt worden sein sollte oder sofern ein solches Symbol bzw. Format nach seiner Festlegung ersatzlos wieder aufgehoben werden sollte, entfallen mangels Bezugsgegenstand auch die diesbezüglichen Verpflichtungen in Satz 1 und 3.</p> <p>Absatz 4 nimmt Bezug auf ein Muster für die Entgeltinformation, das den Zahlungsdienstleistern durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an die Hand gegeben werden soll und welches die Anforderungen nach Absätzen 2 und 3 betreffend die Gestaltung der Entgeltinformation umsetzt. Bedienen sich Zahlungsdienstleister des von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach § 47 Absatz 2 für Entgeltinformationen veröffentlichten Musters, so genügen sie damit den in den Absätzen 2 und 3 genannten Gestaltungsanforderungen. Die von den Zahlungsdienstleistern zu beachtenden Anforderungen an die inhaltliche Ausgestaltung nach den §§ 6 bis 8 bleiben unberührt.</p> <p>Wie die §§ 6 bis 8 stellt auch § 9 eine Konkretisierung der zivilrechtlichen Verpflichtung des Zahlungsdienstleisters zur Entgeltinformation nach § 5 bzw. § 14 Absatz 1 Nummer 1 dar, so dass bei einer Verletzung der Verpflichtungen nach dieser Bestimmung die allgemeinen Sanktionen gelten.</p>
<p style="text-align: center;">§ 10 Entgeltaufstellung während und bei Beendigung des Vertragsverhältnisses</p> <p>Ein Zahlungsdienstleister hat einem Verbraucher bei einem Zahlungsdienstvertragsverhältnis über die Führung eines Zahlungskontos eine Information über sämtliche Entgelte, die für mit dem Zahlungskonto verbundene Dienste angefallen sind, sowie gegebenenfalls über den Sollzinssatz bei Überziehungen und den Zinssatz für Einlagen für dieses Zahlungskonto (Entgeltaufstellung) unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. 2Eine Entgeltaufstellung ist dem Verbraucher während des Vertragsverhältnisses mindestens jährlich sowie bei Beendigung des Vertragsverhältnisses zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>§ 10 sieht zur weiteren Information des Verbrauchers eine Verpflichtung des Zahlungsdienstleisters zur regelmäßigen Zurverfügungstellung einer Entgeltaufstellung vor. Die Entgeltaufstellung informiert über sämtliche Entgelte, Kosten und Vertragsstrafen, die für oder in Bezug auf mit dem Zahlungskonto verbundene Dienste angefallen sind, sowie gegebenenfalls über angefallene Sollzinsen bei Überziehungen beziehungsweise Guthabenzinsen für Einlagen. Grundlage und Periodizität dieser Informationspflicht ergeben sich aus § 10, der Artikel 5 Absatz 1 der Zahlungskontenrichtlinie umsetzt, weitere Einzelheiten zu Inhalt, Form und Gestaltung der Entgeltaufstellung werden in den §§ 11 bis 13 geregelt.</p> <p>Anders als die Entgeltinformation nach den §§ 5 und 14 Absatz 1 Nummer 1 i. V. m. den §§ 6 bis 9 ist die Entgeltaufstellung auf tatsächlich bereits angefallene Entgelte begrenzt. Sie ist daher anders als eine Entgeltinformation auch nicht vorvertraglich bzw. gänzlich außerhalb bestehender Zahlungsdienstverträge geschuldet, sondern muss zeitlich wiederkehrend innerhalb bestehender Vertragsverhältnisse bzw. bei deren Beendigung zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Als solche regelmäßige Pflicht zur Zurverfügungstellung einer Aufstellung sämtlicher im Bezugszeitraum in Bezug auf ein Zahlungskonto angefallener Entgelte ergänzt die Regelung der Entgeltaufstellung nach den §§ 10 bis 13 insbesondere die Informationspflichten, die bereits nach Artikel 248 § 7 bis 9 EGBGB bestehen: Während dort eine Verpflichtung zur Mitteilung der Kosten einzelner Zahlungsvorgänge besteht, erfasst die vorliegende Entgeltaufstellung sämtliche Zahlungsdienste und Paketpreise in Bezug auf die Führung eines Zahlungskontos. Wie schon bei der Entgeltinformation soll auch in Bezug auf die Entgeltaufstellung von der Option nach Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie kein Gebrauch gemacht werden: Eine gemeinsame Mitteilung der in § 11 genannten Informationen zusammen mit anderweitig geschuldeten Informationen zu einzelnen Zahlungsvorgängen wie insbesondere denen nach Artikel 248 §§ 7 und 8 EGBGB ist daher nicht vorgeschrieben. Sie wäre auch nicht sinnvoll, da die periodisch geschuldete Entgeltaufstellung nur dann gemein-</p>



	<p>sam mit den Informationen nach Artikel 248 §§ 7 und 8 EGBGB mitgeteilt werden könnte, wenn von der Option in Artikel 248 § 10 EGBGB Gebrauch gemacht wurde. Grundsätzlich sind die Informationspflichten nach Artikel 248 §§ 7 und 8 EGBGB unverzüglich nach Belastungsbuchung bzw. Ausführung des Zahlungsvorgangs zu erfüllen. Die Entgeltaufstellung nach § 10 muss im Übrigen dem Verbraucher nur zur Verfügung gestellt werden, d.h. es ist nur eine Bereitstellung der Informationen geschuldet, nicht aber eine Mitteilung ohne eine aktive Beteiligung des Verbrauchers. Wie die Entgeltinformation zielt auch die Entgeltaufstellung auf bessere Transparenz und Vergleichbarkeit ab: Die Entgeltaufstellung soll dem Verbraucher als wiederkehrende Information über im vergangenen Bezugszeitraum angefallene Entgelte und aufgelaufene Zinsen sowohl den Vergleich verschiedener Anbieter erleichtern und damit eine mögliche Entscheidung über den Anbieterwechsel vorbereiten als auch eine Überprüfung des eigenen Nutzungsverhaltens ermöglichen (siehe Erwägungsgrund 19 der Richtlinie).</p> <p>Ausdrücklich bestimmt wird in Satz 1, dass die Entgeltaufstellung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen ist: Dies setzt die Vorgaben der Richtlinie aus Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 um und entspricht auch den allgemeinen Grundsätzen, die den Regelungen in den §§ 675d Absatz 3 und 675f Absatz 4 BGB zugrunde liegen, wonach ebenfalls für die dort geregelten Fälle der Erfüllung gesetzlich geregelter Nebenpflichten ein Entgelt grundsätzlich nicht vereinbart werden kann.</p> <p>Satz 2 bestimmt, dass die Entgeltaufstellung während eines laufenden Vertragsverhältnisses mindestens jährlich zur Verfügung gestellt werden muss. Wird das Vertragsverhältnis beendet, ist bei Beendigung eine weitere Entgeltaufstellung zur Verfügung zu stellen. Eine häufigere Zurverfügungstellung einer aktuelleren Entgeltaufstellung ist zulässig.</p> <p>Die Verpflichtung nach § 10 stellt eine besondere vertragliche Nebenpflicht des Zahlungsdienstleisters innerhalb des Zahlungsdiensterahmenvertrags mit dem Verbraucher dar. Aus dieser systematischen Einordnung folgt, dass bei einer Verletzung dieser Pflicht die üblichen Sanktionen bei Verletzung vertraglicher Pflichten Anwendung finden. Dies gilt auch dann, wenn der Zahlungsdienstleister die Vorgaben der Regelungen der §§ 11 bis 13 nicht beachtet, die weitere Konkretisierungen der Verpflichtung zur Zurverfügungstellung einer Entgeltaufstellung aus § 10 enthalten.</p>
<p style="text-align: center;">§ 11 Inhalt des Entgeltaufstellung</p> <p>(1) Die Entgeltaufstellung muss bezogen auf den Zeitraum, für den die Entgeltaufstellung erteilt wird, mindestens folgende Angaben enthalten:</p>	<p>§ 11 regelt den Inhalt der nach § 10 mitzuteilenden Entgeltaufstellung. Während der Inhalt der Entgeltinformation nach den §§ 6 und 7 sich primär auf Angaben zu den vom Zahlungsdienstleister angebotenen maßgeblichen Zahlungskontendiensten und Paketen von solchen Diensten oder anderen Produkten beschränkt, soll die Entgeltaufstellung nach § 11 eine Aufstellung sämtlicher Entgelte enthalten, die für mit dem Zahlungskonto verbundene Dienste und Dienstpakete angefallen sind, sowie gegebenenfalls auch über angefallene Sollzinsen bei Überziehungen beziehungsweise Guthabenzinsen für Einlagen informieren. Die Einzelheiten zu den in der Entgeltaufstellung zu nennenden Informationen sind in Absatz 1 Nummern 1 bis 6 geregelt, mit denen die Vorgaben aus Artikel 5 Absatz 2 der Zahlungskontenrichtlinie umgesetzt werden. Im Einzelnen muss demnach die Entgeltaufstellung die folgenden Angaben enthalten, wobei der jeweilige Bezugszeitraum, d.h. der Zeitraum, für den die Entgeltaufstellung erteilt wird, mindestens der Zeitraum seit der letzten Entgeltauf-</p>



<p>1. das in Rechnung gestellte Einzelentgelt je Dienst und die Anzahl der Inanspruchnahmen der betreffenden Dienste,</p> <p>2. für den Fall, dass die Dienste in einem Paket zusammengefasst sind, das für das Paket in Rechnung gestellte Entgelt, die Angabe, wie oft das Entgelt für das Paket in Rechnung gestellt wurde, sowie das für jeden Dienst, der über den im Entgelt für das Paket enthaltenen Umfang hinausgeht, in Rechnung gestellte zusätzliche Entgelt,</p> <p>3. den Gesamtbetrag der angefallenen Entgelte für jeden Dienst sowie für jedes Dienstpaket und für Dienste, die über den im Entgelt für das Paket enthaltenen Umfang hinausgehen,</p> <p>4. bei Inanspruchnahme einer eingeräumten Überziehungsmöglichkeit gemäß § 504 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder bei einer geduldeten Überziehung gemäß § 505 des Bürgerlichen Gesetzbuchs den hierfür angewandten Sollzinssatz und den Gesamtbetrag der angefallenen Zinsen,</p> <p>5. bei Anfallen von Guthabenzinsen den Zinssatz für Einlagen und den Gesamtbetrag der angefallenen Zinsen sowie</p> <p>6. den in Rechnung gestellten Gesamtbetrag der Entgelte für sämtliche geleistete Dienste.</p> <p>(2) Im Rahmen der Angaben nach Absatz 1 sind auch Kosten und Vertragsstrafen zu nennen, die in Bezug auf die angebotenen Dienste oder Pakete angefallen sind.</p>	<p>stellung sein muss:</p> <ul style="list-style-type: none">- Nach Nummer 1 sind erforderlich Angaben zu den einzelnen in Anspruch genommenen und berechneten Diensten, hier zu dem in Rechnung gestellten Einzelentgelt je Dienst und zur Anzahl der Inanspruchnahmen der betreffenden Dienste (siehe Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie).- Nummer 2 bestimmt für den Fall, dass die in Anspruch genommenen entgeltlichen Dienste in einem Paket zusammengefasst sind, dass anzugeben ist, welches Entgelt für das Paket in Rechnung gestellt wird und wie oft dies erfolgte. Werden Dienste über den im Entgelt für das Paket enthaltenen Umfang hinaus in Anspruch genommen und wird dies gesondert in Rechnung gestellt, ist das betreffende zusätzliche Entgelt anzugeben. Hintergrund für diese Sonderregelung ist, dass in diesen Fällen keine Darstellung der Einzelentgelte je Dienst gemäß Absatz 1 Nummer 1 erfolgen kann. Auch diese Regelung dient der Umsetzung von Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie.- Nummer 3 bestimmt ergänzend, dass neben der Angabe gemäß den Nummern 1 und 2 von Einzelentgelten für die verschiedenen Dienste, Dienstpakete sowie für Dienste, die über den im Entgelt für das Paket erfassten Umfang hinausgehen, auch der jeweilige Gesamtbetrag der im Bezugszeitraum angefallenen Entgelte anzugeben ist (siehe die Vorgaben aus Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b der Richtlinie). Damit ist die Summe der Entgelte für die jeweiligen Dienste, Dienstpakete oder über den Umfang des Pakets hinausgehende Dienste gemeint.- Nummer 4 betrifft die Angabe von Entgelten für die Inanspruchnahme einer eingeräumten Überziehungsmöglichkeit gemäß § 504 BGB oder bei einer geduldeten Überziehung gemäß § 505 BGB. Bestehen Vereinbarungen nach §§ 504 oder 505 BGB, ist der Sollzinssatz für die Überziehung anzugeben. Sofern das Zahlungskonto überzogen worden ist, ist zusätzlich der Gesamtbetrag der wegen Überziehungen im Bezugszeitraum angefallenen Zinsen anzugeben. Diese Regelung setzt Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie um.- Nummer 5 betrifft die Angabe von Guthabenzinsen. Sofern verzinsliche Einlagen auf dem Zahlungskonto geführt wurden, ist der Zinssatz für Einlagen für das Zahlungskonto anzugeben sowie der Gesamtbetrag der im Bezugszeitraum angefallenen Zinsen. Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe d der Richtlinie.- Nach Nummer 6 ist zuletzt auch der in Rechnung gestellte Gesamtbetrag der Entgelte für sämtliche der im Bezugszeitraum geleistete Dienste anzugeben (siehe Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe e der Richtlinie). Die Aufzählung in den Nummern 1 bis 6 ist nicht abschließend („mindestens“). Der Zahlungsdienstleister darf mithin in die Entgeltaufstellung auch weitere Informationen einbeziehen. Wie bereits bei der Entgeltinformation gilt im Übrigen auch für die Entgeltaufstellung, dass es schon ihrer Natur als Informationspflicht entspricht, dass der durch § 11 bestimmte Inhalt der Entgeltinformation sachlich richtig sein muss und nicht irreführend sein darf. Die entsprechenden Vorgaben in Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe b der Richtlinie brauchen daher nicht zusätzlich ausdrücklich umgesetzt werden. <p>Absatz 2 erstreckt den nach Absatz 1 vorgesehenen Inhalt der Entgeltaufstellung auf Angaben zu Kosten und Vertragsstrafen: Sind Kosten (wobei auch hier im Hinblick auf das Ziel der Transparenz der Kosten des Zahlungsdienstleisters nur von dessen eigenen Kosten auszugehen ist, nicht von weitergeleiteten Fremdkosten) oder Vertragsstrafen in Bezug auf die angebotenen Dienste oder Pakete angefallen, müssen auch diese Kosten und Vertragsstrafen in der Entgeltinformation angegeben werden. Wie zur Entgeltinformation gilt auch hier, dass</p>
--	--



	<p>nach Artikel 2 Nummer 15 der Begriff der Entgelte im Sinne der Richtlinie auch Kosten und Vertragsstrafen erfasst, so dass Absatz 2 in Ergänzung der Regelung des Absatzes 1 zur Umsetzung der Vorgaben zum Inhalt der Entgeltaufstellung nach Artikel 5 Absätze 1 und 2 der Richtlinie erforderlich ist. Wiederum ist auch hier zu beachten, dass Absatz 2 nicht die rechtliche Zulässigkeit der Geltendmachung der Erstattung von Kosten und der Zahlung von Vertragsstrafen regelt: Es wird auf die Ausführungen in der Begründung zu § 6 Absatz 1 Satz 3 verwiesen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 12 Verwendung der standardisierten Zahlungskontenterminologie Währungsangaben und Sprache der Entgeltaufstellung</p> <p>(1) Für die Bezeichnung der in der Entgeltaufstellung genannten maßgeblichen Zahlungskontendienste ist die standardisierte Zahlungskontenterminologie zu verwenden. 2Andere Bezeichnungen dürfen in der Entgeltaufstellung nur zusätzlich zur standardisierten Zahlungskontenterminologie und als untergeordnete Bezeichnungen für die jeweiligen Dienste verwendet werden.</p> <p>(2) Entgelte sind in der Währung des Zahlungskontos oder in der Währung eines Mitgliedstaates der Europäischen Union anzugeben, auf die sich Verbraucher und Zahlungsdienstleister geeinigt haben.</p> <p>(3) Die Entgeltaufstellung muss in deutscher Sprache abgefasst sein, wenn Verbraucher und Zahlungsdienstleister nichts anderes vereinbart haben.</p>	<p>§ 12 enthält Vorgaben zur Terminologie sowie zu der verwendeten Währung und Sprache der Entgeltaufstellung und setzt die entsprechenden Vorgaben aus Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2, Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe b und d sowie Artikel 6 Absatz 1 Satz 2 der Zahlungskontenrichtlinie um. Inhaltlich entspricht § 12 der Regelung in § 8 zur Entgeltinformation; auf die Begründung zu letzterer Vorschrift wird verwiesen.</p>



§13 Form und Gestaltung der Entgeltaufstellung	
<p>(1) ¹Die Entgeltaufstellung muss dem Verbraucher in Textform zur Verfügung gestellt werden. ²Der Verbraucher kann verlangen, dass ihm die Entgeltaufstellung auf Papier zur Verfügung gestellt wird.</p> <p>(2) ¹Die Entgeltaufstellung muss so gestaltet sein, dass sie klar und leicht verständlich ist. ²Schriftart und Schriftgröße müssen so gewählt werden, dass die Entgeltaufstellung gut lesbar ist.</p> <p>(3) ¹Die Entgeltaufstellung muss den Anforderungen des von der Europäischen Kommission gemäß Artikel 5 Absatz 4 der Richtlinie 2014/92/EU festgelegten standardisierten Präsentationsformats</p>	<p>§ 13 regelt die Form und Gestaltung der Entgeltaufstellung. Ebenso wie die Entgeltinformation (siehe § 9) soll auch die Entgeltaufstellung nach Form und Gestaltung klar und verständlich abgefasst werden, um so den Zielen besserer Transparenz und Vergleichbarkeit zu dienen. Mit der Regelung in § 13 werden die diesbezüglichen Vorgaben in Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 2, Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstaben a und c der Zahlungskontenrichtlinie umgesetzt.</p> <p>Absatz 1 Satz 1 bestimmt, dass die Entgeltaufstellung dem Verbraucher in Textform zur Verfügung gestellt werden muss. Dieses Textformerfordernis verweist auf die Erfordernisse des § 126b BGB; die entsprechenden Vorgaben in der Richtlinie sprechen von der Zurverfügungstellung eines lesbaren Dokuments für den Verbraucher (Artikel 5 Absatz 1, Absatz 3). Dies schließt wie zu § 7 insbesondere auch Informationen in Form eines mit Hilfe von Anzeigeprogrammen lesbaren elektronischen Dokuments ein. Informationen in dieser Form können dem Verbraucher beispielsweise dadurch zur Verfügung gestellt werden, dass die Erklärung auf der Internetseite des Zahlungsdienstleisters zum Herunterladen bereitgestellt wird und der Verbraucher die Erklärung sodann tatsächlich herunterlädt. Erst recht gilt dies, wenn das Dokument per E-Mail an ein elektronisches Postfach des Verbrauchers gesandt wird.</p> <p>Die Parteien sind frei, über Absatz 1 Satz 1 hinausgehende Erfordernisse hinsichtlich der Einzelheiten der Form oder der Zurverfügungstellung der Entgeltaufstellung zu vereinbaren, insbesondere den Zahlungsdienstleister zu einer Zurverfügungstellung der Entgeltaufstellung über ein bestimmtes Kommunikationsmittel oder in einer bestimmten Form zu verpflichten. Derartige Vereinbarungen sind nach allgemeinen Grundsätzen zulässig, so dass es keiner gesonderten Vorschrift zur Umsetzung von Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 1 der Richtlinie bedurfte. Dabei dürfen solche Vereinbarungen nicht zum Nachteil des Verbrauchers von der Regelung in § 13 abweichen (siehe § 4).</p> <p>Absatz 1 Satz 2 bestimmt, dass der Verbraucher verlangen kann, dass ihm die Entgeltaufstellung auf Papier zur Verfügung gestellt wird. Diese Regelung setzt Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 2 der Richtlinie um und sichert dem Verbraucher auch dann, wenn keine über Absatz 1 Satz 1 hinausgehende Vereinbarung zwischen ihm und dem Zahlungsdienstleister getroffen wurde, das Recht zu, verlangen zu können, dass der Zahlungsdienstleister ihm eine Entgeltaufstellung in Papierform bereitstellt.</p> <p>Absatz 2 regelt Einzelheiten zur Gestaltung der Entgeltaufstellung. Die Vorschrift entspricht weitgehend den Regelungen zur Entgeltinformation in § 9 Absatz 2 Sätze 2 und 3: Satz 1 verlangt, dass die Entgeltaufstellung so gestaltet ist, dass sie klar und leicht verständlich ist, und nach Satz 2 müssen die Schriftart und die Schriftgröße so gewählt sein, dass die Entgeltaufstellung gut lesbar ist. Diese allgemeinen Voraussetzungen setzen die einzelnen Anforderungen nach Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe a der Richtlinie um.</p> <p>Absatz 3 beinhaltet dann weitere Vorgaben zur Gestaltung der Entgeltaufstellung, die ebenso wie bei der Regelung der Gestaltung der Entgeltinformation (§ 9 Absatz</p>



<p>entsprechen.²Das Dokument muss am oberen Ende der ersten Seite mit „Entgeltaufstellung“ überschrieben sein.³Neben der Überschrift ist das gemeinsame Symbol zur Unterscheidung der Entgeltaufstellung von anderen Unterlagen anzubringen, das gemäß Artikel 5 Absatz 4 der Richtlinie 2014/92/EU von der Europäischen Kommission festgelegt worden ist.</p> <p>(4) Zahlungsdienstleister genügen den Anforderungen an die Gestaltung der Entgeltaufstellung nach den Absätzen 2 und 3, wenn sie das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach § 47 Absatz 2 für Entgeltaufstellungen veröffentlichte Muster verwenden.</p>	<p>3) den Verbrauchern den unionsweiten Vergleich der Entgeltangaben erleichtern sollen: Zum einen hat nach Absatz 3 Satz 1 in Umsetzung von Artikel 5 Absatz 4 der Richtlinie die Gestaltung der Entgeltaufstellung unter Beachtung des von der Europäischen Kommission festgelegten standardisierten Präsentationsformats zu erfolgen. Zum anderen soll in Umsetzung von Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe c der Richtlinie die Entgeltaufstellung am oberen Ende der ersten Seite mit „Entgeltaufstellung“ überschrieben sein (Satz 2) und neben dieser Überschrift ist das von der Europäischen Kommission festgelegte gemeinsame Symbol anzubringen (Satz 3). Wie schon bei der Entgeltinformation soll auch bei der Entgeltaufstellung dieses Erfordernis dem Verbraucher es ermöglichen, dieses Dokument ohne weiteres von anderen Unterlagen zu unterscheiden. Die Einzelheiten der Festlegung des gemeinsamen Symbols für die Entgeltaufstellung wie auch des standardisierten Präsentationsformats für dieses Dokument durch die Europäische Kommission regelt Artikel 5 Absatz 4 der Richtlinie.</p> <p> Absatz 4 schließlich bestimmt, dass Zahlungsdienstleister den Anforderungen an die Gestaltung der Entgeltaufstellung nach den Absätzen 2 und 3 genügen, wenn sie hierfür das Muster verwenden, das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für die Entgeltaufstellung nach § 47 Absatz 2 veröffentlicht wird.</p>
<p style="text-align: center;">§ 14 Allgemeine Informationspflichten der Zahlungsdienstleister</p> <p>(1) Ein Zahlungsdienstleister, der sich öffentlich zur Führung von Zahlungskonten für Verbraucher erboten hat, hat Verbrauchern ergänzend zu den in § 675a des Bürgerlichen Gesetzbuchs genann-</p>	<p>§ 14 regelt allgemeine Informationspflichten von Zahlungsdienstleistern, die sich auf die verschiedenen Regelungsbereiche dieses Gesetzes beziehen.</p> <p>Durch das vorliegende Gesetz werden Zahlungsdienstleister, die Zahlungskonten für Verbraucher anbieten, einem umfassenden Verbraucherschützenden Pflichtenprogramm unterworfen, welches namentlich der Sicherung des Zugangs zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (Basiskonten, siehe die §§ 30 ff. im Abschnitt 5), der Transparenz und Vergleichbarkeit von Entgelten für Zahlungskonten (siehe die §§ 5 ff. im Abschnitt 2) sowie der Erleichterung des Wechsels von Zahlungskonten (siehe die §§ 20 ff. im Abschnitt 3 zur innerstaatlichen Kontenwechselhilfe) dienen soll. § 14 soll diesen Verbraucherschützenden Verpflichtungen zu größerer Wirksamkeit und Effektivität verhelfen und allgemein zu größerer Transparenz im Bereich der Angebote von Zahlungskonten für Verbraucher führen, indem die Zahlungsdienstleister generell verpflichtet werden, Verbraucher entsprechend zu unterrichten.</p> <p>Die Informationspflichten nach § 14 gelten für die Zahlungsdienstleister unabhängig vom Vorliegen vertraglicher oder auch nur vorvertraglicher Beziehungen zu den berechtigten Verbrauchern: Es handelt sich vielmehr um allgemeine Informationspflichten, die für alle Zahlungsdienstleister gelten, die sich öffentlich zur Führung von Zahlungskonten für Verbraucher erboten haben (Einschränkungen im Anwendungsbereich sind nach Absatz 2 lediglich für die Pflichten nach Absatz 1 Nummer 2 und 3 zu beachten). Die Informationspflichten nach § 14 entsprechen damit in ihrer Rechtsnatur den Informationspflichten nach § 675a BGB und ergänzen diese um spezifische auf Zahlungskonten für Verbraucher bezogene Informationen.</p> <p>Die allgemeinen Informationspflichten nach § 14 sind, wie in Absatz 1 ausdrücklich bestimmt wird, unentgeltlich zu erfüllen; dies entspricht auch der Regelung des §</p>



<p>ten Informationen unentgeltlich die folgenden Angaben in Textform jederzeit leicht zugänglich zur Verfügung zu stellen:</p> <p>1. eine Entgeltinformation zu den angebotenen Zahlungskonten nach den §§ 6 bis 8 und 9 Absatz 2 bis 4,</p>	<p>675a BGB.</p> <p>Die Informationspflichten nach § 14 erfordern jeweils eine Information in Textform, die entsprechenden Vorgaben hierzu finden sich in der Zahlungskontenrichtlinie für die Informationen nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 sowie 4 und 5 in den Regelungen der Artikel 4 Absatz 5 und Artikel 14 Absatz 2. Für Informationen nach § 14 Absatz 1 Nummer 2 und 3 spricht in Artikel 20 Absatz 2 die Richtlinie allgemein von Verbrauchern zugänglichen Informationen, dies wird im vorliegenden Gesetz im Interesse einer sowohl den Interessen des Verbrauchers wie auch denjenigen des Zahlungsdienstleisters dienlichen einheitlichen formalen Ausgestaltung der allgemeinen Informationspflichten ebenfalls durch ein Textformerfordernis umgesetzt.</p> <p>Hinsichtlich der Art und Weise der Unterrichtung gilt für sämtliche der Informationspflichten nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 bis 5, dass der Zahlungsdienstleister die betreffenden Informationen dem Verbraucher zumindest jederzeit leicht zugänglich zur Verfügung stellen muss (siehe die Vorgaben aus Artikel 4 Absatz 5, Artikel 14 Absatz 2 und Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie). Zum Begriff der Zurverfügungstellung siehe bereits die Begründung zu § 5. Über diese gemeinsame Grundlage hinaus gelten für die Pflichten nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 sowie 4 und 5 noch weitergehende Anforderungen an die Art und Weise der Unterrichtung, siehe hierzu im Einzelnen die Ausführungen zu den betreffenden Informationspflichten.</p> <p>Im Einzelnen betrifft die allgemeine Informationspflicht nach § 14 die folgenden in Absatz 1 Nummer 1 bis 5 aufgezählten Gegenstände:</p> <p>- Nummer 1 sieht eine allgemeine, im Gegensatz zum Fall des § 5 nicht an das Vorliegen vorvertraglicher Beziehungen gebundene Verpflichtung zur Unterrichtung über Entgelte für mit einem Zahlungskonto verbundene Dienste vor. Diese Regelung setzt Artikel 4 Absatz 5 der Richtlinie um. Hinsichtlich des Inhalts und der Form und Gestaltung der Entgeltinformation im Übrigen wird auf die §§ 6 bis 8 sowie § 9 Absätze 2 bis 4 verwiesen, so dass insoweit dieselben Grundsätze gelten wie für die vorvertragliche Entgeltinformation.</p> <p>Die allgemeine Verpflichtung zur Zurverfügungstellung dieser Informationen in Textform nach § 14 Absatz 1 wird in Bezug auf die allgemeine Entgeltinformation nach Nummer 1 durch Absatz 3 dahingehend erweitert, dass die Informationen nach Absatz 1 Nummer 1, 4 und 5 in den Geschäftsräumen des Zahlungsdienstleisters zur Verfügung zu stellen sind, sowie auch über einen Internetauftritt des Zahlungsdienstleisters, sofern er über einen solchen verfügt. Ersteres wird regelmäßig dadurch erfolgen, dass in den Geschäftsräumen des Dokument in Papierform oder als elektronisches Dokument auf einer Vorrichtung zur Speicherung digitaler Daten bereit gehalten wird, für letzteres genügt es, wenn die Informationen auf der Internetseite des Zahlungsdienstleisters, soweit vorhanden, zum Herunterladen zur Verfügung gestellt werden und der Verbraucher das Dokument sodann tatsächlich herunterlädt.</p> <p>Zudem muss nach Absatz 4 die allgemeine Entgeltinformation nach Nummer 1 dem Verbraucher auf Verlangen auch mitgeteilt werden, so dass die bloße Bereitstellung nicht länger genügen würde und in Bezug auf Informationen in elektronischer Form beispielsweise statt der bloßen Schaffung der Möglichkeit des Herunterladens von der Internet-Homepage des Zahlungsdienstleisters eine Zusendung</p>
--	--



<p>2. Informationen in Bezug auf die Merkmale, Entgelte sowie Kosten und Nutzungsbedingungen der angebotenen Basiskonten nach Abschnitt 5, wobei diese Informationen auch auf besonders schutzbedürftige Verbraucher, Verbraucher ohne festen Wohnsitz, Geduldete, Asylsuchende und Verbraucher, die über kein Zahlungskonto verfügen, ausgerichtet sein müssen,</p> <p>3. einen Hinweis darauf, ob der Abschluss und der Inhalt eines Basiskontovertrags sowie die tatsächliche Nutzung des hiervon umfassten Leistungsangebots von in § 32 Absatz 1 genannten Voraussetzungen abhängig gemacht werden und dass der Zugang zu einem Basiskonto von keinen zusätzlichen Voraussetzungen oder der Vereinbarung zusätzlicher Dienste abhängig gemacht werden darf,</p> <p>4. Informationen zur Kontenwechselhilfe nach Abschnitt 3 unter Einschluss der Pflichten der be-</p>	<p>durch den Zahlungsdienstleister an ein vom Verbraucher angegebenes elektronisches Postfach in Betracht käme.</p> <p>- Nummer 2 bestimmt, dass Zahlungsdienstleister Verbraucher informieren müssen über die Merkmale, Entgelte sowie Kosten und Nutzungsbedingungen der von ihnen angebotenen Basiskonten, wobei diese Informationen auch auf besonders schutzbedürftige Verbraucher, Verbraucher ohne festen Wohnsitz, Asylsuchende, Geduldete und Verbraucher, die über kein Zahlungskonto verfügen, ausgerichtet sein müssen. Diese Informationspflicht bezieht sich auf die Verpflichtungen nach Abschnitt 5 dieses Gesetzes und beruht auf den entsprechenden Vorgaben in Artikel 20 Absatz 1 und Absatz 2 der Richtlinie, die hier in der Bestimmung einer einheitlichen Informationspflicht umgesetzt sind. Absatz 2 bestimmt, dass diese Informationspflicht nur für Institute gilt, die Zahlungskonten für Verbraucher anbieten, d.h. für Verpflichtete im Sinne des § 31 Absatz 1. Der Inhalt der Informationspflicht erstreckt sich neben den in Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie selbst genannten Merkmalen, Entgelten und Nutzungsbedingungen der Basiskonten auch auf deren Kosten, da der Begriff der Entgelte im Sinne der Richtlinie nach deren Artikel 2 Nummer 15 auch Kosten erfasst. Die Vereinbarung einer vom Verbraucher geschuldeten Vertragsstrafe ist dagegen nach § 41 Absatz 3 unzulässig, so dass insofern auch keine Informationspflicht erforderlich ist.</p> <p>Hinsichtlich der Informationspflicht nach Nummer 2 genügt es, wenn diese Informationen in Textform vom Zahlungsdienstleister Verbrauchern jederzeit leicht zugänglich zur Verfügung gestellt werden, wobei diese Informationen auch auf besonders schutzbedürftige Verbraucher, Verbraucher ohne festen Wohnsitz, Geduldete, Asylsuchende und Verbraucher, die über kein Zahlungskonto verfügen, ausgerichtet sein müssen, d.h. nach Verständlichkeit und Zugänglichkeit gerade auch den Interessen und Bedürfnissen dieser Personengruppen gerecht werden müssen; die Absätze 3 und 4 enthalten keine weitergehenden Vorgaben zu dieser Informationspflicht, insbesondere keine Vorgaben zur Wahl der Kommunikationsform, mittels derer der Zahlungsdienstleister den Verbrauchern diese Informationen zur Verfügung zu stellen hat.</p> <p>- Nummer 3 regelt, dass Zahlungsdienstleister Verbraucher darauf hinzuweisen haben, ob der Abschluss und der Inhalt des Basiskontovertrags sowie die tatsächliche Nutzung des hiervon umfassten Leistungsangebots von in § 32 Absatz 1 genannten Voraussetzungen abhängig gemacht werden und dass der Zugang zu einem Basiskonto von keinen zusätzlichen Voraussetzungen oder der Vereinbarung zusätzlicher Dienste abhängig gemacht werden darf. Diese Regelung dient der Umsetzung der entsprechenden Vorgaben aus Artikel 20 Absatz 2 und soll sicherstellen, dass der Verbraucher über den Inhalt der Regelung in § 32 zum benachteiligungsfreien Leistungsangebot und zum Koppelungsverbot informiert wird. Im Übrigen kann hinsichtlich der Art und Weise der Erfüllung dieser Informationspflicht auf die Erläuterungen zur Informationspflicht nach Nummer 2 verwiesen werden. Auch diese Informationspflicht gilt nach Absatz 2 nur für Institute, die Zahlungskonten für Verbraucher anbieten, d.h. für Verpflichtete im Sinne des § 31 Absatz 1.</p> <p>- Nach Nummer 4 müssen Zahlungsdienstleister weiter auch informieren über die</p>
---	--



<p>teiligten Zahlungsdienstleister, der hierfür geltenden Fristen, der vom Verbraucher geschuldeten Entgelte, der Kosten, der beim Verbraucher anzufordernden Informationen sowie der einschlägigen Verfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle nach § 14 des Unterlassungsklagengesetzes sowie</p> <p>5. ein klar und verständlich abgefasstes Glossar zu mit einem Zahlungskonto verbundenen Diensten, das mindestens die maßgeblichen Zahlungskontendienste sowie die Begriffsbestimmungen nennen muss, die von der Europäischen Kommission zur standardisierten Zahlungskontenterminologie zu diesen Diensten festgelegt worden sind.</p> <p>(2) Absatz 1 Nummer 2 und 3 gilt nur für Institute, die Zahlungskonten auf dem Markt anbieten.</p> <p>(3) Die Informationen nach Absatz 1 Nummer 1, 4 und 5 sind Verbrauchern in den Geschäftsräumen des Zahlungsdienstleisters zur Verfügung zu stellen. 2Verfügt der Zahlungsdienstleister über einen Internetauftritt, so sind diese Informationen auch dort zur Verfügung zu stellen.</p> <p>(4) Die Informationen nach Absatz 1 Nummer 1 und 5 sind Verbrauchern auf Verlangen auch mitzuteilen.</p> <p>(5) Zahlungsdienstleister genügen den Anforderungen an die Gestaltung und den Inhalt des Glossars</p>	<p>Kontenwechselhilfe, d.h. über die Regelungen nach Abschnitt 3 dieses Gesetzes. Die Information muss sich auch auf die Pflichten der beteiligten Zahlungsdienstleister, die einschlägigen Fristen, die vom Verbraucher geschuldeten Entgelte und Kosten (für Vertragsstrafen gilt § 26 Absatz 5) und die bei ihm anzufordernden Informationen sowie die einschlägigen Verfahren zur alternativen Streitbeilegung erstrecken. Diese allgemeine Informationspflicht in Bezug auf die Kontenwechselhilfe setzt Artikel 14 Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie um, wobei es hier jeweils nur um die für den betreffenden Zahlungsdienstleister geltenden Informationen (insbesondere zu Entgelten) gehen kann. Von der Option nach Artikel 14 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie, dass auch Angaben zur Zugehörigkeit des betreffenden Zahlungsdienstleisters zu einem Einlagensicherungssystem in der Union erfordert werden könnten, soll kein Gebrauch gemacht werden: Diese Angaben stehen jedenfalls nicht regelmäßig im Zusammenhang mit den Einzelheiten eines Kontenwechsels. Nach Absatz 3 gilt auch für die Informationspflicht nach Nummer 4, dass eine Zurverfügungstellung dieser Informationen beinhaltet, dass diese Verbrauchern vom Zahlungsdienstleister sowohl in dessen Geschäftsräumen als auch, sofern vorhanden, auf dessen Internetseite zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>- Nach Nummer 5 schließt die allgemeine Informationspflicht der Zahlungsdienstleister auch ein Glossar zu mit einem Zahlungskonto verbundenen Diensten ein. Dies setzt die Vorgaben aus Artikel 4 Absätze 4 und 5 der Richtlinie um. Das Glossar muss mindestens die maßgeblichen Zahlungskontendienste nennen, d.h. nach § 2 Absatz 6 diejenigen Dienste, die in der aktuellen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht veröffentlichten Liste der repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste enthalten sind. Das Glossar muss auch die jeweiligen Begriffsbestimmungen nennen, die von der Europäischen Kommission zur standardisierten Zahlungskontenterminologie zu diesen Diensten festgelegt worden sind (siehe zur Festlegung der standardisierten Zahlungskontenterminologie die Begründung zu § 2 Absatz 7). Hierbei handelt es sich nur um eine Mindestanforderung, Zahlungsdienstleister können auch weitere Dienste und Begriffsbestimmungen in das Glossar aufnehmen. Das Glossar muss – sowohl hinsichtlich des Mindestgehalts wie auch hinsichtlich weiterer darin enthaltener Dienste und Begriffsbestimmungen – klar und verständlich abgefasst sein, siehe die Vorgaben der Richtlinie aus Artikel 4 Absatz 4 Unterabsatz 2. Dies beinhaltet zugleich, dass das Glossar eindeutig und nicht irreführend abgefasst sein muss; eine ausdrückliche Umsetzung dieser weitergehenden Richtlinienverpflichtung aus Artikel 4 Absatz 4 Unterabsatz 2 ist daher nicht erforderlich.</p> <p>Wie in Bezug auf die allgemeine Entgeltinformation nach Nummer 1 gilt nach Absatz 3 auch für das Glossar nach Nummer 5, dass dessen Zurverfügungstellung beinhaltet, dass dieses Dokument Verbrauchern vom Zahlungsdienstleister sowohl in dessen Geschäftsräumen als auch, sofern vorhanden, auf dessen Internetseite zur Verfügung gestellt wird. Zudem muss nach Absatz 4 auch das Glossar nach Nummer 5 dem Verbraucher auf Verlangen mitgeteilt werden, so dass die bloße Bereitstellung nicht länger genügt.</p> <p>Absatz 5 sieht vor, dass Zahlungsdienstleister das durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu erstellende und nach § 47 Absatz 2 zu veröffentli-</p>
---	--



<p>nach Absatz 1 Nummer 5, wenn sie das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach § 47 Absatz 2 für dieses Glossar veröffentlichte Muster verwenden.</p>	<p>chende Muster für das Glossar verwenden können. Bedient sich ein Zahlungsdienstleister dieses Musters, so genügt er damit den Anforderungen hinsichtlich der Gestaltung des Inhalts des Glossars. Da für das Glossar kein verpflichtender anbieterspezifischer Inhalt vorgegeben ist, kann durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ein derartiges allgemeines Glossar erstellt werden, welches von allen Zahlungsdienstleistern im Geltungsbereich dieses Gesetzes einheitlich verwendet werden kann.</p>
<p style="text-align: center;">§ 15</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Verwendung der standardisierten Zahlungskontenterminologie</p> <p>Ein Zahlungsdienstleister, der sich öffentlich zur Führung von Zahlungskonten für Verbraucher erboten hat, hat die standardisierte Zahlungskontenterminologie auch für die Bezeichnung der maßgeblichen Zahlungskontendienste in anderen für Verbraucher bestimmten Informationen als der Entgeltinformation und der Entgeltaufstellung zu verwenden. 2Andere Bezeichnungen dürfen in diesen anderen Informationen für diese Dienste des Zahlungsdienstleisters nur dann verwendet werden, wenn der Zahlungsdienstleister zusätzlich eindeutig angibt, mit welchen Begriffen aus der standardisierten Zahlungskontenterminologie die betreffenden Dienste bezeichnet werden.</p>	<p>§ 15 schreibt Zahlungsdienstleistern gegenüber Verbrauchern allgemein die Verwendung der standardisierten Zahlungskontenterminologie vor, d.h. der von der Europäischen Kommission festgelegten jeweils aktuellen standardisierten Unionsterminologie für die mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste (siehe zur Festlegung der standardisierten Zahlungskontenterminologie die Begründung zu § 2 Absatz 7).</p> <p>Bereits nach § 8 Absatz 1 sowie § 12 Absatz 1 gilt, dass Zahlungsdienstleister diese Terminologie für die Bezeichnung der maßgeblichen Zahlungskontendienste in der Entgeltinformation sowie der Entgeltaufstellung nach diesem Gesetz verwenden müssen. Zur Umsetzung von Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 der Zahlungskontenrichtlinie geht § 15 Satz 1 über diese Verpflichtungen hinaus und begründet eine allgemeine Verpflichtung zur Verwendung der standardisierten Zahlungskontenterminologie für die Bezeichnung der maßgeblichen Zahlungskontendienste auch für die anderen für Verbraucher bestimmten Informationen. Dieser Begriff ist umfassend zu verstehen und erfasst neben den gesetzlichen Informationspflichten beispielsweise nach dem EGBGB auch sämtliche weiteren Vertrags-, Geschäfts- und Marketinginformationen für Verbraucher (siehe Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 der Zahlungskontenrichtlinie). Zahlungsdienstleister dürfen andere, insbesondere firmeneigene Bezeichnungen für diese Dienste in diesen weiteren Informationen nur dann verwenden, wenn sie zusätzlich angeben, mit welchen Begriffen aus der standardisierten Zahlungskontenterminologie die betreffenden Dienste bezeichnet werden (siehe § 15 Satz 2, mit dem Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie umgesetzt wird). Damit wird aber anders als bei der Entgeltinformation sowie der Entgeltaufstellung (§ 8 Absatz 1 Satz 2 sowie § 12 Absatz 1 Satz 2) nicht vorgeschrieben, dass diese anderen Bezeichnungen nur zusätzlich zu der standardisierten Zahlungskontenterminologie und als untergeordnete Bezeichnung für die betroffenen Dienste verwendet werden.</p> <p>§ 15 begründet wie § 14 eine vom Vorliegen vertraglicher oder vorvertraglicher Rechtsbeziehungen zum Verbraucher unabhängige Verpflichtung, die ebenso wie die Informationspflicht nach § 14 für alle Zahlungsdienstleister gilt, die sich öffentlich zur Führung von Zahlungskonten für Verbraucher erboten haben.</p>
<p style="text-align: center;">Unterabschnitt 2 Vergleichswebsites</p>	<p style="text-align: center;"><u>Zu den §§ 16 bis 19 (Regelungen zu Vergleichswebsites):</u></p> <p>Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Zahlungskontenrichtlinie schreibt den Mitgliedstaaten vor, sicherzustellen, dass Verbraucher entgeltfreien Zugang zu mindestens einer Website haben, die einen Vergleich der Entgelte ermöglicht, die von Zahlungsdienstleistern auf nationaler Ebene zumindest für die maßgeblichen Zahlungskontendienste berechnet werden. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen die</p>



	<p>Betreiber von Websites, die Angebote von Zahlungskonten vergleichen, künftig die Erteilung eines Zertifikates beantragen können, welches ihnen die gesetzskonforme Durchführung ihres Zahlungskontenvergleichs bestätigt.</p> <p>Die Anforderungen, welche an die Websitebetreiber und ihre Produkte gestellt werden, ergeben sich aus den §§ 17 und 18. Konkretisiert werden diese Kriterien in der aufgrund § 19 Absatz 1 Nummer 2 zu erlassenden „Verordnung über die Anforderungen an ZKG konforme Vergleichswebsites, Konformitätsbewertung sowie Akkreditierung“ (Vergleichswebsitesverordnung – VglWVO).</p> <p>Da der Aussagegehalt von Zertifikaten maßgeblich davon abhängt, von wem diese vergeben werden, wird der Ansatz der Konformitätsbewertung mit demjenigen der Akkreditierung kombiniert. Hierdurch wird sichergestellt, dass die vorgenannten Zertifikate ausschließlich durch solche Konformitätsbewertungsstellen vergeben werden dürfen, die als hierfür kompetent, zuverlässig und unabhängig von Zahlungsdienstleistern eingestuft wurden. Diese Einstufung soll im Wege der Akkreditierung der Konformitätsbewertungsstellen durch die nationale Akkreditierungsstelle erfolgen. Die Akkreditierungsstelle handelt im öffentlichen Interesse als alleiniger Dienstleister für Akkreditierungen in Deutschland und als Beliehene des Bundes.</p> <p>Dieses vom Gesetzgeber zur Umsetzung von Artikel 7 der Zahlungskontenrichtlinie gewählte Verfahren der Zertifizierung von Vergleichswebsites durch akkreditierte Konformitätsbewertungsstellen gewährleistet eine zuverlässige Orientierung für den Verbraucher.</p> <p>Die Fachaufsicht über die Akkreditierungsstelle soll durch eine Anpassung der Verordnung über die Beileihung der Akkreditierungsstelle nach dem Akkreditierungsstellengesetz (AkkStelleG-Beleihungsverordnung – AkkStelleGBV) für den Bereich der ZKG-konformen Vergleichswebsites dem Bundesministerium der Finanzen übertragen werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 16</p> <p style="text-align: center;">Zertifizierung als Vergleichswebsite nach dem Zahlungskontengesetz, Berechtigung zur Führung dieser Bezeichnung sowie zur Verwendung des Zertifizierungssymbols</p> <p>(1) Dem Betreiber einer Website, die die in § 17 genannten Kriterien in der in § 18 vorgeschriebenen Art und Weise für den Verbraucher entgeltfrei vergleicht (Vergleichswebsite), ist auf Antrag ein Zertifikat durch die akkreditierten Konformitätsbewertungsstellen zu erteilen.</p> <p>(2) Das Zertifikat nach Absatz 1 berechtigt den Betreiber der Website zur Führung der Bezeichnung „Vergleichswebsite nach dem Zahlungskontengesetz“ sowie zur Verwendung des Zertifizierungssymbols.</p>	



<p style="text-align: center;">§ 17 Anforderung an Vergleichskriterien</p> <p>Der Betreiber einer Vergleichswebsite muss auf dieser Vergleichswebsite das Angebot verschiedener Zahlungsdienstleister, die Zahlungskontendienste anbieten und Zahlungskonten führen, mindestens anhand der folgenden Kriterien vergleichen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. die von den Zahlungsdienstleistern erhobenen Entgelte für die maßgeblichen Zahlungskontendienste sowie etwaige Kosten und Vertragsstrafen, die in Bezug auf die angebotenen Dienste oder Pakete vorgesehen sind,2. das Filialnetz,3. das Geldautomatennetz und4. den Sollzinssatz für eingeräumte Überziehungsmöglichkeiten gemäß § 504 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und für geduldete Überziehungen gemäß § 505 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.	
<p style="text-align: center;">§ 18 Weitere Anforderungen an Vergleichswebsites</p> <p>Eine Vergleichswebsite muss</p> <ol style="list-style-type: none">1. unabhängig betrieben werden, wobei sicherzustellen ist, dass Zahlungsdienstleister bei den Vergleichsergebnissen gleichbehandelt werden;2. ihre Betreiber nennen;3. klare und objektive Kriterien verwenden, auf die sich der Vergleich stützt;4. leicht verständliche und eindeutige Sprache sowie die standardisierte Zahlungskontenterminologie für die maßgeblichen Zahlungskontendienste verwenden;5. korrekte und aktuell gehaltene Informationen bereitstellen und den Zeitpunkt der letzten Aktualisierung angeben;6. genügend Zahlungskontenangebote enthalten, damit ein wesentlicher Teil des deutschen Marktes abgedeckt wird, und, falls die angebotenen Informationen keine vollständige Marktübersicht darstellen, eine eindeutige diesbezügliche Erklärung geben, bevor sie Ergebnisse anzeigt, und7. ein wirksames Verfahren für die Meldung unrichtiger Informationen über Entgelte, Kosten und Vertragsstrafen vorsehen.	
<p style="text-align: center;">§ 19 Verordnungsermächtigung; Verwaltungsvorschriften</p> <p>(1) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen</p> <ol style="list-style-type: none">1. zur Konkretisierung und Ergänzung der in den §§ 17 und 18 genannten Anforderungen,2. zur Festlegung der an Akkreditierung und Konformitätsbewertung im Zusammenhang mit Vergleichswebsites gestellten Anforderungen,3. zum Schutz und zur Gestaltung des Zertifizierungssymbols für Vergleichswebsites, insbesondere zu dessen Aufmachung, Zusammensetzung und Größe, und4. zur Verwendung des Zertifizierungssymbols. <p>(2) Das Bundesministerium der Finanzen bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der</p>	



<p>Justiz und für Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die für die Ausführung dieses Unterabschnittes und der auf ihm beruhenden Rechtsvorschriften zuständigen Behörden und Stellen.</p> <p>(3) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates zur Erfüllung der in den §§ 17 und 18 genannten Vorgaben für Vergleichswebsites</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zahlungsdienstleister zu verpflichten, einer Behörde oder einer anderen in der Rechtsverordnung zu benennenden Stelle die Vergleichskriterien nach § 17 bereitzustellen oder ihr diese zu übermitteln, sowie 2. nähere Bestimmungen zum Zeitpunkt sowie zur Art und Form der Bereitstellung oder Übermittlung der Vergleichskriterien nach § 17 zu erlassen. <p>(4) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Verwaltungsvorschriften erlassen, die für die Ausführung dieses Unterabschnittes und der auf ihm beruhenden Rechtsvorschriften durch die zuständigen Behörden und Stellen erforderlich sind.</p>	
	<p><u>Zu den §§ 20 bis 29 (Regelungen zur Kontenwechselhilfe und zur grenzüberschreitenden Kontoeröffnung):</u></p> <p>Die Vorschriften der §§ 20 bis 29 regeln den Kontowechsel sowohl im Inland als auch die grenzüberschreitende Kontoeröffnung. Entsprechend Erwägungsgrund 27 der Zahlungskontenrichtlinie liegt ihnen die Überlegung zugrunde, dass für Verbraucher nur dann Anreize für einen Zahlungskontowechsel bestehen, wenn das Verfahren nicht mit einem übermäßigen bürokratischen und finanziellen Aufwand verbunden ist. Deshalb sollen Zahlungsdienstleister verpflichtet sein, einem Verbraucher ein klares, schnelles und sicheres Verfahren für den Wechsel von Zahlungskonten zur Verfügung zu stellen. Dieses Verfahren sollte garantiert zur Anwendung kommen, wenn ein Verbraucher von einem Zahlungsdienstleister zu einem anderen oder bei ein und demselben Zahlungsdienstleister zu einem anderen Zahlungskonto wechseln will. Dadurch soll der Verbraucher die Möglichkeit haben, die günstigsten Angebote auf dem Markt zu nutzen und ohne Schwierigkeiten sein bestehendes Zahlungskonto zu wechseln, und zwar unabhängig davon, ob das bei ein und demselben Zahlungsdienstleister oder zwischen verschiedenen Zahlungsdienstleistern geschieht.</p>
<p>Abschnitt 3 Kontenwechselhilfe</p>	
<p>Unterabschnitt 1 Anspruch auf Kontenwechselhilfe</p>	
<p>§ 20 Verpflichtung zur Gewährung von Kontenwechselhilfe</p>	<p>Mit § 20 wird Artikel 9 der Zahlungskontenrichtlinie umgesetzt. Die Vorschrift legt die Verpflichtung des Zahlungsdienstleisters fest, dem Verbraucher Unterstützungsleistungen für einen Wechsel von einem beim übertragenden Zahlungsdienstleister geführten Zahlungskonto zu einem beim empfangenden Zahlungsdienstleister</p>



<p>(1) ¹Im Zusammenhang mit einem Wechsel von einem beim übertragenden Zahlungsdienstleister geführten Zahlungskonto zu einem beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführten Zahlungskonto sind die Zahlungsdienstleister verpflichtet, dem Verbraucher auf dessen Wunsch Unterstützungsleistungen zu erbringen (Kontenwechselhilfe). ²Die Kontenwechselhilfe erfolgt nach Maßgabe dieses und des folgenden Unterabschnittes.</p> <p>(2) Die Verpflichtung gemäß Absatz 1 besteht nicht, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">1. der übertragende oder der empfangende Zahlungsdienstleister nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes ansässig ist oder2. die betreffenden Zahlungskonten des Verbrauchers bei den beteiligten Zahlungsdienstleistern nicht in derselben Währung geführt werden.3. <p>(3) Die Kontenwechselhilfe darf nur gewährt werden, wenn der Verbraucher und gegebenenfalls jeder weitere Inhaber der betroffenen Zahlungskonten eine den Anforderungen des § 21 entsprechende Ermächtigung zur Kontenwechselhilfe erteilt hat.</p>	<p>geführten Zahlungskonto zu erbringen (Kontenwechselhilfe, Absatz 1 Satz 1). Absatz 1 Satz 2 verweist für die Voraussetzungen und zum Umfang der geforderten Unterstützungsleistung auf die weiteren Bestimmungen der Unterabschnitte 1 und 2, wonach eine Ermächtigung des Kontoinhabers erforderlich ist und in denen die Verfahrensweise sowie die Pflichten des übertragenden und des empfangenden Zahlungsdienstleisters festgelegt werden.</p> <p>Absatz 2 schließt den Anspruch auf Kontenwechselhilfe für die Fälle aus, in denen der übertragende oder der empfangende Zahlungsdienstleister nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes ansässig ist (Nummer 1) oder die betreffenden Zahlungskonten des Verbrauchers nicht in derselben Währung geführt werden (Nummer 2). In diesen Fällen eines grenzüberschreitenden Kontowechsels oder in Fällen von nicht währungskongruenten Wechseln besteht kein Anspruch nach § 20 Absatz 1 Satz 1, weil der damit zusammenhängende rechtliche Klärungsbedarf und Umsetzungsaufwand deutlich vom Normalfall des Kontowechsels abweicht.</p> <p>Absatz 3 verlangt zur Gewährung der Kontenwechselhilfe eine entsprechende Ermächtigung des Verbrauchers und gegebenenfalls jedes weiteren Inhabers der betroffenen Zahlungskonten. Dies soll für alle Beteiligten die nötige Rechtssicherheit gewährleisten und Fälle unverlangter Zahlungskontenwechsel, die möglicherweise nicht im Interesse des Verbrauchers liegen, ausschließen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 21 Ermächtigung des Kontoinhabers</p> <p>(1) Eine Ermächtigung zur Kontenwechselhilfe bedarf der Schriftform. ²Sie muss in deutscher Sprache verfasst sein, es sei denn, die beteiligten Zahlungsdienstleister und der Inhaber des betroffenen Zahlungskontos haben sich auf eine andere Sprache geeinigt. ³Jeder der beteiligten Zahlungsdienstleister hat dem Verbraucher sowie gegebenenfalls jedem weiteren Inhaber der betroffenen Zahlungskonten auf dessen Wunsch unverzüglich ein Formular für die Ermächtigung zu übermitteln. ⁴Dem Verbraucher ist eine Kopie der erteilten Ermächtigung auszuhändigen.</p> <p>(2) Das Formular für die Ermächtigung muss so gestaltet sein, dass der Inhaber des betroffenen Zahlungskontos die Möglichkeit hat, eine Ermächtigung in Schriftform zu erteilen, in der er</p> <ol style="list-style-type: none">1. dem übertragenden Zahlungsdienstleister für die Ausführung jeder der in den §§ 22 und 23 genannten Leistungen separat seine ausdrückliche Einwilligung erteilen kann,2. dem empfangenden Zahlungsdienstleister für die Ausführung jeder der in den §§ 22 und 24 genannten Leistungen separat seine ausdrückliche Einwilligung erteilen kann,3. die einzelnen eingehenden Überweisungen, Daueraufträge und Lastschriftmandate bestimmen kann, die von der Kontenwechselhilfe erfasst werden sollen,4. Daten bestimmen kann, ab denen der übertragende Zahlungsdienstleister für das bei ihm geführte Zahlungskonto Lastschriften und eingehende Überweisungen nicht mehr akzeptieren sowie Daueraufträge nicht mehr ausführen und Zahlungsauthentifizierungsinstrumente sper-	<p>Die Vorschrift dient der Umsetzung von Artikel 10 Absatz 2 der Zahlungskontenrichtlinie.</p> <p><u>Zu Absatz 1:</u> Absatz 1 schreibt unter Berücksichtigung von Erwägungsgrund 30 der Richtlinie für die Ermächtigung die Schriftform (Satz 1) und grundsätzlich die deutsche Sprache vor, erlaubt es jedoch, dass die Beteiligten auch eine andere Sprache als Deutsch vereinbaren (Satz 2). Jeder der beteiligten Zahlungsdienstleister hat auf Wunsch dem wechselwilligen Verbraucher und jedem weiteren Inhaber der betroffenen Konten auf dessen Wunsch unverzüglich ein Formular für die Ermächtigung in Textform zu übermitteln (Satz 3). Damit soll der Vorgang transparent gemacht, vereinfacht und beschleunigt werden.</p> <p><u>Zu Absatz 2:</u> Die Anforderungen an das Formular ergeben sich aus Absatz 2, der in den Nummern 1 und 2 dem Inhaber des betroffenen Zahlungskontos gegenüber dem übertragenden bzw. dem empfangenden Zahlungsdienstleister durch separate Einwilligungen eine weitgehende Differenzierung hinsichtlich der Ausführung der in den §§ 22 bis 23 bzw. 24 ZKG genannten Leistungen und in Nummer 3 bis 5 weitere Optionen der Ausgestaltung des Kontowechsels ermöglicht. Dem Inhaber des betroffenen Zahlungskontos wird in Nummer 3 dazu die freie Entscheidung eröffnet, einzelne eingehende Überweisungen, Daueraufträge und Lastschriftmandate zu bestimmen, die von der Kontenwechselhilfe erfasst werden sollen, ggf. auch nur eine teilweise Umstellung. Nach Nummer 4 kann er zusätzlich Daten bestimmen, ab denen der übertragende Zahlungsdienstleister für das bei ihm geführte Zahlungskonto Maßnahmen zur Beendigung der Kontofunktionen ergreifen soll, bis hin zur</p>



<p>ren soll sowie zu denen er das bei ihm geführte Zahlungskonto schließen und einen verbleibenden positiven Saldo auf das beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführte Zahlungskonto überweisen soll, und</p> <p>5. Daten bestimmen kann, ab denen Daueraufträge von dem beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführten Zahlungskonto ausgeführt und Lastschriften akzeptiert werden sollen.</p> <p>(3) Ein Zahlungsdienstleister kann sich des Musterformulars in Anlage 1 bedienen, das den Anforderungen des Absatzes 2 entspricht.</p> <p>(4) Die Ermächtigung nach Absatz 1 kann abweichend von Absatz 1 Satz 1 auch im Online-Banking durch den Inhaber des betroffenen Zahlungskontos erteilt werden.</p>	<p>Schließung des Zahlungskontos und Überweisung des verbleibenden positiven Saldos auf das beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführte Zahlungskonto. Nummer 5 gibt dem Kontoinhaber dementsprechend die Möglichkeit, den Beginn der Ausführung von Daueraufträgen und der Akzeptanz eingehender Lastschriften zu bestimmen. Hinsichtlich der Bestimmbarkeit dieser Daten sind allerdings die nach den §§ 23 und 24 gesetzten Grenzen zu beachten.</p> <p><u>Zu Absatz 3:</u> Zur Verbesserung der Transparenz und zur Vereinfachung des Verfahrens sieht Absatz 3 vor, dass sich ein Zahlungsdienstleister des Musterformulars in der Anlage 1 zu diesem Gesetz bedienen kann. Damit können Kontoinhaber und Zahlungsdienstleister leichter Unklarheiten entdecken und diesen entgegenwirken. Das Formular zum innerdeutschen Kontenwechsel folgt unter Beachtung der Richtlinienvorgaben dem Ansatz, dass für den Verbraucher bereits ein umfassendes Kontenwechselformat vorangekreuzt ist, so dass er nur sehr wenige Angaben ergänzen müsste (bisheriges Konto, Ziel-Konto, Datum des Kontenwechsels). Gleichzeitig ist, entsprechend den Vorgaben der Richtlinie, eine deutlich weiter differenzierende Beauftragung zum Kontenwechsel möglich, die hinsichtlich der verschiedenen Einzelschritte detailliert unterscheidet.</p> <p><u>Zu Absatz 4:</u> Absatz 4 stellt klar, dass eine Beauftragung des Kontowechselservice auch im Online-Banking z. B. mittels TANBestätigung im Online-Banking möglich ist, sofern der Verbraucher bereits einen Online-Zugang bei dem betreffenden Institut besitzt.</p>
<p>Unterabschnitt 2 Pflichten der beteiligten Zahlungsdienstleister</p>	
<p>§ 22</p>	
<p>Einleitung des Kontenwechsels über den empfangenden Zahlungsdienstleister</p> <p>Der empfangende Zahlungsdienstleister hat auf Verlangen des Verbrauchers innerhalb von zwei Geschäftstagen nach Erhalt der Ermächtigung zur Kontenwechselhilfe den übertragenden Zahlungsdienstleister aufzufordern, folgende Leistungen zu erbringen, soweit die Ermächtigung zur Kontenwechselhilfe dies vorsieht:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dem empfangenden Zahlungsdienstleister und dem Verbraucher eine Liste der bestehenden Daueraufträge und die beim übertragenden Zahlungsdienstleister verfügbaren Informationen zu Lastschriftmandaten zu übermitteln, die bei dem Kontowechsel transferiert werden, 2. dem empfangenden Zahlungsdienstleister und dem Verbraucher die verfügbaren Informationen über eingehende Überweisungen und vom Zahlungsempfänger veranlasste Lastschriften auf dem Zahlungskonto des Verbrauchers in den vorangegangenen 13 Monaten zu übermitteln, 3. Lastschriften und eingehende Überweisungen mit Wirkung ab dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 nicht mehr zu akzeptieren, wenn der übertragende Zahlungsdienstleister keinen Mechanismus für die automatische Umleitung der Lastschriften und eingehenden Überweisungen auf das beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführte Zahlungskonto des Verbrauchers vorsieht, 	<p>Die Vorschrift bestimmt zur Umsetzung von Artikel 10 Absatz 3 der Zahlungskontenrichtlinie die Einzelheiten der Erbringung von Leistungen des empfangenden Zahlungsdienstleiters zur Einleitung des Kontowechsels auf Verlangen des Verbrauchers abhängig vom Umfang der Ermächtigung des Verbrauchers zur Kontowechselhilfe. Um das Verfahren möglichst unkompliziert zu gestalten, wird dem empfangenden Zahlungsdienstleister die Einleitung und Abwicklung des Verfahrens auferlegt (vgl. auch Erwägungsgrund 29 der Zahlungskontenrichtlinie). Die durch das Verlangen des Verbrauchers ausgelöste Verpflichtung kann allerdings nur soweit gehen, wie bei der Zahlstelle entsprechende Informationen vorhanden sind:</p> <p>Anders als für die vom Schuldner veranlassten Überweisungen („credit transfers“) ist bei den vom Gläubiger eingeleiteten Lastschriften („direct debits“) einschließlich der SEPA-Basis-Lastschrift die Information zu Lastschriftmandaten dem Zahlungsdienstleister des Zahlers üblicherweise nicht bekannt, denn das eigentliche Lastschriftmandat des Zahlers verbleibt beim Zahlungsempfänger und wird dem Zahlungsdienstleister des Zahlers nur im Streitfall zur Überprüfung des Vorgangs zur Verfügung gestellt. Bei der SEPA-Lastschrift werden nur die Mandatsdaten übertra-</p>



<ol style="list-style-type: none">4. Daueraufträge mit Wirkung ab dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 nicht mehr auszuführen,5. einen auf dem Zahlungskonto des Verbrauchers verbliebenen positiven Saldo zu dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 auf das beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführte oder eröffnete Zahlungskonto zu überweisen und6. das beim übertragenden Zahlungsdienstleister geführte Zahlungskonto des Verbrauchers zu dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 zu schließen.	<p>gen, die u. a. die Weisung des Zahlers an die Zahlstelle beinhalten. Welche Mandate der Zahler an welche Zahlungsempfänger erteilt hat, ist dem übertragenden Zahlungsdienstleister des Zahlers im Falle der SEPA-Lastschrift nicht zwangsläufig bekannt. Bestehen keine Dateien mit Informationen, welche Mandate der Zahler an welche Zahlungsempfänger erteilt hat, oder sind diese für ihn nicht sonst problemlos verfügbar, kann dem übertragenden Zahlungsdienstleister keine Verpflichtung auferlegt werden, entsprechende Angaben zu übermitteln. Etwaige datenschutzrechtliche Voraussetzungen für die Übermittlung von Informationen, die nicht vom Verbraucher stammen, bleiben unberührt, wobei zu beachten ist, dass die Vorschriften dieses Abschnitts die hier geregelte Verarbeitung von personenbezogenen Daten zum Zwecke des Kontowechsels erlauben.</p> <p>Mit den Unterlagen über die Kontobewegungen des Verbrauchers der letzten 13 Monate wird sichergestellt, dass auch Zahlungen, die lediglich einmal im Jahr vorgenommen werden (z. B. Mitgliedsbeiträge oder Versicherungsprämien), erfasst werden und der Verbraucher dementsprechend eine möglichst vollständige Grundlage für seine Disposition bezüglich künftiger Zahlungen erhält. Bloße institutsinterne Übertragungen sind dabei nicht zu berücksichtigen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 23 Pflichten des übertragenden Zahlungsdienstleisters</p> <p>(1) Der übertragende Zahlungsdienstleister hat nach Erhalt einer entsprechenden Aufforderung nach § 22 folgende Leistungen zu erbringen, soweit die Ermächtigung zur Kontenwechsellhilfe dies vorsieht:</p> <ol style="list-style-type: none">1. dem empfangenden Zahlungsdienstleister und dem Verbraucher die Listen und Informationen gemäß § 22 Nummer 1 und 2 innerhalb von fünf Geschäftstagen zu senden,2. Lastschriften und eingehende Überweisungen mit Wirkung ab dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 nicht mehr zu akzeptieren, wenn er keinen Mechanismus für die automatische Umleitung der Lastschriften und der eingehenden Überweisungen auf das beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführte Zahlungskonto des Verbrauchers vorsieht, sowie Zahlungsempfänger und Zahler dieser nicht akzeptierten Zahlungsvorgänge darüber zu informieren, aus welchem Grund sie nicht akzeptiert wurden,3. Daueraufträge mit Wirkung ab dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 nicht mehr auszuführen,4. den auf dem Zahlungskonto des Verbrauchers verbliebenen positiven Saldo zu dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 auf das beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführte oder eröffnete Zahlungskonto zu überweisen und5. das beim übertragenden Zahlungsdienstleister geführte Zahlungskonto des Verbrauchers unbeschadet des § 675h Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 zu schließen, wenn die Schritte nach den Nummern 1, 2 und 4 vollzogen wurden. <p>(2) Der übertragende Zahlungsdienstleister darf unbeschadet des § 675k Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom Verbraucher eingesetzte Zahlungsauthentifizierungsinstrumente nicht vor dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 sperren.</p>	<p>Die Vorschrift beschreibt zur Umsetzung von Artikel 10 Absatz 4 der Zahlungskontenrichtlinie unter Berücksichtigung von Erwägungsgrund 31 die Kooperationspflichten des übertragenden Zahlungsdienstleisters beim Kontowechsel im Detail. Auch hier findet der Umfang der Verpflichtungen seine Grenzen in der Verfügbarkeit der erforderlichen Informationen. Der Zahlungsdienstleister kann keine Zahler und Zahlungsempfänger informieren, deren Identität und Adressen er nicht kennt. Der vorgenannte Grundsatz nach der Begrenzung durch das tatsächlich und rechtliche Mögliche gilt auch in Bezug auf die Möglichkeiten der automatischen Umleitung eingehender Überweisungen oder Lastschriften auf das beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführte Konto des Verbrauchers und die damit korrelierende Verpflichtung, Zahlungseingänge nach dem gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 4 bestimmten Datum nicht mehr zu akzeptieren.</p>



§ 24

Abschluss des Kontenwechsels durch den empfangenden Zahlungsdienstleister

- (1) Der empfangende Zahlungsdienstleister hat innerhalb von fünf Geschäftstagen nach Erhalt der Listen und Informationen nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 folgende Leistungen zu erbringen, soweit die Ermächtigung zur Kontenwechselhilfe dies vorsieht:
1. die vom Verbraucher gewünschten Daueraufträge einzurichten und sie mit Wirkung ab dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 5 auszuführen,
 2. die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um Lastschriften zu akzeptieren, und sie mit Wirkung ab dem in der Ermächtigung hierzu bestimmten Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 5 zu akzeptieren,
 3. den in der Ermächtigung genannten Zahlern, die Überweisungen auf das Zahlungskonto des Verbrauchers tätigen, die Angaben zur neuen Zahlungskontoverbindung des Verbrauchers beim empfangenden Zahlungsdienstleister mitzuteilen und ihnen eine Kopie der hierauf bezogenen Ermächtigung des Verbrauchers zu übermitteln,
 4. soweit er nicht über alle Informationen verfügt, die er für die Mitteilung nach Nummer 3 benötigt, den Verbraucher oder den übertragenden Zahlungsdienstleister aufzufordern, ihm die fehlenden Informationen mitzuteilen,
 5. den in der Ermächtigung genannten Zahlungsempfängern, die im Lastschriftverfahren Geldbeträge vom Zahlungskonto des Verbrauchers abbuchen, die Angaben zur neuen Zahlungskontoverbindung des Verbrauchers beim empfangenden Zahlungsdienstleister sowie das in der Ermächtigung hierzu bestimmte Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 5, ab dem Lastschriften von diesem Zahlungskonto abzubuchen sind, mitzuteilen und ihnen eine Kopie der hierauf bezogenen Ermächtigung des Verbrauchers zu übermitteln,
 6. soweit er nicht über alle Informationen verfügt, die er für die Mitteilung nach Nummer 5 benötigt, den Verbraucher oder den übertragenden Zahlungsdienstleister aufzufordern, ihm die fehlenden Informationen mitzuteilen, sowie
 7. den Verbraucher über seine Rechte, soweit einschlägig, zu informieren,
 - a. Lastschrifteinzüge auf einen bestimmten Betrag oder eine bestimmte Periodizität oder beides zu begrenzen,
 - b. den empfangenden Zahlungsdienstleister zu beauftragen, falls das Lastschriftmandat gemäß dem Zahlungsverfahren kein Erstattungsrecht vorsieht, vor Belastung seines Zahlungskontos jede Lastschrift anhand der Mandatsangaben zu überprüfen und zu kontrollieren, ob der Betrag und die Periodizität der vorgelegten Lastschrift den Vereinbarungen im Mandat entsprechen, und
 - c. sämtliche auf sein Zahlungskonto bezogenen Lastschriften oder sämtliche von einem oder mehreren genannten Zahlungsempfängern veranlassten Lastschrif-

Die Vorschrift beschreibt in Umsetzung von Artikel 10 Absatz 3 und Absatz 5 der Zahlungskontenrichtlinie mit Bezug auf den Erhalt entsprechender Informationen im Detail die Leistungen des empfangenden Zahlungsdienstleisters zum Abschluss des Kontowechsels, soweit die Ermächtigung des Verbrauchers zur Kontowechselhilfe dies vorsieht. Auch hier gilt allgemein, dass die Leistungspflicht des Zahlungsdienstleisters zudem dort und insoweit begrenzt sein muss, wie ihm erforderliche Angaben nicht vorliegen.

Dies vorausgeschickt, umfasst die Verpflichtung des empfangenden Zahlungsdienstleisters nach **Absatz 1 Nummern 1 bis 3 und 5** die Einrichtung der gewünschten Daueraufträge und ihre Ausführung zu dem bestimmten Datum, die Akzeptanz von Lastschriften zu dem bestimmten Datum, die Mitteilung der neuen Kontoverbindungsangaben an die in der Ermächtigung genannten Zahler und die in der Ermächtigung genannten Zahlungsempfänger.

Absatz 1 Nummern 4 und 6 bestimmen ergänzend, dass der empfangende Zahlungsdienstleister den Verbraucher und den übertragenden Zahlungsdienstleister zur Übermittlung der ihm fehlenden Informationen in Bezug auf die nach Absatz 1 Nummern 3 und 5 erforderliche Unterrichtung der Zahler bzw. Zahlungsempfänger aufzufordern hat, um den Kontowechsel aktiv und unverzüglich herbeizuführen. Dementsprechend sind der übertragende Zahlungsdienstleister und der Verbraucher gleichermaßen zur Mitwirkung verpflichtet. Mit Blick auf die Praxis bestimmt Absatz 2, dass der Verbraucher vom empfangenden Zahlungsdienstleister verlangen kann, dass ihm Musterschreiben zur Verfügung gestellt werden, die die neuen Kontoverbindungsangaben sowie das in der Ermächtigung hierzu bestimmte Datum enthalten, ab dem Lastschriften von dem betreffenden Zahlungskonto abzubuchen sind.

Für Fälle, in denen ein in der Ermächtigung bestimmtes Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 5, ab dem Daueraufträge von dem beim empfangenden Zahlungsdienstleister geführten Zahlungskonto ausgeführt und Lastschriften akzeptiert werden sollen, nicht mindestens sechs Geschäftstage nach dem Erhalt der Listen und Informationen nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 liegt, sieht Absatz 3 vor, dass der sechste Geschäftstag nach Erhalt dieser Listen und Informationen an die Stelle dieses in der Ermächtigung bestimmten Datums tritt. Dies berücksichtigt den Mindestzeitbedarf des empfangenden Zahlungsdienstleisters, um die ihm obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Absatz 1 Nummer 7 verpflichtet den empfangenden Zahlungsdienstleister zwecks bedarfsgerechter Ausgestaltung zusätzlich zur Information der Verbraucher über ihre Rechte hinsichtlich der Begrenzung der Lastschrifteinzüge, über die Möglichkeit der Überprüfung anhand der Mandatsangaben, falls kein Erstattungsrecht vorgesehen ist, sowie Blockademöglichkeiten oder selektive Autorisierung in Bezug auf Lastschriften.



<p>ten zu blockieren oder lediglich durch einen oder mehrere genannte Zahlungsempfänger veranlasste Lastschriften zu autorisieren.</p> <p>(2) Statt der Mitteilung an die Zahler gemäß Absatz 1 Nummer 3 oder der Mitteilung an die Zahlungsempfänger gemäß Absatz 1 Nummer 5 kann der Verbraucher vom empfangenden Zahlungsdienstleister verlangen, ihm Musterschreiben zur Verfügung zu stellen, die die Angaben zur neuen Zahlungskontoverbindung sowie das in der Ermächtigung hierzu bestimmte Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 5, ab dem Lastschriften von diesem Zahlungskonto abzubuchen sind, enthalten.</p> <p>(3) Liegt ein in der Ermächtigung bestimmtes Datum gemäß § 21 Absatz 2 Nummer 5 nicht mindestens sechs Geschäftstage nach dem Erhalt der Listen und Informationen nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 durch den empfangenden Zahlungsdienstleister, so tritt an die Stelle dieses in der Ermächtigung bestimmten Datums der sechste Geschäftstag nach dem Erhalt der Listen und Informationen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 25 Haftung bei Pflichtverletzungen</p> <p>Der empfangende und der übertragende Zahlungsdienstleister haften dem Verbraucher für Schäden aus einer Verletzung ihrer Pflichten nach diesem und dem vorangegangenen Unterabschnitt als Gesamtschuldner nach den allgemeinen Vorschriften.</p>	<p>Die Vorschrift stellt in Umsetzung von Artikel 13 der Zahlungskontenrichtlinie die Haftung des empfangenden und des übertragenden Zahlungsdienstleisters gegenüber dem Verbraucher bei Verletzung ihrer Pflichten nach diesem und dem vorangegangenen Unterabschnitt klar. Danach gilt im Einklang mit Artikel 13 Absatz 3 der Richtlinie das allgemeine Schadensersatzrecht. Die in Artikel 13 Absatz 1 sowie Erwägungsgrund 33 der Richtlinie enthaltene Aufzählung ist nur beispielhaft. Nach Erwägungsgrund 33 sollten durch Fehler, die einem der beiden beteiligten Zahlungsdienstleister unterlaufen, dem Verbraucher keine finanziellen Verluste entstehen, die mit der Zahlung zusätzlicher Entgelte, Zinsen oder anderer Kosten sowie mit Geldstrafen, finanziellen Sanktionen oder anderen Arten finanzieller Nachteile aufgrund von Verzögerungen bei der Ausführung von Zahlungen zusammenhängen.</p>
<p>Unterabschnitt 3 Entgelte, Kosten und Verbot von Vertragsstrafen</p>	
<p style="text-align: center;">§ 26 Entgelte, Kosten und Verbot von Vertragsstrafen</p> <p>(1) ¹Ein Zahlungsdienstleister hat für die Erfüllung seiner Pflichten nach den Unterabschnitten 1 und 2 nur dann einen Entgeltanspruch gegenüber dem Verbraucher, wenn dies zwischen dem Verbraucher und dem Zahlungsdienstleister vereinbart worden ist. ²Dieses Entgelt muss angemessen und an den tatsächlichen Kosten des Zahlungsdienstleisters ausgerichtet sein.</p> <p>(2) Absatz 1 Satz 2 gilt für Vereinbarungen über zu erstattende Kosten entsprechend.</p> <p>(3) Ein Entgelt oder die Erstattung von Kosten darf mit dem Verbraucher nicht vereinbart werden für</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Zugang des Verbrauchers zu seinen personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit bestehenden Daueraufträgen und Lastschriften, die beim betreffenden Zahlungsdienstleister vorhanden sind, 2. die Übersendung der Informationen und Listen nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 sowie 	<p>Die Vorschrift setzt Artikel 12 der Zahlungskontenrichtlinie um. Sie regelt die Entgeltansprüche der beim Kontowechsel beteiligten Zahlungsdienstleister gegenüber dem Verbraucher. Zum Nachteil des Verbrauchers gegen das Verbot des § 26 verstoßende Vereinbarungen sind nach § 134 BGB nichtig.</p> <p>Absatz 1 bestimmt, dass nur dann ein Anspruch auf die Entrichtung eines Entgelts besteht, wenn dies so vereinbart ist. Dieses Entgelt muss angemessen sein und sich an den tatsächlichen Kosten des betreffenden Zahlungsdienstleisters ausrichten. Gleiches gilt nach Absatz 2 für Vereinbarungen über zu erstattende Kosten.</p> <p>Absatz 3 untersagt in Umsetzung von Artikel 12 Absatz 1 und 2 der Zahlungskontenrichtlinie eine Entgeltvereinbarung für Fälle des Zugangs des Verbrauchers zu seinen personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit bestehenden Daueraufträgen und Lastschriften, die beim betreffenden Zahlungsdienstleister vorhanden sind (Absatz 3 Nummer 1), für die Übersendung der Informationen und Listen nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 (Absatz 3 Nummer 2) sowie für die Schließung des beim</p>



<p>3. die Schließung des beim übertragenden Zahlungsdienstleister geführten Zahlungskontos des Verbrauchers.</p> <p>(4) Der übertragende Zahlungsdienstleister darf mit dem empfangenden Zahlungsdienstleister weder ein Entgelt noch die Erstattung von Kosten für die Übersendung der Informationen und Listen nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 vereinbaren.</p> <p>(5) Eine Vereinbarung, nach der der Verbraucher eine Vertragsstrafe im Zusammenhang mit der Kontenwechselhilfe nach diesem Abschnitt schuldet, ist unzulässig.</p>	<p>übertragenden Zahlungsdienstleister geführten Zahlungskontos des Verbrauchers (Absatz 3 Nummer 3). Damit wird mittelbaren Barrieren gegen einen Kontowechsel durch Erhebung von Entgelten entgegengetreten. Absatz 3 Nummer 3 untersagt jedes Entgelt für die Schließung des Zahlungskontos des Verbrauchers beim übertragenden Zahlungsdienstleister: Dies steht im Einklang mit der allgemeinen Regelung des § 675h BGB, wonach auch in der Umsetzung des Zahlungsdiensterichtlinie in das deutsche Recht vorgesehen wurde, dass kein Entgelt für die Kündigung eines Zahlungsdiensterahmenvertrags geschuldet ist.</p> <p>Absatz 4 betrifft das Verhältnis zwischen übertragendem Zahlungsdienstleister und dem empfangenden Zahlungsdienstleister. Auch in diesem Verhältnis soll in Umsetzung von Artikel 12 Absatz 4 der Zahlungskontenrichtlinie kein Hindernis für einen Kontowechsel durch Vereinbarungen der Zahlung von Entgelten oder der Erstattung von Kosten für die Übersendung der Informationen und Listen nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 begründet werden dürfen.</p> <p>Absatz 5 stellt klar, dass die Vereinbarung einer Vertragsstrafe im Zusammenhang mit der Kontenwechselhilfe unzulässig ist. Mit einer solchen Vereinbarung könnte ein Kontowechsel erschwert und könnten die Regelungen der Kontenwechselhilfe unterlaufen werden.</p>
<p>Abschnitt 4 Grenzüberschreitende Kontoeröffnung</p>	
<p>§ 27</p>	
<p>Verpflichtung des Zahlungsdienstleisters zur Erleichterung einer grenzüberschreitenden Kontoeröffnung</p>	
<p>(1) Teilt der Verbraucher einem Zahlungsdienstleister, bei dem für ihn ein Zahlungskonto geführt wird, mit, dass er bei einem europäischen Zahlungsdienstleister ein Zahlungskonto eröffnen möchte, so hat der Zahlungsdienstleister die in § 29 genannten Handlungen vorzunehmen, soweit der Verbraucher ihn hierzu gemäß § 28 auffordert.</p> <p>(2) Auf die Mitteilung nach Absatz 1 hat der Zahlungsdienstleister dem Verbraucher unentgeltlich das Formular nach Anlage 2 zur Datenabfrage für die grenzüberschreitende Kontoeröffnung zu übermitteln.</p>	<p>Die Vorschriften der §§ 27 bis 29 enthalten mit Rücksicht auf Besonderheiten der grenzüberschreitenden Kontoeröffnung besondere Regelungen zur Vereinfachung und Standardisierung des Verfahrens, die den Vorgaben von Artikel 11 und der Erwägungsgründe 29 ff der Zahlungskontenrichtlinie Rechnung tragen. § 27 verpflichtet den Zahlungsdienstleisters dazu, eine grenzüberschreitende Kontoeröffnung zu erleichtern.</p> <p>Absatz 2 sieht vor, dass der Verbraucher auch ohne eine an bestimmte Voraussetzungen geknüpfte Aufforderung unentgeltlich das Musterformular in der Anlage 2 zu diesem Gesetz als Grundlage für die nachfolgenden Schritte erhält, sobald er seinem Zahlungsdienstleister mitgeteilt hat, dass er bei einem europäischen Zahlungsdienstleister ein Zahlungskonto eröffnen möchte.</p>
<p>§ 28</p>	
<p>Aufforderung durch den Verbraucher</p>	
<p>(1) ¹Die Aufforderung durch den Verbraucher zur Vornahme der in § 29 genannten Handlungen muss das Datum enthalten, zu welchem diese Handlungen vorgenommen werden sollen. ²Dieses Datum muss mindestens sechs Geschäftstage nach dem Eingang der Aufforderung beim Zahlungsdienstleister liegen. ³Dies gilt nicht, sofern der Verbraucher und der Zahlungsdienstleister ausdrücklich etwas anderes vereinbart haben. ⁴Fehlt eine Datumsangabe oder entspricht sie nicht den in Satz 2 genannten Voraussetzungen, so gilt die Aufforderung als für den siebten Geschäftstag nach ihrem Eingang beim Zahlungsdienstleister erteilt.</p> <p>(2) Verlangt der Verbraucher die Übertragung eines positiven Saldos seines beim übertragenden</p>	<p>§ 28 regelt Details der Aufforderung durch den Verbrauchers unter Berücksichtigung der ausdrücklichen Vereinbarungen zwischen Verbraucher und Zahlungsdienstleister. Wenn nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, gilt nach Absatz 1 Satz 2 eine Frist von sechs Geschäftstagen ab dem Datum der Aufforderung zur Ausführung der in § 29 genannten Handlungen. Satz 4 enthält eine entsprechende gesetzliche Fiktion, falls Angaben fehlen oder nicht den Vorgaben von Satz 2 entsprechen, um Unklarheiten vorzubeugen und dadurch bedingte Schäden zu vermeiden.</p> <p>Absatz 2 regelt, dass der Verbraucher die notwendigen Angaben (IBAN und BIC</p>



<p>Zahlungsdienstleister geführten Zahlungskontos auf das Zahlungskonto, das bei einem anderen europäischen Zahlungsdienstleister eröffnet oder geführt wird, so muss der Verbraucher dem übertragenden Zahlungsdienstleister die IBAN dieses Kontos oder gleichwertige Angaben nennen, die dem Zahlungsdienstleister die Identifizierung des europäischen Zahlungsdienstleisters sowie des dortigen Zahlungskontos des Verbrauchers ermöglichen.</p>	<p>oder gleichwertige Angaben) zur Identifizierung des europäischen Zahlungsdienstleisters sowie des Zahlungskontos des Verbrauchers machen muss, wenn er die Übertragung eines positiven Saldos auf das Zahlungskonto bei einem anderen europäischen Zahlungsdienstleister verlangt.</p> <p>Nach Absatz 3 entfällt unter Berücksichtigung der Vorgaben der SEPA-Verordnung (Artikel 5 Absatz 7 der Verordnung Nummer. 260/2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009) (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22) die Verpflichtung zur Angabe des BIC nach Absatz 2.</p>
<p style="text-align: center;">§ 29</p> <p style="text-align: center;">Handlungen des Zahlungsdienstleisters zur Erleichterung einer grenzüberschreitenden Kontoeröffnung</p> <p>Der Zahlungsdienstleister hat auf Aufforderung durch den Verbraucher zu dem gemäß § 28 Absatz 1 maßgeblichen Datum</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dem Verbraucher unentgeltlich ein Verzeichnis mit Informationen über die folgenden Positionen zu übermitteln: <ol style="list-style-type: none"> a. über vom Verbraucher erteilte laufende Daueraufträge, b. über vom Zahler veranlasste, dem Zahlungsdienstleister verfügbare Lastschriftmandate und c. über eingehende Überweisungen sowie über die vom Zahlungsempfänger veranlassten Lastschriften auf dem Zahlungskonto des Verbrauchers, bezogen auf die vorangegangenen 13 Monate; 2. einen verbleibenden positiven Saldo auf dem Zahlungskonto des Verbrauchers an den Verbraucher auszuzahlen oder auf dessen Zahlungskonto bei einem anderen europäischen Zahlungsdienstleister zu überweisen, sofern die Aufforderung des Verbrauchers die nach § 28 Absatz 2 und 3 erforderlichen Angaben enthält, und 3. das Zahlungskonto des Verbrauchers zu schließen; § 675h Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleibt unberührt. 	<p>§ 29 bestimmt in Umsetzung von Artikel 11 Absatz 1 der Zahlungskontenrichtlinie die Handlungen des Zahlungsdienstleisters, bei dem der Verbraucher ein Zahlungskonto unterhält, zur Erleichterung einer grenzüberschreitenden Kontoeröffnung. Die auf die Aufforderung durch den Verbraucher gemäß § 28 zu erfüllenden Pflichten umfassen in Nummer 1 die unentgeltliche Übermittlung eines Verzeichnisses zu den vom Verbraucher erteilten Daueraufträgen und der vom Zahler veranlassten, verfügbaren Lastschriftmandate. Übermittelt werden sollen auch vorhandene Informationen über eingehende Überweisungen sowie über vom Zahlungsempfänger veranlasste Lastschriften auf dem Zahlungskonto des Verbrauchers bezogen auf die vergangenen 13 Monate. Wie aus Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a Satz 2 der Zahlungskontenrichtlinie hervorgeht, löst dieses Verzeichnis keine Verpflichtung des neuen Zahlungsdienstleisters aus, Dienstleistungen vorzusehen, die er ansonsten nicht erbringt. § 29 Nummer 2 sieht vor, dass ein etwaig verbleibender positiver Saldo ausgezahlt oder überwiesen werden soll. Die Schließung des (bisherigen) Zahlungskontos wird in Nummer 3 geregelt.</p>
<p>Abschnitt 5</p> <p>Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen</p>	
<p>Unterabschnitt 1</p> <p>Anwendungsbereich</p>	
<p style="text-align: center;">§ 30</p> <p style="text-align: center;">Anwendungsbereich</p> <p>(1) Dieser Abschnitt gilt für Zahlungsdienstleistungsverträge über die Führung eines Zahlungskontos für Verbraucher mit grundlegenden Funktionen (Basiskontoverträge).</p> <p>(2) Ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen (Basiskonto) ist ein bei einem Institut geführtes</p>	<p><u>Zu Absatz 1:</u></p> <p>§ 30 regelt den Anwendungsbereich des Abschnitts 5 zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen. Er umfasst sog. Basiskontoverträge, d.h. Zahlungsdienstleistungsverträge über die Führung eines Zahlungskontos mit grundlegenden Funktionen. Bei diesem Vertrag handelt es sich um einen Spezialfall des Zahlungsdienstleistungsvertrags im Sinne des § 675f BGB, dessen Vertragsinhalt sich auf ein Basiskonto, d. h. ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen bezieht.</p> <p><u>Zu Absatz 2:</u></p> <p>Welche Kriterien ein Konto als Basiskonto qualifizieren, wird in Absatz 2 definiert.</p>



<p>Zahlungskonto, das folgende Kriterien erfüllt:</p> <ol style="list-style-type: none">1. mit ihm wird mindestens die Erbringung von Zahlungsdiensten im Sinne des § 38 Absatz 2 Nummer 1 und 2 ermöglicht und2. es wird auf Grund eines Basiskontovertrags geführt, der<ol style="list-style-type: none">a. vom Kontoinhaber auf Grund der Geltendmachung eines Anspruchs auf Abschluss eines Basiskontovertrags mit dem nach § 31 Absatz 1 Satz 1 Verpflichteten geschlossen worden ist oderb. zwischen dem Kontoinhaber und dem kontoführenden Institut in anderer als in Buchstabe a bezeichneter Weise auf Grund eines angebotenen Zahlungsdienstrahmenvertrags über die Führung eines Basiskontos bei ausdrücklicher Bezeichnung des Zahlungskontos als Basiskonto geschlossen worden ist.	<p>Das Basiskonto muss es ermöglichen, dass mindestens die in § 38 Absatz 2 Nummer 1 und 2 genannten Dienstleistungen erbracht werden. Konten, die mit eingeschränkteren Funktionen geführt werden wie beispielsweise Sparkonten, Tagesgeldkonten, Kreditkartenkonten, auf die Geldbeträge ausschließlich zum Zweck der Tilgung von Kreditkartenschulden eingezahlt werden, oder E-Geld-Konten sind vom Anwendungsbereich des Abschnitts 5 ausgenommen. Sofern solche Konten jedoch auf täglicher Basis für Zahlungsvorgänge genutzt werden und sie sämtliche dieser in § 38 Absatz 2 Nummer 1 und 2 genannten Funktionen umfassen, fallen sie in den Anwendungsbereich des Gesetzes (vgl. Erwägungsgrund 12 der Zahlungskontenrichtlinie).</p> <p>Soweit der Anspruch auf Abschluss eines Basiskontovertrages nach § 31 dadurch erfüllt wird, dass für den Berechtigten ein „gewöhnliches Girokonto“ mit erweitertem Leistungsumfang eröffnet wird, muss das beantragte Konto nicht zwingend als „Basiskonto“ bezeichnet werden. Eine Einschränkung der in Abschnitt 5 dieses Gesetzes für den Verbraucher geregelten Rechte ist jedoch damit nicht verbunden. Bei der das Zahlungskonto führenden Stelle muss es sich um ein Institut handeln. Nach § 2 Absatz 5 ist ein Institut im Sinne dieses Gesetzes ein Kreditinstitut im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, eine Zweigniederlassung nach § 53b Absatz 1 Satz oder eine Zweigstelle nach § 53 des Kreditwesengesetzes. Der Institutsbegriff ist somit erheblich enger als der des Zahlungsdienstleisters nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 des ZAG.</p> <p>Die im Zahlungskontengesetz enthaltenen Bestimmungen über die Vergleichbarkeit von Entgelten und den Zahlungskontenwechsel gelten für alle Zahlungsdienstleister im Sinne des § 1 Absatz 1 ZAG, während die Bestimmungen über Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen in Abschnitt 5 nur für Institute nach § 2 Absatz 5 dieses Gesetzes gelten. Von der den Mitgliedstaaten in Artikel 1 Absatz 4 zweiter Unterabsatz der Zahlungskontenrichtlinie eingeräumten Möglichkeit, die Bestimmungen über den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen auch auf sonstige Zahlungsdienstleister anzuwenden, die keine Kreditinstitute sind, soll kein Gebrauch gemacht werden. Aufgrund verschiedener Bestimmungen des Zahlungskontengesetzes könnten Zahlungsdienstleister ohne Bankerlaubnis Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen nicht wettbewerbsfähig anbieten. Es wäre auch für den Verbraucher mit verschiedenen Nachteilen verbunden, ein Basiskonto bei einem solchen Anbieter zu unterhalten. Insofern besteht aus der Sicht des Verbrauchers kein Interesse daran, zusätzlich auch Zahlungsdienstleister, die keine Kreditinstitute sind, in den Anwendungsbereich des Abschnitts 5 einzubeziehen.</p> <p>Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b stellt klar, dass über den Regelfall der Nummer 2 Buchstabe a hinaus ein Basiskontovertrag nicht nur aufgrund der Geltendmachung eines Anspruchs des Berechtigten und aufgrund eines entsprechenden Antrags nach § 33 geschlossen sein muss. Vielmehr kann ein solcher Vertrag auch auf sonstige Weise geschlossen worden sein, etwa auf Initiative des verpflichteten Instituts durch die Unterbreitung eines entsprechenden Angebots.</p>
---	--



<p>(3) ¹Wenn es sich bei dem Institut um eine rechtlich nicht selbständige Zweigniederlassung nach § 53b Absatz 1 des Kreditwesengesetzes oder eine Zweigstelle nach § 53 des Kreditwesengesetzes handelt, so ist Träger der Rechte und Pflichten des Instituts nach diesem Abschnitt das Unternehmen mit Sitz im Ausland, das diese Zweigniederlassung oder Zweigstelle betreibt. ²Maßgeblich für den Umfang des Angebots des Instituts nach § 38 Absatz 4 ist der Umfang des allgemeinen Angebots des Instituts für Verbraucher in Bezug auf diese Zweigniederlassung oder Zweigstelle.</p>	<p><u>Zu Absatz 3:</u> Absatz 3 trägt der Tatsache Rechnung, dass auch einzelne Zweigniederlassungen nach § 53b Absatz 1 KWG oder Zweigstellen nach § 53 KWG Zahlungsdienste und die Führung von Girokonten in Deutschland anbieten. Es gibt deshalb keinen Grund, diese Institute aus dem Anwendungsbereich der §§ 30 ff. auszunehmen. Zweigstellen werden durch die im KWG insoweit vorgenommene Fiktion als Institut aufsichtsrechtlich verselbständigt, wodurch der rechtliche Anwendungsbereich des KWG ausgedehnt wird, obwohl es sich um rechtlich unselbständige Zweigstellen von ausländischen Unternehmen handelt. Für die überwiegend zivilrechtlichen Verpflichtungen des Instituts nach diesem Gesetz gilt dies jedoch nicht, so dass nach dieser Regelung klarzustellen ist, dass gegenüber dem Berechtigten der Verpflichtete und Träger von Rechten und Pflichten aus dem Basiskontovertrag das Unternehmen mit Sitz im Ausland ist. Gleiches gilt für die in Deutschland tätige Zweigniederlassung nach § 53b KWG, soweit diese rechtlich unselbständig ist.</p>
<p>Unterabschnitt 2 Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen</p>	
<p style="text-align: center;">§ 31 Anspruch auf Abschluss eines Basiskontovertrags</p> <p>(1) ¹Ein Institut, das Zahlungskonten für Verbraucher anbietet (Verpflichteter), hat mit einem Berechtigten einen Basiskontovertrag zu schließen, wenn dessen Antrag die Voraussetzungen des § 33 erfüllt. ²Berechtigter ist jeder Verbraucher mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Europäischen Union einschließlich Personen ohne festen Wohnsitz und Asylsuchende sowie Personen ohne Aufenthaltstitel, die aber aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können.</p>	<p><u>Zu Absatz 1 Satz 1:</u> Die Freiheit eines Kreditinstituts, einen Vertrag, namentlich einen Zahlungsdienstleistungsvertrag mit einem Kunden zu schließen oder ein Angebot auf Abschluss eines solchen zu verweigern, wird durch die Regelungen im Abschnitt 5 aus Gründen des Verbraucherschutzes (Grundversorgung mit Zahlungskonto für alle) aufgrund der Vorgaben der Zahlungskontenrichtlinie, die ein subjektives Zugangsrecht zu einem Zahlungskonto begründet, eingeschränkt. Mit dem Gesetzentwurf wird, was den Zahlungsdienstleistungsvertrag nach § 675f BGB anbelangt, ein sachlich begrenzter Kontrahierungszwang eingeführt. Dieser verpflichtet alle Institute, die in ihrem Leistungsangebot grundsätzlich auch die Einrichtung und Führung von Zahlungskonten für Verbraucher vorhalten, dazu, grundsätzlich allen sich rechtmäßig im Gebiet der Europäischen Union aufhaltenden Verbrauchern im Sinne von § 2 Absatz 1 auf deren Antrag ein auf Guthabenbasis geführtes Zahlungskonto einzurichten. Die Freiheit eines Vertragspartners in seiner Entscheidung darüber, ob und mit welchem Inhalt er einen Vertrag abschließen will, wird teilweise auch in anderen Gesetzen, etwa beim Netzzugang oder aus Gründen des Verbraucherschutzes (Grundversorgung mit Wasser oder Energie bzw. Postdienstleistungen) eingeschränkt. Rechtstechnisch geschieht dies, wie bei der Zahlungskontenrichtlinie, häufig in der Form eines Kontrahierungszwangs, der nach diesem Gesetz behördlich (§§ 48 ff) oder gerichtlich (§ 51) bzw. im Wege eines Verfahrens vor einer zuständigen Verbraucherschlichtungsstelle nach § 14 des Unterlassungsklagengesetzes durchgesetzt werden kann. Mit diesem Kontrahierungszwang notwendig verbunden sind konkrete Vorgaben für den Inhalt des (erzwungenen) Vertrags. Die Bestimmung des Vertragsinhalts wird gesetzlich vorgenommen (Unterabschnitt 2).</p> <p><u>Zu Absatz 1 Satz 2:</u> Dieser Satz dient der Umsetzung der Artikel 15 und 16 der Zahlungskontenrichtli-</p>



<p>(2) ¹Der Verpflichtete hat dem Berechtigten den Abschluss des Basiskontovertrags unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zehn Geschäftstagen nach Eingang des in Absatz 1 genannten Antrags, anzubieten. ²Der Verpflichtete hat dem Berechtigten den Eingang des Antrags unter Beifügung einer Abschrift des Antrags zu bestätigen.</p>	<p>nie. Er definiert den Umfang des Personenkreises, der nach § 31 anspruchsberechtigt ist.</p> <p>Durch Artikel 2 Nummer 2 dieser Richtlinie ist klargestellt, dass der Begriff „mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Union“ sowohl Unionsbürger als auch Drittstaatsangehörige erfassen soll, die bereits in den Genuss von Rechten aus Rechtsakten der Union kommen, wie der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates, der Richtlinie 2003/109/EG des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 859/2003 des Rates und der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates. Der Begriff soll außerdem Asylsuchende im Sinne des Genfer Abkommens vom 28.07.1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, des dazugehörigen Protokolls vom 31.01.1967 und anderer einschlägiger völkerrechtlicher Verträge erfassen. Darüber hinaus sollen die Mitgliedstaaten den Begriff „mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Europäischen Union“ auf andere Drittstaatsangehörige ausdehnen, die sich in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten. Hierunter fallen auch die im deutschen Ausländerrecht geregelten „Geduldeten“. Die Berechtigten, soweit es sich um die nach deutschem Ausländerrechtlich „Geduldete“ handelt, besitzen nach einem abgeschlossenen Asylverfahren oftmals jahrelang diesen Status und sind deshalb in gleichem Maße wie andere Bevölkerungsgruppen ebenfalls auf ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen angewiesen. Eine Erweiterung der Regelung auf „Geduldete“ in Absatz 1 mittels einer gesetzlichen Fiktion muss aus Gründen der Rechtsklarheit für die verpflichteten Institute erfolgen, weil ihr Aufenthalt ausländerrechtlich – anders als in anderen EU-Staaten – nicht als rechtmäßig angesehen wird und dieser ausländerrechtliche Ansatz sich auch in § 4 Absatz 4 Absatz 4 Nummer 1 GwG niederschlägt.</p> <p>Auch Personen ohne festen Wohnsitz fallen in den Kreis der Berechtigten. Hierzu gehören nicht nur Obdachlose, sondern auch Asylsuchende, die nach Registrierung durch die Erstaufnahmeeinrichtung noch keinen festen Wohnsitz haben.</p> <p>Binnen zehn Geschäftstagen nach Eingang des vollständig ausgefüllten Antrages (§ 33) des Berechtigten hat der Verpflichtete diesem den Abschluss eines Basiskontovertrages anzubieten (§ 31 Absatz 2 Satz 1). Da der Antragseingang die vorgenannte Frist auslöst, schreibt § 31 Absatz 2 Satz 2 vor, dass der Verpflichtete dem Berechtigten den Antragseingang unter Beifügung einer Abschrift dieses Antrages zu bestätigen hat. Füllt der Berechtigte das ihm gemäß § 33 Absatz 2 Satz 1 auszuhändigende Formular direkt in der Filiale des Verpflichteten aus, so kann ihm eine Kopie des ausgefüllten Formulars, das bereits eine Eingangsbestätigung durch die Bank vorsieht, ausgehändigt werden. Hiermit erfüllt der Verpflichtete seine ihm nach § 31 Absatz 2 Satz 2 obliegende Pflicht zur Bestätigung des Antragseingangs samt Beifügung einer Antragsabschrift. Der Berechtigte, der ansonsten bei Überreichung des ausgefüllten Antragsformulars an den Schaltermitarbeiter keinerlei Nachweis über den gestellten Antrag in der Hand hätte, verfügt somit über eine Abschrift der von ihm gemachten Angaben samt Bestätigung des Antragseingangs. Dies ist zu Nachweiszwecken insbesondere für einen etwaigen Antrag auf Durchführung des Verwaltungsverfahrens bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach § 48 Absatz 1 Nummer 1 und Nummer 2 relevant.</p>
--	--



<p style="text-align: center;">§ 32</p> <p style="text-align: center;">Benachteiligungsfreies Leistungsangebot und Koppelungsverbot</p> <p>(1) Der Abschluss und der gesetzlich vorgegebene Inhalt eines Basiskontovertrags nach dem dritten Unterabschnitt sowie die tatsächliche Nutzung des hiervon umfassten Leistungsangebots dürfen nur von den folgenden Voraussetzungen abhängig gemacht werden:</p> <ol style="list-style-type: none">1. von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe nur dann, wenn sich der Verpflichtete bei der Kontoführung mit seinem Geschäftsmodell ausnahmslos an Personen dieser Berufsgruppe wendet, sowie2. von dem Erwerb von Geschäftsanteilen eines Verpflichteten, wenn der Verpflichtete diese Anforderung an alle seine Kunden gleichermaßen stellt. <p>(2) Alle weiteren Koppelungen mit der Nutzung oder der Vereinbarung zusätzlicher Dienstleistungen sind unzulässig.</p>	<p>§ 32 enthält in Absatz 2 ein allgemeines Koppelungsverbot und die Sicherstellung eines allgemeinen, benachteiligungsfreies Leistungsangebots, das in Absatz 1 für einzelne Sachverhalte konkretisiert bzw. präzisiert wird. Damit wird Artikel 16 Absatz 9 der Zahlungskontenrichtlinie umgesetzt.</p> <p>Absatz 1 Nummer 1 stellt klar, dass ein Institut nach den Vorgaben des Abschnitts 5 dieses Gesetzes nicht gegenüber jedweden Berechtigten verpflichtet ist, Basiskonten anzubieten, soweit es zwar wie ein Kreditinstitut mit Vollbankenerlaubnis berechtigt ist, Zahlungsdienste zu erbringen, diese Dienste und die Kontenführung aber aufgrund seiner geschäftspolitischen Ausrichtung dem allgemeinen Publikum de facto überhaupt nicht anbietet, sondern ausnahmslos nur spezifischen Berufsgruppen. Dies betrifft zum Beispiel Banken, die ihre Zahlungsdienste nur kirchlichen Einrichtungen oder Sozialdiensten mit kirchlichem Bezug bzw. Berufsgruppen im medizinischen Sektor (Apotheker, Ärzte) anbieten.</p> <p>Eine Bank, die ausschließlich sogenannte Mitarbeiterkonten führt und sich überhaupt nicht mit Zahlungsdiensten an das Publikum wendet, ist ebenfalls nicht zum Vertragsschluss bzw. zur Kontoführung gegenüber jedweden Berechtigten verpflichtet. In beiden Fällen darf das Institut das Angebot des Abschlusses eines Basiskontovertrags ausnahmslos davon abhängig machen, dass der Berechtigte zu der bestimmten Berufsgruppe zugehörig ist, an die lediglich sich das Institut als Verpflichteter bei der Kontoführung ausnahmslos wendet.</p> <p>Absatz 1 Nummer 2 übernimmt für den Fall des Erwerbs von Geschäftsanteilen inhaltlich deckungsgleich Artikel 16 Absatz 9 zweite Alternative der Zahlungskontenrichtlinie.</p>
<p style="text-align: center;">§ 33</p> <p style="text-align: center;">Antrag auf Abschluss eines Basiskontovertrags</p> <p>(1) ¹Der Antrag des Berechtigten auf Abschluss eines Basiskontovertrags muss alle Angaben enthalten, die für den Abschluss dieses Vertrags erforderlich sind. ²Dies schließt Angaben darüber ein, ob und gegebenenfalls bei welchem Institut für den Berechtigten bereits ein Zahlungskonto geführt wird, das die Voraussetzungen des § 35 Absatz 1 Satz 2 erfüllt. ³Der Berechtigte kann bereits bei Stellung des Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags verlangen, dass der Verpflichtete das Basiskonto als Pfändungsschutzkonto nach § 850k der Zivilprozessordnung führt.</p> <p>(2) ¹Teilt ein Berechtigter dem Verpflichteten mit, dass er mit diesem einen Basiskontovertrag abschließen möchte, so hat der Verpflichtete dem Berechtigten das Formular nach Anlage 3 unentgeltlich zu übermitteln. ²Der Berechtigte soll dieses Formular zur Antragstellung nutzen. ³Hat er es vollständig ausgefüllt, so kann sich der Verpflichtete nicht darauf berufen, dass der Antrag unvollständig sei. ⁴Verfügt der Verpflichtete über einen Internetauftritt, so ist das Formular nach Anlage 3 auch dort zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>§ 33 regelt den, die Rechtsfolge des § 31 Absatz 2 Satz 1 auslösenden, Antrag des Berechtigten auf Abschluss eines Basiskontovertrages. Der Gesetzgeber unterscheidet zwischen „Antrag“ und „Annahme“. Der Antrag nach § 33 ist lediglich eine „Vorstufe“ im Vertragsschlussprozess der Parteien und dient vor allem dazu, die Berechtigeneigenschaft des Antragenden beurteilen und dessen Anspruchsberechtigung aus § 31 (Anspruch auf Abschluss eines Basiskontovertrages) prüfen zu können. Anlage 3 dieses Gesetzes stellt ein Formular für diesen Antrag zur Verfügung, welches der Verpflichtete dem Verbraucher gemäß § 33 Absatz 2 Satz 1 unentgeltlich zu übermitteln hat, sobald dieser den Wunsch äußert, ein Basiskonto eröffnen zu wollen (gleicher Rechtsgedanke wie bei § 27 Absatz 2). Gemäß § 33 Absatz 2 Satz 4 muss der Verpflichtete dieses Formular zudem auf seiner Homepage in elektronischer Form zur Verfügung stellen, so dass ein an der Eröffnung eines Basiskontos interessierter Verbraucher dieses Formular auch elektronisch ausfüllen beziehungsweise sich dieses von der Homepage des Verpflichteten herunterladen und ausdrucken kann.</p> <p>Der Berechtigte sollte in seinem eigenen Interesse und im Interesse der Überprüfbarkeit der Angaben durch den Verpflichteten, aus Beweisgründen sowie zur Beschleunigung des Verfahrens nach § 48 das Formular in Anlage 3 zu</p>



	<p>diesem Gesetz nutzen.</p> <p>Die an den Eingang des vollständig ausgefüllten Antrages geknüpfte Rechtsfolge ergibt sich aus § 31 Absatz 2 Satz 1. Hiernach hat der Verpflichtete dem Berechtigten innerhalb von zehn Geschäftstagen nach Eingang des Antrages ein Angebot auf Abschluss eines Basiskontovertrages zu unterbreiten. Das seitens des Verpflichteten zu unterbreitende Angebot muss alle wesentlichen Vertragsbestandteile für den Abschluss eines Basiskontovertrages enthalten und wird i. d. R. mit der Einbeziehungsofferte hinsichtlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie etwaiger Sonderbedingungen (etwa in Bezug auf SEPA-Lastschriftmandate, Zahlungskarten oder Überweisungen) einhergehen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 34</p> <p style="text-align: center;">Ablehnung des Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags</p> <p>(1) Ein Verpflichteter kann den Antrag eines Berechtigten auf Abschluss eines Basiskontovertrags, der den Voraussetzungen des § 33 Absatz 1 genügt, nur aus den in den §§ 35 bis 37 genannten Gründen ablehnen.</p> <p>(2) Die Ablehnung des Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags hat der Verpflichtete gegenüber dem Berechtigten unverzüglich, spätestens jedoch zehn Geschäftstage nach Eingang des Antrags des Berechtigten, zu erklären.</p> <p>(3) ¹Der Verpflichtete hat den Berechtigten mit der Ablehnung des Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags unentgeltlich in Textform sowie, soweit nicht anders vereinbart, in deutscher Sprache über die Gründe der Ablehnung zu unterrichten. ²Die Unterrichtung über die Gründe der Ablehnung unterbleibt, soweit hierdurch die öffentliche Sicherheit, insbesondere die gesetzlichen Regelungen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung, gefährdet oder gegen ein Verbot der Informationsweitergabe verstoßen würde.</p>	<p><u>Zu Absatz 1:</u></p> <p>Absatz 1 verdeutlicht, dass der Verpflichtete dem Antrag des Berechtigten nur ausnahmsweise, nämlich bei Vorliegen eines Grundes, der in den §§ 35 bis 37 normiert sein muss, nicht entsprechen muss. Es handelt sich – anders als etwa nach der bisherigen Rechtslage im deutschen Sparkassenrecht – um einen abschließenden Katalog von Ablehnungsgründen in eng begrenzten und konkreten Fällen, der auf Generalklauseln („Zumutbarkeit“/„Unzumutbarkeit“) verzichtet. Eine Ablehnung aus einem nicht in den §§ 35 bis 37 normierten Gründen ist daher unzulässig, insbesondere eine Ablehnung aus einem der in § 3 genannten Gründe. So könnte sich beispielsweise der Verpflichtete nicht auf mangelnde deutsche Sprachkenntnisse des Berechtigten als Ablehnungsgrund berufen.</p> <p><u>Zu Absatz 2:</u></p> <p>Absatz 2 dient der Umsetzung des Artikels 16 Absatz 3 der Zahlungskontenrichtlinie. Danach haben Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass Kreditinstitute, die Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen anbieten, jeweils unverzüglich und spätestens zehn Geschäftstage nach Eingang eines vollständigen Antrages eines Verbrauchers auf ein Zahlungskontos mit grundlegenden Funktionen dieses Konto eröffnen oder diesen Antrag ablehnen. Die Ablehnungserklärung muss dem Berechtigten innerhalb dieses Zeitraums in der von Absatz 3 vorgegebenen Form zuzugehen. Die Frist wird mit dem Eingang des Antrags nach § 33 beim Verpflichteten in Gang gesetzt.</p> <p><u>Zu Absatz 3:</u></p> <p>Die Unterrichtung in Textform setzt nach § 126b BGB voraus, dass eine lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist, auf einem dauerhaften Datenträger abgegeben werden. Ein dauerhafter Datenträger ist jedes Medium, das</p> <ol style="list-style-type: none">1. es dem Empfänger ermöglicht, eine auf dem Datenträger befindliche, an ihn persönlich gerichtete Erklärung so aufzubewahren oder zu speichern, dass sie ihm während eines für ihren Zweck angemessenen Zeitraums zugänglich ist, und2. geeignet ist, die Erklärung unverändert wiederzugeben. <p>Die Unterrichtung über die Gründe der Ablehnung unterbleibt, soweit hierdurch die öffentliche Sicherheit, insbesondere die gesetzlichen Regelungen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche oder der Terrorismus-</p>



<p>(4) ¹Der Verpflichtete hat den Berechtigten mit der Ablehnung des Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags unentgeltlich in Textform sowie, soweit nicht anders vereinbart, in deutscher Sprache auch über das Verwaltungsverfahren nach § 48 sowie über das Recht des Berechtigten zu unterrichten, sich an die nach § 14 Absatz 1 des Unterlassungsklagengesetzes zuständige Verbraucherschlichtungsstelle zu wenden. ²Er hat dem Berechtigten zugleich die Kontaktdaten dieser Stelle mitzuteilen. ³Der Ablehnungserklärung durch den Verpflichteten ist das Antragsformular nach Anlage 4 beizufügen.</p>	<p>finanzierung gefährdet oder ein Verbot der Informationsweitergabe verletzt würde.</p> <p><u>Zu Absatz 4:</u> Im Zusammenhang und zeitgleich mit der Information des Berechtigten über die Ablehnung und die Ablehnungsgründe hat das verpflichtete Institut den Berechtigten zusätzlich in Textform und unentgeltlich über die Rechte aufzuklären, die dem Berechtigten nach Ablehnung seines Antrages zustehen. Damit wird Artikel 16 Nummer 7 Satz 2 der Zahlungskontenrichtlinie umgesetzt. Der Unterrichtung ist auch das Antragsformular nach Anlage 4 zu diesem Gesetz beizufügen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 35 Ablehnung wegen eines bereits vorhandenen Zahlungskontos</p> <p>(1) ¹Ein Verpflichteter kann den Antrag auf Abschluss eines Basiskontovertrags ablehnen, wenn der Berechtigte bereits Inhaber eines Zahlungskontos bei einem im Geltungsbereich dieses Gesetzes ansässigen Institut ist und er mit diesem Konto die in § 38 Absatz 2 genannten Dienste tatsächlich nutzen kann. ²Eine tatsächliche Nutzungsmöglichkeit setzt insbesondere voraus, dass der Kunde mit diesen Diensten am Zahlungsverkehr teilnehmen kann. ³Der Verpflichtete darf den Antrag nicht ablehnen, wenn das Konto gekündigt wurde oder der Berechtigte von der Schließung dieses Zahlungskontos benachrichtigt wurde.</p>	<p>Der Gesetzgeber hat von der in Artikel 16 Absatz 2 Unterabsatz 2 und Erwägungsgrund 37 der Richtlinie vorgesehen Mitgliedstaatsoption, den Nachweis eines „echten Interesses“ zur Voraussetzung der Eröffnung eines Zahlungskontos zu machen, keinen Gebrauch gemacht. Rechtsunsicherheiten im Zusammenhang mit dem für dieses Gesetz zentralen Anspruch auf Abschluss eines Basiskontovertrages, müssen in jedem Fall vermieden werden. Genau solche Rechtsunsicherheiten entstünden jedoch bei Einführung eines seitens des Verbrauchers nachweisenden „echten Interesses“, da dieser nicht legal definierbare, unbestimmte Rechtsbegriff zu erheblichen Auslegungsschwierigkeiten führen würde. Einen zusätzlichen bzw. eigenständigen Ablehnungsgrund schafft Artikel 16 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie ohnehin nicht, sondern ist als gesetzlich besonders normiertes Verbot des Rechtsmissbrauchs anzusehen. Verbrauchern aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorzuschreiben, ein über das Fehlen einer inländischen Konto-Verbindung hinausgehendes Interesse an der Eröffnung eines Basiskontos mit grundlegenden Funktionen in Deutschland nachzuweisen, würde gegen das Diskriminierungsverbot des § 32 Absatz 1 verstoßen, da dann für Verbraucher, die nicht deutsche Staatsangehörige sind oder die keinen inländischen Wohnsitz haben, strengere Zugangserfordernisse als für Verbraucher mit einem deutschen Wohnsitz oder einer deutschen Staatsbürgerschaft bestehen würden.</p> <p><u>Zu Absatz 1:</u> Mit § 35 wird Artikel 16 Absatz 5 erster Unterabsatz der Zahlungskontenrichtlinie umgesetzt. Voraussetzung für die Ablehnung ist nicht nur die Existenz eines Zahlungskontos im Sinne des § 1 Absatz 3 ZAG bei einem in Deutschland ansässigen Institut. Diese Zahlungskonto kann sowohl bei dem Institut, bei dem der Antrag gestellt wird, als auch bei einem anderen Institut vorhanden sein. Zahlungskonten bei einem Zahlungsinstitut bleiben insoweit unberücksichtigt. Zusätzliche Voraussetzung ist, dass dieses Konto auch tatsächlich genutzt werden und der Antragsteller mit den in § 38 Absatz 2 genannten Zahlungsdiensten am Zahlungsverkehr teilnehmen kann. Es muss sich um ein „aktives Konto“ handeln. Dies ist beispielsweise dann nicht der Fall, wenn Zahlungen nicht vom Berechtigten als Auftraggeber in Auftrag gegeben oder ausgelöst werden bzw. durchgeführt werden können, weil das Zahlungskonto wegen Pfändungen eines Gläubigers oder</p>



<p>(2) ¹Ein Verpflichteter ist berechtigt, vor Abschluss eines Basiskontovertrags innerhalb der Frist des § 31 Absatz 2 nachzuprüfen, ob der Berechtigte bereits Inhaber eines Zahlungskontos im Sinne des Absatzes 1 ist. ²Der Verpflichtete darf sich dabei auch an eine Stelle wenden, die geschäftsmäßig personenbezogene Daten, die zur Bewertung der Kreditwürdigkeit herangezogen werden dürfen, zum Zweck der Übermittlung erhebt, speichert oder ändert. ³Der Verpflichtete darf sich bei dieser Nachprüfung nicht auf Auskünfte dieser Stelle beschränken, wenn deren Auskünfte zu den Angaben des Verbrauchers nach § 33 Absatz 1 Satz 2 in Widerspruch stehen.</p>	<p>aufgrund kontokorrentmäßiger Verrechnung bzw. Aufrechnung durch die kontoführende Bank für Zahlungsaufträge „blockiert“ ist. Jedoch ist eine tatsächliche Nutzungsmöglichkeit gewährleistet, wenn das Zahlungskonto als Pfändungsschutzkonto im Sinne des § 850k ZPO geführt wird oder eine Umwandlung des Zahlungskontos in ein Pfändungsschutzkonto mit den Wirkungen des § 850k Absatz 1 Satz 4 ZPO möglich ist.</p> <p>Ebenso kann der Antrag nicht abgelehnt werden, wenn das Konto gekündigt wurde oder der Berechtigte von der Schließung dieses Zahlungskontos unterrichtet wurde. In beiden Fällen wäre es unzumutbar für den Berechtigten, wenn er für den Neuantrag auf Abschluss eines Basiskontovertrags erst die tatsächliche erfolgte Schließung seines bisherigen Zahlungskontos abwarten müsste. Zudem könnte im Zeitraum bis zur tatsächlich erfolgenden Schließung seines bisherigen Zahlungskontos der Berechtigte gegebenenfalls noch eine Kontenwechselhilfe nach den §§ 20 ff beantragen. Auf diese Weise wäre auch ein Wechsel zwischen zwei Basiskonten möglich.</p> <p><u>Zu Absatz 2:</u></p> <p>Er räumt dem verpflichteten Institut bezüglich der Angaben, die der Berechtigte nach § 33 gemacht hat, ein Überprüfungsrecht ein. Der Verpflichtete ist in diesem Zusammenhang befugt, für diesen Zweck eine den Berechtigten betreffende Abfrage bei einer Stelle zu tätigen, die geschäftsmäßig personenbezogene Daten, die zur Bewertung der Kreditwürdigkeit herangezogen werden dürfen, zum Zweck der Übermittlung erhebt, speichert oder ändert. Falls die Auskünfte aus dieser Datenbank zu den Angaben des Berechtigten im Widerspruch stehen, hat das Institut diesen Widerspruch bei Nichtaufklärbarkeit trotz erneuter Nachfrage bei dem Berechtigten durch zusätzliche Maßnahmen, etwa durch die Einholung von Auskünften bei einem Kreditinstitut, bei dem ein Konto geführt werden soll, aufzuklären. Verweigert der Berechtigte seine Zustimmung zu dieser Auskunftseinholung, so kann dies als treuwidrig angesehen werden und dem Institut wird regelmäßig gestattet werden müssen, wegen dieser Vereitelung der Aufklärungsmöglichkeiten durch den Berechtigten davon auszugehen, dass tatsächlich ein anderweitiges Zahlungskonto bereits vorhanden ist.</p>
<p style="text-align: center;">§ 36</p> <p>Ablehnung wegen strafbaren Verhaltens oder wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot</p> <p>(1) Ein Verpflichteter kann den Antrag auf Abschluss eines Basiskontovertrags ablehnen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">1. der Berechtigte innerhalb der letzten drei Jahre vor Antragstellung wegen einer vorsätzlichen Straftat zum Nachteil dieses Verpflichteten, dessen Mitarbeitern oder Kunden mit Bezug auf deren Stellung als Mitarbeiter oder Kunden des Verpflichteten verurteilt worden ist,	<p>§ 36 enthält weitere klar konturierte Ablehnungsgründe. Mit dem in Absatz 1 Nummer 1 geregelten Ablehnungsgrund soll von der den Mitgliedstaaten in Artikel 16 Absatz 6 der Zahlungskontenrichtlinie eingeräumten Option Gebrauch gemacht werden, dem Kreditinstitut ein Ablehnungsrecht in Fällen zu geben, in denen das Recht auf Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen missbräuchlich in Anspruch genommen würde.</p> <p>Aufgrund von Artikel 16 Absatz 6 können die Mitgliedstaaten den Zugang eines Verbrauchers zu einem Basiskonto während eines bestimmten Zeitraums beschränken, wenn er eine Straftat gegen ein Kreditinstitut begangen hat (vgl. Erwägungsgrund 47 der Zahlungskontenrichtlinie).</p> <p>Bei der Nummer 1 muss es sich um das Vorliegen einer vorsätzlichen Straftat han-</p>



<p>2. der Berechtigte Inhaber eines Basiskontos bei demselben Verpflichteten war und der Verpflichtete den Zahlungsdiensterahmenvertrag über die Führung dieses Basiskontos innerhalb des letzten Jahres vor Antragstellung nach § 42 Absatz 4 Nummer 1 berechtigt gekündigt hat oder</p> <p>3. der Verpflichtete die Sorgfaltspflichten im Hinblick auf die Aufnahme und das Unterhalten einer Geschäftsbeziehung zu diesem Berechtigten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 des Geldwäschegesetzes oder nach § 25j des Kreditwesengesetzes nicht erfüllen kann oder bei der Begründung der Ablehnung gegen das Verbot der Informationsweitergabe nach § 47 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes verstoßen würde.</p> <p>(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nummer 3 hat der Verpflichtete die gemäß § 46 Absatz 1 zuständige Behörde über die Ablehnung und den Ablehnungsgrund zu informieren.</p>	<p>deln, die einen unmittelbaren Bezug zum Institut aufweist, wie dies etwa beim Finanzbetrug zulasten der Bank, eines ihrer Mitarbeiter oder Kunden mit Bezug auf deren Stellung als Mitarbeiter oder Kunden der Fall ist. Das Institut muss das Vorliegen einer solchen Straftat darlegen. Der Ablehnungsgrund steht nur dem Kreditinstitut zu, das oder dessen Mitarbeiter oder Kunden von dieser strafbaren Handlung betroffen ist.</p> <p>Absatz 1 Nummer 2 ist, was den Unrechtsgehalt der Handlung anbelangt, die zur Kündigung nach § 42 Absatz 4 Nummer 1 geführt hat, mit den Handlungen in Nummer 1 vergleichbar.</p> <p>§ 36 Absatz 1 Nummer 3 dient aufgrund der Vorgaben in Artikel 16 Absatz 4 und 8 der Zahlungskontenrichtlinie der Klarstellung, dass das Recht auf ein Basiskonto mit grundlegenden Funktionen nicht die Sorgfaltspflichten berührt, die das Institut zur Verhinderung der Geldwäsche und Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung sowie des Finanzbetrugs nach dem Geldwäschegesetz und nach § 25j KWG treffen müssen. Darüber hinausgehende Sorgfaltspflichten des Kreditinstituts werden dadurch nicht begründet.</p> <p>Dieser Ablehnungsgrund darf von Kreditinstituten keinesfalls als Vorwand benutzt werden, um Verbrauchern aus anderen Mitgliedstaaten oder wirtschaftlich weniger interessanten Verbrauchern die Eröffnung eines Zahlungskontos mit grundlegenden Funktionen zu verweigern (Erwägungsgrund 34 der Zahlungskontenrichtlinie) oder um einen Antrag auf ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen in den Fällen abzulehnen, in denen die Einhaltung der Vorschriften zur Verhinderung der Geldwäsche und Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung für das Kreditinstitut aufwändig und kostspielig ist. Damit die Aufsichtsbehörde überprüfen kann, ob § 36 Absatz 1 Nummer 3 eingehalten wird und um das Institut bei Begründung der Ablehnung nach § 36 Absatz 1 Nummer 3 nicht einem durch das Tipping-Off-Verbot des § 12 des Geldwäschegesetzes verursachten Zielkonflikt auszusetzen, besteht in diesen Fällen nach § 36 Absatz 2 eine Informationspflicht gegenüber der BaFin.</p>
<p style="text-align: center;">§ 37</p> <p style="text-align: center;">Ablehnung bei früherer Kündigung wegen Zahlungsverzugs</p> <p>Ein Verpflichteter kann den Antrag auf Abschluss eines Basiskontovertrags ablehnen, wenn der Berechtigte Inhaber eines Basiskontos bei demselben Verpflichteten war und dieser Verpflichtete den Zahlungsdiensterahmenvertrag über die Führung dieses Basiskontos innerhalb des letzten Jahres vor Antragstellung nach § 42 Absatz 3 Nummer 2 berechtigt gekündigt hat.</p>	<p>Mit dem in § 37 geregelten Ablehnungsgrund soll ebenfalls von der den Mitgliedstaaten in Artikel 16 Absatz 6 der Zahlungskontenrichtlinie eingeräumten Option Gebrauch gemacht werden, dem Kreditinstitut ein Ablehnungsrecht in Fällen zu geben, in denen das Recht auf Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen missbräuchlich in Anspruch genommen würde. Die frühere Kündigung durfte nicht auf jeden Zahlungsverzug gestützt worden sein, sondern nur auf solche Gründe, die die Voraussetzung des § 42 Absatz 3 Nummer 2 erfüllt hätten. Das Basiskonto kann grundsätzlich entgeltlich vereinbart werden (vgl. § 41 Absatz 1). Es besteht zudem auch ohne entsprechende Vereinbarung nach den allgemeinen Grundsätzen ein Anspruch des kontoführenden Instituts auf Kostenerstattung nach § 670 BGB. Es würde einen Missbrauch des Rechts auf Zugang zu einem Basiskonto durch den Kontoinhaber darstellen, wenn ein Berechtigter nach Kündigung des Kontos nach § 42 Absatz 3 Nummer 2 durch die Stellung eines neuen Antrags nach</p>



	<p>§ 33 dieses ohne Zahlung vereinbarter Entgelte oder geschuldeter Kosten de facto weaternutzen könnte. Voraussetzung einer Ablehnung nach § 37 ist jedoch auch hier nicht jede Kündigung. Vielmehr musste es sich um nicht unerhebliche Zahlungsrückstände des Kontoinhabers handeln. Dies wird durch die Voraussetzung in § 42 Absatz 3 Nummer 2 sichergestellt, dass es sich um einen Verzug von mehr als drei Monaten Dauer mit der Entrichtung eines nicht unerheblichen Teils der dem kontoführenden Institut geschuldeten Entgelte oder Kosten handeln muss. Auf die diesbezüglichen Ausführungen in der Begründung zu § 42 Absatz 3 Nummer 2 wird verwiesen.</p>
<p>Unterabschnitt 3 Basiskontovertrag</p>	<p>Die §§ 38 bis 45 betreffen den Inhalt des Zahlungsdiensterahmenvertrags über die Führung eines Zahlungskontos mit grundlegenden Funktionen (Basiskontovertrag), der zwischen dem kontoführenden Institut und dem Kontoinhaber gemäß § 30 Absatz 2 Nummer 2 geschlossen wurde.</p> <p>Wichtigster Gehalt der Regelungen der §§ 38 bis 45 ist die Beschreibung der wesentlichen Pflichten des kontoführenden Instituts bei der Führung eines Basiskontos für den Kontoinhaber sowie der Erbringung von Diensten in Bezug auf dieses Konto in den §§ 38 bis 40. Darüber hinaus werden in diesem Unterabschnitt die vom Kontoinhaber für die Erbringung von Diensten aufgrund des Basiskontovertrags zu entrichtenden Entgelte geregelt (§ 41) sowie die Kündigung des Basiskontovertrags durch das kontoführende Institut (§§ 42 und 43) und die ordentliche Kündigung durch den Kontoinhaber (§ 44). Ergänzend sind schließlich auch Regelungen zu Unterstützungsleistungen bei Basiskonten enthalten (§ 45). Diese eingehenden Regelungen zum Basiskontovertrag sind eng mit der allgemeinen Zielsetzung dieses Abschnitts verbunden, für Verbraucher einen allgemeinen Zugang zu einem Zahlungskonto zu gewähren (siehe allgemein Erwägungsgründe 7 und 36 der Zahlungskontenrichtlinie): Die beabsichtigte Verbraucherschützende Wirkung der Schaffung eines Anspruchs auf Abschluss eines Basiskontovertrags setzt voraus, dass dieser Vertrag mit einem Inhalt abgeschlossen wird, der dem Kontoinhaber eine hinreichende und effektive Möglichkeit der Teilnahme am Zahlungsverkehr und der Nutzung von Zahlungsdiensten eröffnet. Über die Schaffung eines Anspruchs auf Abschluss eines Basiskontovertrags hinaus ist daher auch die Regelung eines verbraucherschützend ausgestalteten Mindestgehalts dieses Basiskontovertrags erforderlich.</p> <p>Die Regelung des Inhalts des Basiskontovertrags in den §§ 38 bis 45 ist halbzwingend, d. h. es ist keine abweichende Vereinbarung zum Nachteil des Kontoinhabers zulässig (siehe § 4 Absatz 1), die Regelung ist aber nicht abschließend. Der Basiskontovertrag ist seiner systematischen Natur nach ein Zahlungsdiensterahmenvertrag, der die Führung eines Zahlungskontos für den Verbraucher als Kontoinhaber durch das kontoführende Institut einschließt. Seine Besonderheit besteht darin, dass er entweder auf der Grundlage der Geltendmachung eines Anspruchs des Kontoinhabers auf Abschluss eines Basiskontovertrags nach § 31 (siehe § 30 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a) oder in sonstiger Weise unter ausdrücklicher Bezeichnung des zu führenden Zahlungskontos als Basiskonto geschlossen wurde (siehe § 30 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b). Hieraus folgt, dass für den Inhalt dieses Vertrags die halbzwingenden Regelungen der §§ 38 bis 45 gelten. Im Übrigen kann folglich aber</p>



	<p>für nicht in diesem Unterabschnitt geregelte sonstige Aspekte dieses Vertrags auf die allgemeinen zivilrechtlichen Regelungen sowie insbesondere auf die besonderen Regelungen zu Zahlungsdiensten in den §§ 675c ff. BGB verwiesen werden sowie auf die Informationspflichten bei der Erbringung von Zahlungsdiensten nach Artikel 248 EGBGB (siehe auch Artikel 19 Absatz 1 der Richtlinie). Zudem lässt § 39 die Vereinbarung nicht von § 38 erfasster Dienstleistungen mit einem Bezug auf das Basiskonto zu.</p> <p>Zu beachten ist aber, dass nicht jedes Zahlungskonto eines Verbrauchers ein Basiskonto ist und dass daher auch nicht jeder mit einem Verbraucher geschlossene Zahlungsdiensterahmenvertrag über die Führung eines Zahlungskontos ein Basiskontovertrag im Sinne der §§ 38 bis 45 ist: Wenn der Zahlungsdiensterahmenvertrag nicht spezifisch vom Verbraucher mit dem kontoführenden Institut auf der Grundlage der Geltendmachung des Anspruchs auf Abschluss eines Basiskontovertrags geschlossen wurde und das Konto vom kontoführenden Institut auch nicht als Basiskonto angeboten wurde, sind die §§ 38 bis 45 nicht anwendbar. Rechte und Pflichten der Vertragsparteien sind allein nach den vorstehend genannten sonstigen Regelungen und den entsprechenden vertraglichen Abreden zu bestimmen. Dies gilt insbesondere auch für solche Fälle, in denen beispielsweise die betreffenden kontoführenden Institute einem Verbraucher ein Zahlungskonto auf der Grundlage einer entsprechenden Selbstverpflichtung oder einer anderweitigen sondergesetzlichen Regelung in landesrechtlichen Sparkassenverordnungen eingerichtet hatten. Der Inhalt der so zustande gekommene Zahlungsdiensterahmenverträge wird durch die §§ 38 bis 45 nicht berührt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 38 Pflicht des kontoführenden Instituts zur Führung eines Basiskontos und zur Erbringung von Diensten in Bezug auf dieses Konto</p> <p>(1) Durch einen Basiskontovertrag wird das kontoführende Institut verpflichtet, für den Kontoinhaber ein Basiskonto in Euro zu eröffnen und zu führen.</p>	<p>§ 38 regelt die Pflicht des kontoführenden Instituts zur Führung des Basiskontos für den Kontoinhaber sowie die Erbringung von Zahlungsdiensten in Bezug auf das Zahlungskonto.</p> <p>Nach Absatz 1 ist das kontoführende Institut durch einen Basiskontovertrag verpflichtet, für den Kontoinhaber ein Basiskonto in Euro zu eröffnen und zu führen. Diese Vorschrift ist Bestandteil der Umsetzung von Artikel 16 Absatz 2 der Zahlungskontenrichtlinie: Dort wird vorgegeben, dass durch die Mitgliedstaaten sicherzustellen ist, dass Verbraucher ein Recht haben, ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen zu eröffnen und zu nutzen. Nach der vom vorliegenden Gesetz zugrunde gelegten Systematik des Zahlungsdiensterahmenvertrags über die Führung eines Zahlungskontos im Allgemeinen war diese Richtlinienvorgabe umzusetzen durch die Begründung des Anspruchs auf Abschluss eines Basiskontovertrags nach § 31 in Verbindung mit der in § 38 Absatz 1 geregelten Verpflichtung des kontoführenden Instituts aus diesem Basiskontovertrag zur Eröffnung und Führung des Basiskontos für den Verbraucher als Kontoinhaber. Mit der Verwendung des Begriffs des Basiskontos wird auf die Definition dieses Begriffs als Kurzbegriff für das Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen in § 30 Absatz 2 verwiesen: Gegenstand der Verpflichtung des kontoführendes Instituts aus dem Basiskontovertrag ist gemäß § 30 Absatz 2 Nummer 1 mithin nicht die Eröffnung und Führung</p>



- (2) Die Kontoführung nach Absatz 1 muss die Erbringung folgender Zahlungsdienste ohne Kreditgeschäft (Zahlungsgeschäft) ermöglichen:
1. die Dienste, mit denen Bareinzahlungen auf das Zahlungskonto oder Barauszahlungen von dem Zahlungskonto ermöglicht werden (Ein- oder Auszahlungsgeschäft), sowie alle für die Führung eines Zahlungskontos erforderlichen Vorgänge und
 2. die Ausführung von Zahlungsvorgängen einschließlich der Übermittlung von Geldbeträgen auf ein Zahlungskonto beim kontoführenden Institut des Kontoinhabers oder bei einem anderen Zahlungsdienstleister durch
 - a. die Ausführung von Lastschriften einschließlich einmaliger Lastschriften (Lastschriftgeschäft),
 - b. die Ausführung von Überweisungen einschließlich Daueraufträgen (Überweisungsgeschäft),
 - c. die Ausführung von Zahlungsvorgängen mittels einer Zahlungskarte oder eines ähnlichen Zahlungsinstruments (Zahlungskartengeschäft).

eines Zahlungskontos im Allgemeinen, sondern gerade die Eröffnung und Führung eines Zahlungskontos, das mindestens die Erbringung von Zahlungsdiensten im Sinne des § 38 **Absatz 2 Nummer 1 und 2** ermöglicht, wobei die weitere Absätze des § 38 weitere Regelungen zum Mindestgehalt des Basiskontovertrags bestimmen. Bereits durch Absatz 1 wird festgelegt, dass das Basiskonto für den Kontoinhaber in Euro zu führen ist; dies setzt die Vorgabe aus Artikel 17 Absatz 3 der Zahlungskontenrichtlinie um. Zu beachten ist, dass die einzelnen aufgrund des Basiskontovertrags zu erbringenden Zahlungsdienste nicht durchweg ebenso alleine in Euro zu erbringen sind: Insbesondere beispielsweise bei Barauszahlungen an Geldautomaten im Ausland muss dem Kontoinhaber daher grundsätzlich auch die Nutzung von Zahlungsdiensten in einer anderen Währung ermöglicht werden. Absatz 2 nennt die einzelnen Zahlungsdienste, deren Erbringung durch das kontoführende Institut durch die Führung des Basiskontos mindestens ermöglicht werden muss, wobei zum Umfang dieser Verpflichtung auch die Maßgaben aus den Absätzen 3 und 4 zu beachten sind. Die sehr weit gefasste Aufzählung der verschiedenen Zahlungsdienste in den Nummern 1 und 2 des Absatzes 2 soll dabei sicherstellen, dass dem Kontoinhaber eine hinreichende und effektive Möglichkeit der Teilnahme am Zahlungsverkehr und der Nutzung von Zahlungsdiensten eröffnet wird. Der Kontoinhaber kann so grundlegende Zahlungsdienste nutzen, die ihm wesentliche Zahlungsvorgänge ermöglichen, wie etwa den Erhalt von Löhnen und Gehältern und sonstigen Leistungen, die Bezahlung von Rechnungen oder Steuern sowie den Erwerb von Waren und Dienstleistungen, ob durch Lastschriften, Überweisungen oder mittels einer Zahlungskarte (siehe Erwägungsgrund 44 der Richtlinie).

Zur Sicherstellung der beabsichtigten Ermöglichung einer weiten Nutzung von Zahlungsdiensten ist in den Nummern 1 und 2 die Beschreibung der Zahlungsdienste aus § 1 Absatz 2 Nummer 1 und 2 des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes übernommen worden: Sämtliche der dort vorgesehenen und regulierten Zahlungsdienste sollen auch dem Inhaber eines Basiskontos offenstehen. Einzelne sprachliche Abweichungen von der Terminologie der Richtlinie in Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 1 zu den erfassten Zahlungsdiensten gegenüber der Formulierung in den Nummern 1 und 2 begründen keinen Unterschied im Inhalt. Die in den Nummern 1 und 2 aufgezählten Zahlungsdienste sollen die Vorgaben aus Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben a bis d der Richtlinie hinsichtlich der einzelnen erfassten Zahlungsdienste vollständig umsetzen; weitere Vorgaben aus Artikel 17 Absatz 1 der Richtlinie zum inhaltlichen und zahlenmäßigen Umfang der einzelnen erfassten Zahlungsdienste bzw. betreffend der dem Kontoinhaber zu eröffnenden Kommunikationsformen sind in den Absätzen 3 und 4 des § 38 umgesetzt.

Die Aufzählung in den Nummern 1 und 2 stellt keine abschließende Beschreibung der Zahlungsdienste dar, die im Rahmen der Führung eines Basiskontos durch das kontoführende Institut erbracht werden dürfen. Wie vielmehr § 39 klarstellt, dürfen kontoführendes Institut und Kontoinhaber zusätzlich auch die Erbringung nicht von § 38 erfasster Dienstleistungen in Bezug auf das Basiskonto vereinbaren. Dagegen soll von der Option nach Artikel 17 Absatz 2 der Richtlinie kein Gebrauch gemacht werden, wonach Institute auch verpflichtet werden könnten, zusätzliche



- (3) ¹Barauszahlungen nach Absatz 2 Nummer 1 sind innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums an Schaltern sowie unabhängig von den Geschäftszeiten an Geldautomaten des kontoführenden Instituts oder eines Geldautomatennetzes, dem das kontoführende Institut angehört, zu ermöglichen. ²Zahlungsdienste nach Absatz 2 Nummer 2 sind auch dann zu ermöglichen, wenn der Zahlungsdienstleister des Zahlungsdienstnutzers, an den die Zahlung des Kontoinhabers erfolgt oder von dem der Kontoinhaber eine Zahlung empfängt, seinen Sitz zwar nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes, aber innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums hat.

Dienste bereitzustellen, die aufgrund der üblichen Praxis auf nationaler Ebene als für Verbraucher unerlässlich erachtet werden. Derartige für Verbraucher unerlässliche Dienste, die nicht schon durch die Aufzählung in den Nummern 1 und 2 erfasst würden, existieren in der deutschen Zahlungsdienstpraxis nicht. Die Aufzählung in den Nummern 1 und 2 ist bereits umfassend ausgestaltet. Für eine weitergehende Belastung der kontoführenden Institute besteht daher auch aus Gesichtspunkten des Verbraucherschutzes kein Bedarf. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass den Parteien die Möglichkeit weitergehender Vereinbarungen nach § 39 offen steht, wenn sich ein Bedürfnis für die Nutzung noch weiterer Zahlungsdienste ergeben sollte.

Generell gilt auch für die in den Nummern 1 und 2 ausdrücklich genannten Zahlungsdienste, dass der Basiskontovertrag zunächst lediglich die Verpflichtung für das kontoführende Institut beinhaltet, die Erbringung dieser Zahlungsdienste zu ermöglichen: Der Kontoinhaber ist daher nicht gehindert, die Erbringung einzelner dieser Zahlungsdienste abzulehnen, beispielsweise die Zurverfügungstellung einer Zahlungskarte, so dass hierfür auch kein Entgelt anfallen könnte.

Absatz 3 betrifft Einzelfragen zum inhaltlichen Umfang für wesentliche der in Absatz 2 aufgezählten Zahlungsdienste, insbesondere in räumlicher Hinsicht.

Satz 1 bestimmt, dass Barauszahlungen nach Absatz 2 Nummer 1 durch das kontoführende Institut innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums an Schaltern zu ermöglichen sind sowie unabhängig von den Geschäftszeiten an Geldautomaten des kontoführenden Instituts oder eines Geldautomatennetzes, dem das Institut angehört. Beide Regelungen setzen entsprechende Vorgaben aus Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c der Richtlinie um.

Die Vorgaben aus der Richtlinie enthalten keine Beschränkung der Verpflichtung des kontoführenden Instituts zur Ermöglichung von Barauszahlungen an Schaltern und Automaten, wonach diese Verpflichtung auf eigene Schaltern und Geldautomaten des kontoführenden Instituts zu beschränken wäre. Dementsprechend enthält auch Absatz 3 Satz 1 keine solche Beschränkung und erfasst vielmehr ausdrücklich auch die Möglichkeit der Barauszahlung an Automaten eines Geldautomatennetzes, dem das Institut angehört. Barauszahlungen an institutsfremden Schaltern wie auch an Geldautomaten eines Geldautomatennetzes sind nur möglich, wenn entsprechende Vereinbarungen zwischen dem kontoführenden Institut und anderen Zahlungsdienstleistern vorliegen. Zu beachten sind aber die Begrenzungen aus Absatz 4: Trotz der Regelung in Absatz 3 besteht im Ergebnis keine Verpflichtung für das betreffende kontoführende Institut, spezifisch in Bezug auf Basiskonten die Möglichkeit der Barauszahlung an institutsfremden Schaltern und Geldautomaten zu erweitern, wenn solche Möglichkeiten durch dieses Institut auch für andere Zahlungskonten nur begrenzt vorgehalten werden. Dies betrifft insbesondere Direktbanken ohne eigenen Barauszahlungsbetrieb an Schaltern oder Regionalbanken, die keinem Geldautomatennetz mit anderen Instituten angehören. Siehe hierzu weiter unten die Begründung zu § 38 Absatz 4.

Mit dem Erfordernis, dass Barauszahlungen an Schaltern und Geldautomaten im Europäischen Wirtschaftsraum zu ermöglichen sind, geht Absatz 3 Satz 1 allerdings über die entsprechenden Vorgaben aus Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe



- (4) ¹Zahlungsdienste nach den Absätzen 2 und 3 sind dem Kontoinhaber in dem Umfang zur Verfügung zu stellen, wie sie von dem kontoführenden Institut Verbrauchern als Inhabern von Zahlungskonten allgemein angeboten werden. ²Die Anzahl der Zahlungsdienste darf nicht beschränkt werden. ³Dem Kontoinhaber ist die Erteilung von Aufträgen für die Erbringung von Zahlungsdiensten in den Geschäftsräumen des kontoführenden Instituts oder über alle weiteren vom kontoführenden Institut hierfür allgemein vorgesehenen Kommunikationsformen zu ermöglichen.

be c der Richtlinie hinaus, wo allein von Barauszahlungen „innerhalb der Union“ gesprochen wird. Im Interesse der Gleichbehandlung von inländischen und grenzüberschreitenden Zahlungsvorgängen innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums war die Umsetzung hier aber auch auf die weiteren Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums zu erstrecken, die nicht Mitgliedstaaten der Union sind.

Satz 2 beinhaltet eine ergänzende Regelung zum Angebot von Zahlungsdiensten nach Absatz 2 Nummer 2, d.h. von Zahlungsdiensten im Lastschriftgeschäft, Überweisungsgeschäft und Zahlungskartengeschäft. Diese Zahlungsdienste sind grundsätzlich auch dann zu ermöglichen, wenn der Zahlungsdienstleister des Zahlungsdienstnutzers, an den die Zahlung des Kontoinhabers erfolgt oder von dem der Kontoinhaber eine Zahlung empfängt, seinen Sitz nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat. Eine Grenze findet diese Verpflichtung erst dann, wenn dieser Zahlungsdienstleister seinen Sitz außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums hat. Diese Regelung setzt das Erfordernis aus Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Richtlinie um, wonach diese Zahlungsvorgänge „innerhalb der Union“ auszuführen sind. Wie im Fall des Absatz 3 Satz 1 war aus Gründen der Gleichbehandlung von inländischen und grenzüberschreitenden Zahlungsvorgängen innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums auch hier die Umsetzung auch auf die weiteren Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums zu erstrecken, die nicht Mitgliedstaaten der Union sind.

Absatz 4 sieht weitere allgemeine Regelungen zum inhaltlichen und zahlenmäßigen Umfang der durch die Führung eines Basiskontos zu ermöglichenden Zahlungsdienste sowie zu den hierfür dem Kontoinhaber zu eröffnenden Kommunikationsformen vor. Entsprechend der gesetzgeberischen Grundentscheidung, Institute nur dann zum Anbieten von Basiskonten zu verpflichten, wenn sie bereits Zahlungskonten auf dem Markt anbieten (siehe § 31 Absatz 1 Satz 1), wird nach § 38 Absatz 4 grundsätzlich auch der konkrete Leistungsumfang hinsichtlich der einzelnen erfassten Zahlungsdienste nach Absatz 2 und 3 sowie der dem Kontoinhaber zu eröffnenden Kommunikationsformen durch das im Übrigen bestehende Angebot des kontoführenden Instituts bestimmt.

Nach **Satz 1** sind die Zahlungsdienste nach Absatz 2 und 3 dem Kontoinhaber in dem Umfang zur Verfügung zu stellen, wie sie von dem kontoführenden Institut Verbrauchern im Zusammenhang mit Verträgen über die Führung von Zahlungskonten allgemein angeboten werden. Damit wird die Vorgabe aus Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie umgesetzt, so dass kontoführende Institute hinsichtlich des inhaltlichen Umfangs der Zurverfügungstellung der Zahlungsdienste nach Absatz 2 nicht zwischen Inhabern eines Basiskontos und anderen Verbrauchern, die Inhaber eines sonstigen Zahlungskontos sind, unterscheiden dürfen. Dies wirkt sich auf der einen Seite positiv für Verbraucher als Inhaber eines Basiskontos aus, da kontoführende Institute ihnen nicht einen geringeren Leistungsumfang in Bezug auf dieses Konto anbieten dürfen. Dass kontoführende Institute auch hinsichtlich der sonstigen Bedingungen der Führung des Basiskontos eine solche Unterscheidung zum Nachteil des Verbrauchers als Kontoinhaber nicht vornehmen dürfen, ergibt sich dann weiter aus § 40. Auf der anderen Seite kann sich die Orientierung an dem Umfang des Angebots für andere Verbraucher aber auch begrenzend für den



Leistungsumfang in Bezug auf ein Basiskonto auswirken: Kontoführende Institute sind aufgrund der Vorgaben der Richtlinie auch nicht verpflichtet, Inhabern eines Basiskontos weitergehende Leistungen anzubieten, als es generell ihrem Geschäftsmodell entspricht. Der Umfang, in dem ein kontoführendes Institut Dienste im Rahmen eines Basiskontovertrags Dienste nach Absatz 2 schuldet, wird mithin aufgrund des Absatzes 4 durch den inhaltlichen Umfang des Leistungsangebots des kontoführenden Instituts bestimmt, den das Institut anderen Verbrauchern gegenüber allgemein anbietet, die Inhaber sonstiger Zahlungskonten sind.

Als Ausnahme zu der Grundregel in Satz 1 bestimmt **Satz 2** als Sonderbestimmung, dass die Anzahl der Zahlungsdienste nicht beschränkt werden darf. Während sich also grundsätzlich nach dem vorstehend Gesagten der Umfang des Leistungsangebots im Rahmen des Basiskontovertrags nach dem Umfang des Angebots gegenüber sonstigen Verbrauchern bestimmt, wird durch Satz 2 in Umsetzung der Vorgabe aus Artikel 17 Absatz 4 der Richtlinie sichergestellt, dass Kontoinhaber die Erbringung von Zahlungsdiensten in Bezug auf das Basiskonto in unbeschränkter Zahl nutzen können.

Satz 3 betrifft die dem Kontoinhaber hinsichtlich der Nutzung von Zahlungsdiensten zu eröffnenden Kommunikationsformen und schreibt hier wiederum der Grundentscheidung in Satz 1 entsprechend eine am Leistungsangebot des kontoführenden Instituts im Übrigen orientierte Gleichbehandlung des Kontoinhabers vor. Dem Kontoinhaber ist die Erteilung von Aufträgen für die Erbringung von Zahlungsdiensten in den Geschäftsräumen des kontoführenden Instituts oder über alle weiteren vom kontoführenden Institut hierfür allgemein vorgesehenen Kommunikationsformen zu ermöglichen. Dem Kontoinhaber muss daher für die Erteilung von Aufträgen für die Erbringung von Zahlungsdiensten die Nutzung zumindest von Schalterdiensten, aber auch von Papierformularen, Terminals und dem Online-System des kontoführenden Instituts ermöglicht werden, wenn diese letzteren Kommunikationsformen jeweils vom kontoführenden Institut im Übrigen für die Nutzung durch seine Kunden vorgehalten werden. Diese Bestimmung setzt die entsprechenden Vorgaben aus Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe d Ziffer iii) sowie Absatz 7 der Richtlinie um. Für die in der Richtlinie in Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe d Ziffer ii) gesondert angesprochenen Online-Zahlungen mit Zahlungskarten gilt im Ergebnis dasselbe, da Online-Zahlungen mit Zahlungskarten schon unmittelbar durch § 38 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe c erfasst sind. Diese Vorschrift übernimmt die Formulierung des § 1 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe c des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes, der jede Form der Ausführung von Zahlungsvorgängen mittels einer Zahlungskarte erfasst und nicht danach unterscheidet, ob diese Zahlungsvorgänge als Online-Zahlungen erfolgen oder nicht. Gleichzeitig müssen kontoführende Institute wegen der allgemeinen Regelung des § 38 Absatz 4 Satz 1 auch in Bezug auf ein Basiskonto die Möglichkeit der Ausführung von Zahlungsvorgängen mittels Zahlungskarten als Online-Zahlungen dem Kontoinhaber nur dann eröffnen, wenn das kontoführende Institut diese Möglichkeit auch im Übrigen Verbrauchern für deren Zahlungskonten allgemein anbietet.

Verletzt das kontoführende Institut seine sich aus § 38 ergebenden Pflichten aus dem Basiskontovertrag, so kann der Kontoinhaber zivilrechtliche Ansprüche nach



	<p>allgemeinen Grundsätzen geltend machen. Von Interesse kann für den Kontoinhaber insbesondere die Geltendmachung eines Erfüllungsanspruchs sein, d.h. hier ein Anspruch gegen das kontoführende Institut auf Führung des Basiskontos und auf Erbringung von Zahlungsdiensten in Bezug auf dieses Konto. Neben den allgemeinen zivilrechtlichen Regelungen kommen hinsichtlich der Ansprüche bei Pflichtverletzungen im Rahmen von einzelnen Zahlungsdiensten in Bezug auf das Basiskonto auch die Sonderregelungen der §§ 675c ff. BGB in Betracht.</p> <p>Zudem kann ein Verstoß gegen die Vorgaben des § 38 auch dazu führen, dass entgegenstehende Allgemeine Geschäftsbedingungen des kontoführenden Instituts unwirksam sind bzw. nicht wirksam angeboten werden, siehe hierzu die Begründung zu § 42 Absatz 2 Nummer 4.</p>
<p style="text-align: center;">§ 39 Vereinbarung weiterer Dienstleistungen</p> <p>¹Unbeschadet des § 32 dürfen das kontoführende Institut und der Kontoinhaber zusätzlich Dienstleistungen vereinbaren, die sich auf das Basiskonto beziehen und nicht von § 38 erfasst sind. ²Dies schließt auch die Vereinbarung einer eingeräumten Überziehungsmöglichkeit gemäß § 504 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder eines Entgelts für eine geduldete Überziehung gemäß § 505 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein.</p>	<p>§ 39 betrifft die Vereinbarung der Erbringung weiterer Dienstleistungen in Bezug auf das Basiskonto.</p> <p>Satz 1 bestimmt, dass das kontoführende Institut und der Kontoinhaber zusätzlich die Erbringung nicht von § 38 erfasster Dienstleistungen mit einem Bezug auf das Basiskonto vereinbaren dürfen. Dies ist Ausdruck der Natur der Regelungen zum Basiskontovertrag, die grundsätzlich weitergehende Vereinbarungen im Interesse des Kontoinhabers zulässt (siehe § 4 Absatz 1). Für die Vereinbarung solcher weiteren Dienstleistungen gelten grundsätzlich die allgemeinen Regelungen des BGB und damit insbesondere auch das Prinzip der Privatautonomie anstelle der Vorgaben der §§ 30 ff. Gleichzeitig darf die Vereinbarung der Erbringung solcher weiterer Dienstleistungen grundsätzlich nicht zur Bedingung für den Abschluss eines Basiskontovertrags gemacht werden; dieses allgemeine Koppelungsverbot entsprechend den Vorgaben aus Artikel 16 Absatz 9 der Zahlungskontenrichtlinie wird durch § 32 umgesetzt. Dies schließt allerdings nicht aus, dass die Erbringung weiterer Dienstleistungen an Bedingungen geknüpft wird, da nach § 32 Absatz 1 das Koppelungsverbot nur für den gesetzlichen Inhalt des Basiskontovertrags gilt, nicht für eine vereinbarte Erweiterung des Leistungsinhalts.</p> <p>Satz 2 stellt ausdrücklich fest, dass zu den nach Satz 1 zulässigen Vereinbarungen weiterer Dienstleistungen auch Vereinbarungen nach den §§ 504 und 505 BGB zählen, d.h. die Vereinbarung einer eingeräumten Überziehungsmöglichkeit und die Vereinbarung eines Entgeltes für den Fall einer geduldeten Überziehung. Mit dieser Regelung soll von der Option nach Artikel 17 Absatz 8 Satz 1 der Richtlinie in Bezug auf die Vereinbarung eingeräumter Überziehungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden; die Erstreckung auf Vereinbarungen nach § 505 BGB dient der Klarstellung und steht im Einklang mit dem allgemeinen Grundsatz aus Satz 1. Von der weiteren Option nach Artikel 17 Absatz 8 Satz 2 der Richtlinie, wonach der Höchstbetrag oder die maximale Dauer einer Überziehung festgelegt werden können, soll dagegen kein Gebrauch gemacht werden: Es besteht insoweit keine Veranlassung, Basiskonten einer anderweitigen Regelung zu unterwerfen als andere Zahlungskonten. Keine gesonderte Umsetzung ist erforderlich für das spezielle Koppelungsverbot in Bezug auf den Erwerb solcher Kreditprodukte aus Artikel 17 Absatz 8 Satz 3 der Richtlinie, da dies bereits durch die Regelung zum allgemeinen Koppelungsver-</p>



	<p>bot in § 32 sichergestellt wird. Der Berechtigte kann zudem verlangen, dass das Basiskonto als Pfändungsschutzkonto geführt wird, § 850k der Zivilprozessordnung.</p>
<p style="text-align: center;">§ 40 Benachteiligungsverbot bei der Führung eines Basiskontos</p> <p>Das kontoführende Institut darf das Basiskonto für den Kontoinhaber im Übrigen nicht zu Bedingungen führen, die benachteiligend sind im Vergleich zu den Bedingungen für Zahlungskonten, die für Verbraucher angeboten werden, die keine Inhaber eines Basiskontos sind.</p>	<p>§ 40 beinhaltet ein allgemeines Benachteiligungsverbot hinsichtlich der Bedingungen des Basiskontos: Das kontoführende Institut darf das Basiskonto für den Kontoinhaber nicht zu Bedingungen führen, die benachteiligend sind im Vergleich zu den Bedingungen von Zahlungskonten, die für solche Verbraucher angeboten werden, die keine Inhaber eines Basiskontos sind. Diese Bestimmung soll die Regelung in Artikel 15 Satz 2 der Zahlungskontenrichtlinie umsetzen, wonach die Bedingungen für das Unterhalten eines Zahlungskontos mit grundlegenden Funktionen „keineswegs diskriminierend“ sein dürfen.</p> <p>Hinsichtlich des Umfangs der angebotenen Dienste in Bezug auf das Basiskonto unterliegt das kontoführende Institut bereits den Pflichten nach § 38 Absatz 2 bis 4, welche sowohl einen Mindestgehalt der anzubietenden Leistungen vorsehen, als auch bestimmte Beschränkungen zulassen, auch soweit sie für andere Kunden des kontoführenden Instituts nicht gelten sollten (siehe z. B. § 38 Absatz 3 Satz 2 a. E.). Diese Regelungen werden durch § 40 unberührt gelassen, es gilt diese Bestimmung nur für die Bedingungen der Führung des Basiskontos „im Übrigen“. § 40 erfasst beispielsweise solche Fälle, in denen die Führung des Basiskontos stigmatisierenden Bedingungen unterworfen wird, wenn etwa für Dritte erkennbar gemacht wird, dass es sich bei dem Konto eines Kontoinhabers um ein Basiskonto handelt (siehe Erwägungsgrund 38 der Richtlinie). Zu beachten ist, dass mit dem Begriff „Bedingungen“ im Sinne von § 40 daher nicht nur etwa die Vertragsbedingungen im Sinne Allgemeiner Geschäftsbedingungen gemeint sind, sondern in einem weiteren Verständnis sämtliche (auch rein faktischen) Umstände im Zusammenhang mit der Nutzung eines Basiskontos bzw. dem Zugang zu einem solchen Konto, die der Kontrolle des kontoführenden Instituts unterliegen. § 40 ist nicht auf den gesetzlichen Inhalt des Basiskontos beschränkt, da es auch eine Benachteiligung des Inhabers eines Basiskontos darstellen würde, wenn seine Möglichkeit der Vereinbarung und des Zugriffs auf zusätzliche Dienste nach § 39 benachteiligend ausgestaltet wäre im Vergleich zu den Bedingungen, unter denen diese Dienste anderen Verbrauchern angeboten werden, die keine Inhaber eines Basiskontos sind.</p> <p>Das Benachteiligungsverbot des § 40 regelt eine Teilfrage der Verpflichtungen des kontoführenden Instituts aus dem Basiskontovertrag. Die Rechtsfolgen von Verletzungen dieser Verpflichtungen bestimmen sich nach allgemeinen Grundsätzen, es wird auf die Begründung zu § 38 verwiesen. Hinsichtlich des allgemeinen Benachteiligungsverbots in Bezug auf den Zugang zu Zahlungskonten aus Artikel 15 Satz 1 der Richtlinie gilt § 3.</p>
<p style="text-align: center;">§ 41 Entgelte, Kosten und Verbot von Vertragsstrafen</p>	<p>§ 41 beinhaltet Regelungen zu den vom Kontoinhaber dem kontoführenden Institut für die Erbringung von Diensten aufgrund des Basiskontovertrags geschuldeten Entgelten und Kosten sowie das Verbot der Vereinbarung vom Kontoinhaber ge-</p>



<p>(1) Der Kontoinhaber ist verpflichtet, an das kontoführende Institut für die Erbringung von Diensten auf Grund des Basiskontovertrags das vereinbarte Entgelt zu entrichten.</p>	<p>schuldeter Vertragsstrafen.</p> <p>Die allgemeine Zielsetzung dieses Abschnitts, Verbrauchern einen allgemeinen Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen zu geben (siehe allgemein Erwägungsgründe 7 und 36 der Zahlungskontenrichtlinie), gebietet es, dass zugleich auch sichergestellt wird, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Entgelten faktisch nicht als Hindernis gegenüber der mit dem Basiskonto verbundenen Schaffung einer hinreichenden und effektiven Möglichkeit der Teilnahme am Zahlungsverkehr und der Nutzung von Zahlungsdiensten wirkt. Daher bestimmt § 41 in Umsetzung des Artikels 18 der Zahlungskontenrichtlinie, dass für die Erbringung von Diensten aufgrund des Basiskontovertrags nur angemessene Entgelte, sofern vereinbart, verlangt werden können. § 41 ist nicht abschließend: Allgemeine Regelungen des Rechts der Zahlungsdienste oder des Geschäftsbesorgungsvertrags zur Erstattung von Kosten bleiben ebenso anwendbar wie weitere Begrenzungen der Zulässigkeit der Vereinbarung von Entgelten aus dem Recht der Zahlungsdienste. Dasselbe gilt, soweit deren Anwendungsbereich hier eröffnet ist, für die Regelungen nach § 307 BGB zur Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Fall von Entgeltvereinbarungen durch Allgemeine Kontoführungsbedingungen sowie in Bezug genommene Preis- und Leistungsverzeichnisse.</p> <p>Absatz 1 regelt die grundsätzliche Pflicht des Kontoinhabers zur Zahlung eines Entgelts für die Erbringung von Diensten aufgrund des Basiskontovertrags: Der Kontoinhaber schuldet dem kontoführenden Institut die Zahlung von Entgelten für die Erbringung dieser Dienste, wenn dies zwischen den Parteien vereinbart wurde. Wenn und soweit die Parteien keine Entgeltvereinbarung getroffen haben, ist ein Entgelt für die Erbringung von Diensten aufgrund des Basiskontovertrags nicht geschuldet. Diese Regelung gilt sowohl für den gesetzlichen Inhalt des Basiskontovertrags nach § 38 wie auch für den Fall der Vereinbarung der Erbringung weiterer Dienstleistungen nach § 39. Dagegen findet sie keine Anwendung auf Kosten: Soweit sich dies insbesondere aus allgemeinen geschäftsbesorgungsvertraglichen Grundlagen wie § 670 BGB ergibt, ist die Erstattung von Kosten mithin auch ohne eine entsprechende Vereinbarung der Parteien geschuldet.</p> <p>Die Zahlungskontenrichtlinie lässt nach Artikel 18 Absatz 1 auch allgemein eine Verpflichtung zur unentgeltlichen Erbringung der Dienste aufgrund des Basiskontovertrags zu (siehe auch Erwägungsgrund 46). Von dieser weitergehenden Option soll aber kein Gebrauch gemacht werden. Bereits durch die Begrenzung der geschuldeten Entgelte für Dienste nach Absatz 2 wird ein genügender Verbraucherschutz sichergestellt. Bereits durch das in Absatz 2 eingeführte Kriterium der „Angemessenheit“ der Entgelte wird für die Inhaber von Basiskonten eine über das derzeit allgemein geltende Maß hinausgehende Kontrolle der Entgeltgestaltung von Kreditinstituten ermöglicht. Eine generelle Begrenzung der Möglichkeiten der Entgeltgestaltung für Basiskontenangebote, wonach die Institute besondere günstige Entgeltkonditionen, die sie für andere Konten anbieten, auch für Inhaber von Basiskonten bieten müssten (sogenannte Meistbegünstigungsvorgabe für Basiskonten), würde im Ergebnis einen zu weitgehenden Eingriff in die Gestaltungsmöglichkeiten von Instituten beinhalten: Basiskonten würden im Ergebnis sogar günstiger als andere Konten, weil bei ihnen die jeweils günstigsten Teil-Angebote zu kumulie-</p>
---	---



<p>(2) ¹Das Entgelt für die von § 38 erfassten Dienste muss angemessen sein. ²Für die Beurteilung der Angemessenheit sind insbesondere die marktüblichen Entgelte sowie das Nutzerverhalten zu berücksichtigen. ³Die Sätze 1 und 2 gelten für Vereinbarungen über vom Kontoinhaber zu erstattende Kosten entsprechend.</p>	<p>ren wären. Eine solche weitgehende Vorgabe enthält die mit diesem Gesetz umzusetzende EU-Richtlinie nicht. Wird durch ein Institut ein Kontomodell ohne Kontoführungsgebühren angeboten, ein anderes dagegen mit einer Umsonst-Zahlungskarte, so wären bei einer solchen Meistbegünstigungsvorgabe für Basiskonten dort all diese Vorteile kumulativ anzubieten – obwohl das Institut ansonsten in seinem Angebot keine Konten vorsehen mag, bei denen beides umsonst vorgehalten wird. Gegen eine solche Meistbegünstigungsvorgabe für Basiskonten spricht zudem, dass Instituten weitgehend die Möglichkeit genommen würde, durch besondere Entgeltgestaltungen um bestimmte Kundengruppen zu werben: Die Möglichkeit eines speziellen Gratis-Girokontoangebots für Auszubildende oder Studierende wäre erschwert, wenn die Institute diese Vorteile sodann zugleich immer auch für Inhaber von Basiskonten im Allgemeinen anbieten müssten. Nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang auch zu berücksichtigen, dass die §§ 38 ff. ein sehr umfassendes Leistungsangebot für Basiskonten vorsehen, das in weiten Bereichen kaum hinter demjenigen für „normale“ Zahlungskonten im Allgemeinen zurückbleiben wird: Institute haben neben dieser umfassenden Leistungspflicht für Basiskonten noch ihren besonderen Informationspflichten sowie Unterstützungspflichten nachzukommen und sind auch in ihren Möglichkeiten der Kündigung beschränkt – die Gesamtschau dieser Belastungen würde es als unverhältnismäßig erscheinen lassen, wenn diese Konten dann auch noch zu besonders günstigen Entgeltkonditionen angeboten werden müssen, die die Institute ansonsten nur für solche Kunden versprechen, um die sie aus geschäftspolitischen Erwägungen in besonderem Maße werben möchten. Dennoch ist für Basiskonten eine spürbare Begrenzung der Entgelte erforderlich, um das sozialpolitische Ziel der Richtlinie zu erreichen, einen Kontozugang für bisher hiervon ausgeschlossene Personen zu gewährleisten. Ziel der EU-Richtlinie ist es gerade, die Geldinstitute hier im Hinblick auf ihre soziale Funktionsverantwortung zu bewegen, zwar nicht meistbegünstigende, aber jedenfalls günstige Zugangsmöglichkeiten auch für einkommensarme Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Kontoführungsgebühren im Basistarif, die faktisch darauf hinauslaufen, dass das Ziel des Kontozugangs auch für einkommensschwache Personen nicht erreicht werden kann, sind nicht mehr angemessen im Sinne der gesetzlichen Regelung.</p> <p>Absatz 2 bestimmt für die von § 38 erfassten Dienste, dass die Entgelte nach Absatz 1 angemessen sein müssen (Satz 1), womit Artikel 18 Absatz 1 der Richtlinie umgesetzt wird. Als angemessen erscheint ein Entgelt, das im Durchschnitt die Kosten der Institute deckt und ihnen einen angemessenen Gewinn sichert. Dies wird mit der Bezugnahme insbesondere auf die marktüblichen Entgelte sichergestellt (Satz 2). Diese Bezugnahme setzt die Vorgaben aus Artikel 18 Absatz 3 der Richtlinie um. Auf eine ausdrückliche Erwähnung des nationalen Einkommensniveaus als Grundlage für die Angemessenheit (siehe Artikel 18 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie) wurde verzichtet, weil sich dieses ohnehin bereits in den marktüblichen Entgelten widerspiegelt. Aufgrund der ausdrücklichen Beschränkung auf die von § 38 erfassten Dienste gilt Absatz 2 nicht für eine nach § 39 vereinbarte Erbringung weiterer Dienstleistungen: Insoweit verbleibt es bei den allgemeinen Grundsätzen des BGB und es sieht das Zahlungskontengesetz keine gesonderte Beschränkung auf Entgel-</p>
---	---



<p>(3) Eine Vereinbarung, nach der der Kontoinhaber eine Vertragsstrafe im Zusammenhang mit dem Basiskontovertrag schuldet, ist unzulässig.</p>	<p>te in angemessener Höhe vor.</p> <p>Durch Satz 3 wird bestimmt, dass die Regelung aus Absatz 2 Satz 1 und 2 auf Vereinbarungen über zu erstattende Kosten entsprechende Anwendung findet. Auch bei Vereinbarungen über zu erstattende Kosten in Bezug auf von § 38 erfasste Dienste gilt daher, dass die zu erstattenden Kosten angemessen sein müssen und dass bei der Beurteilung der Angemessenheit insbesondere die marktüblichen Kosten zu berücksichtigen sind. Dies beruht ebenfalls auf der Vorgabe aus Artikel 18 Absatz 1 der Richtlinie, da wegen der weiten Definition des Begriffs des Entgelts im Sinne der Richtlinie nach Artikel 2 Nummer 15 der Richtlinie diese Vorgabe auch für Kosten gilt.</p> <p>Für Verstöße gegen die Regelungen des Absatz 2 gilt Folgendes: Haben die Parteien höhere als angemessene Entgelte oder Kosten vereinbart, so sind diese Vereinbarungen wegen eines Verstoßes gegen das gesetzliche Verbot des Absatzes 2 Satz 1 unwirksam nach § 134 BGB. Im Fall einer unwirksamen Entgeltvereinbarung ist dann kein Entgelt geschuldet; bei einer unwirksamen Vereinbarung der Höhe der zu erstattenden Kosten fände stattdessen die gesetzliche Regelung der Kostenerstattung nach den Vorschriften des BGB Anwendung.</p> <p>Haben die Parteien dagegen niedrigere als angemessene Entgelte oder Kosten vereinbart, so ist diese Vereinbarung wirksam. Dies folgt wiederum aus der halbzwingenden Natur der §§ 38 bis 45, welche abweichende Vereinbarungen zulässt, die nicht zum Nachteil des Verbrauchers als Kontoinhaber gehen (siehe § 4 Absatz 1).</p> <p>Anders als in Bezug auf die Regelungen zur Begrenzung der Höhe von Entgeltvereinbarungen nach den §§ 675d Absatz 3 Satz 2 sowie 675f Absatz 4 Satz 2, 2. Halbsatz BGB war im Rahmen des § 41 im Interesse der verbraucherschützenden Zielsetzungen dieses Gesetzes wegen des Abschlusses des Basiskontovertrags auf der Grundlage des Kontrahierungszwangs aus § 31 klarzustellen, dass die Unwirksamkeit einer Vereinbarung wegen eines Verstoßes gegen das gesetzliche Verbot aus § 41 in Abweichung vom Grundsatz des § 139 BGB nicht zur Nichtigkeit des Basiskontovertrags im Übrigen führt (Absatz 4). Das Basiskonto ist mithin insoweit dann unentgeltlich bzw. unter Beschränkung auf gesetzliche Kostenerstattungsansprüche zu führen. Dem kontoführenden Institut steht bei einer zunächst unwirksam getroffenen Vereinbarung eines Entgelts oder eines Kostenerstattungsanspruchs im Rahmen der durch Absatz 2 bestimmten Grenzen der Angemessenheit das Angebot einer entsprechenden Änderung der Bedingungen des Basiskontovertrags nach § 675g BGB aber grundsätzlich offen.</p> <p>Absatz 3 verbietet vom Kontoinhaber geschuldete Vertragsstrafen: Vereinbarungen, nach denen der Kontoinhaber eine Vertragsstrafe im Zusammenhang mit dem Basiskontovertrag schuldet, sind unzulässig. Diese Regelung beruht auf den Vorgaben nach Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie, wonach auch sämtliche Entgelte, wozu nach Artikel 2 Nummer 15 der Richtlinie auch Kosten und Vertragsstrafen zählen, die dem Verbraucher aufgrund der Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen aus dem Rahmenvertrag mit dem kontoführenden Institut in Rechnung gestellt werden, angemessen sein müssen. Dies lässt keinen Raum für die Vereinbarung von Vertragsstrafen, mit denen eine über den Ersatz konkreter Nachteile des kontoführen-</p>
---	--



<p>(4) Die Unwirksamkeit der Vereinbarung eines Entgelts, eines Kostenerstattungsanspruchs oder einer Vertragsstrafe lässt die Wirksamkeit des Basiskontovertrags im Übrigen unberührt.</p>	<p>den Instituts hinausgehende Zahlungspflicht des Kontoinhabers für den Fall der Nichterfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Basiskontovertrag bestimmt würde. Wird unter Verstoß gegen Absatz 3 eine vom Kontoinhaber geschuldete Vertragsstrafe vereinbart, so ist diese Regelung wegen eines Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot unwirksam nach § 134 BGB. Absatz 4 bestimmt auch für diesen Fall, dass die Unwirksamkeit der Vereinbarung einer Vertragsstrafe die Wirksamkeit des Basiskontovertrags im Übrigen unberührt lässt.</p> <p>Von den weiteren auf Regelungen zu Entgelten bezogenen Optionen nach der Zahlungskontenrichtlinie soll kein Gebrauch gemacht werden: Dies betrifft zunächst die Möglichkeit nach Artikel 17 Absatz 6 der Richtlinie, für bestimmte Zahlungsdienste eine Mindestzahl von Vorgängen festzulegen, für die kein höheres als ein angemessenes Entgelt erhoben werden darf. Nach § 41 Absatz 2 Satz 1 kann ein Entgelt für die von § 38 erfassten Dienste generell nur in angemessener Höhe geschuldet sein, ohne dass hier nach der Zahl der erbrachten Zahlungsvorgänge zu unterscheiden ist.</p> <p>Ferner soll nicht in Ausübung der Option nach Artikel 18 Absatz 4 der Richtlinie eine besondere Preisgestaltung vorgeschrieben werden, die zugunsten von besonders schutzbedürftigen Verbrauchern differenzieren würde. Wie bereits ausgeführt wurde, wird generell davon ausgegangen, dass bereits mit der Begrenzung der geschuldeten Entgelte durch das Kriterium der Angemessenheit ein genügender Verbraucherschutz sichergestellt wird, so dass eine weitergehende Verpflichtung zur Vorhaltung einer variierten Preisgestaltung für die Führung von Basiskonten daher als unverhältnismäßige Belastung der kontoführenden Institute erscheinen würde.</p>
	<p>Die §§ 42 und 43 regeln die Kündigung des Basiskontovertrags durch das kontoführende Institut. § 42 bestimmt, in welchen Fällen das kontoführende Institut den Basiskontovertrag mit oder ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen darf; § 43 regelt die Kündigungserklärung durch das kontoführende Institut. Soweit die §§ 42 und 43 demnach keine abschließende Sonderregelung vorsehen, ist der Rückgriff auf die allgemeinen Regelungen zur Kündigung von Zahlungsdiensterahmenverträgen zulässig, dies gilt insbesondere für die Regelung zur zeitanteiligen Entgeltspflicht in § 675h Absatz 3 BGB sowie für die Verweisung auf § 314 Absatz 2 bis 4 BGB in § 43 Absatz 5.</p> <p>Zwar besteht nach § 31 ein Anspruch eines Verbrauchers als Berechtigter, sofern er die Voraussetzungen des § 31 Absatz 1 Satz 2 erfüllt, auf Abschluss des Basiskontovertrags, so dass das kontoführende Institut (außer in den durch die §§ 35 bis 37 geregelten Fällen) den Antrag auf Abschluss des Basiskontovertrags nicht ablehnen darf. Dennoch ist eine Kündigung des aufgrund eines entsprechenden Anspruchs eines Verbrauchers zustande gekommenen Basiskontovertrags durch das kontoführende Institut nicht ausgeschlossen. Hierfür bedarf es aber besonderer Bestimmungen, die von den Regelungen zur Kündigung nicht dem vorliegenden Unterabschnitt unterfallender Zahlungsdiensterahmenverträge mit einem Verbraucher abweichen. Insbesondere kann eine vom Vorliegen eines Kündigungsgrundes unabhängige ordentliche Kündigung des Basiskontovertrags durch das kontoführende Institut nicht in Betracht kommen, da dies offensichtlich dem Sinn und Zweck des An-</p>



	<p>spruchs des Verbrauchers auf Abschluss des Basiskontovertrags zuwiderlaufen würde. Auch die Fälle der außerordentlichen Kündigung sind im Lichte der mit diesem Gesetz verfolgten Zielsetzung, Verbrauchern einen allgemeinen Zugang zu einem Zahlungskonto zu geben, auf tatbestandsmäßig bestimmte Konstellationen zu begrenzen (siehe Artikel 19 Absatz 3 Satz 1 sowie Erwägungsgrund 47 der Zahlungskontenrichtlinie). Zu weitgehende Möglichkeiten der Kündigung einschließlich der auf eine Generalklausel gestützten Kündigung würden die verbraucherschützende Zielsetzung dieses Gesetzes zu sehr beeinträchtigen. In erster Linie kann eine Kündigung daher in solchen Fällen möglich sein, in denen auch eine Ablehnung des Abschlusses des Basiskontovertrags zulässig wäre. Wegen der besonderen Bedeutung des Zugangs zu einem Zahlungskonto für einen Verbraucher kann im Übrigen eine Kündigung nur in besonderen Fällen gerechtfertigt erscheinen, die darauf abzielen müssen, den Missbrauch des Rechts auf Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen durch den Verbraucher zu verhindern (siehe Artikel 19 Absatz 3 Satz 2 der Zahlungskontenrichtlinie).</p>
<p style="text-align: center;">§ 42 Kündigung durch das kontoführende Institut</p> <p>(1) Das kontoführende Institut kann den Basiskontovertrag nur unter den Voraussetzungen der nachfolgenden Absätze kündigen.</p> <p>(2) Sofern ein entsprechendes Kündigungsrecht vereinbart wurde, kann das kontoführende Institut den Basiskontovertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Monaten kündigen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">1. über das Basiskonto in mehr als 24 aufeinanderfolgenden Monaten kein vom Kontoinhaber in Auftrag gegebener Zahlungsvorgang ausgeführt wurde,	<p>§ 42 Absatz 1 bestimmt, dass in dieser Vorschrift abschließend die Fälle geregelt werden, in denen dem kontoführenden Institut die Möglichkeit gegeben wird, den Basiskontovertrag zu kündigen. Eine Erweiterung der Kündigungsmöglichkeiten des kontoführenden Instituts zulasten des Verbrauchers ist nicht zulässig (siehe § 4). Absatz 2 regelt die Fälle, in denen das kontoführende Institut den Basiskontovertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Monaten kündigen darf. Hierbei handelt es sich jeweils um eine ordentliche Kündigung; wie im Fall des § 675h Absatz 2 Satz 1 BGB setzt eine solche Kündigungsmöglichkeit eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Zahlungsdienstleister und dem Kontoinhaber voraus. Basiskontoverträge können nicht auf bestimmte Zeit geschlossen werden, da eine solche Befristung in der Zahlungskontenrichtlinie nicht als zulässige Beendigung vorgesehen ist. Daher ist anders als in § 675h BGB Absatz 2 Satz 1 BGB für die Regelung der ordentlichen Kündigung in der vorliegenden Bestimmung nicht zusätzlich noch eine Beschränkung auf solche Verträge zu normieren gewesen, die auf unbestimmte Zeit geschlossen wurden.</p> <p>Im Einzelnen regelt Absatz 2 die folgenden Fälle einer ordentlichen Kündigung: Nummer 1 betrifft die Kündigung des Basiskontovertrags, wenn über das Zahlungskonto in mehr als 24 aufeinanderfolgenden Monaten kein vom Kontoinhaber in Auftrag gegebener Zahlungsvorgang ausgeführt wurde. Nutzt ein Kontoinhaber offenbar das Basiskonto nicht, dann ist die durch die Pflicht zur Führung dieses Kontos begründete Belastung des kontoführenden Instituts nicht gerechtfertigt. Diese Regelung beruht auf Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe b der Zahlungskontenrichtlinie. Sie ist aber – abgesehen davon, dass sie wie alle Regelungen zu Kündigungsgründen im Absatz 2 eine entsprechende Vereinbarung eines Kündigungsrechts voraussetzt – enger als die Richtlinienvorgabe, weil es anders als nach dem Wortlaut der Richtlinie allein auf vom Kontoinhaber in Auftrag gegebene Zahlungsvorgänge ankommt. Nach der Richtlinie würde die Abwicklung jedweder Zahlungsvorgänge genügen. Dies hätte aber zur Folge, dass ein vom Kontoinhaber nicht</p>



<p>2. der Kontoinhaber die Voraussetzungen des § 31 Absatz 1 Satz 2 nicht mehr erfüllt,</p> <p>3. der Kontoinhaber ein weiteres Zahlungskonto, das von ihm nach Maßgabe des § 35 Absatz 1 Satz 1 und 2 genutzt werden kann, im Geltungsbereich dieses Gesetzes eröffnet hat oder</p>	<p>genutztes Zahlungskonto nicht gekündigt werden dürfte, nur weil das Institut es regelmäßig mit den anfallenden Kontoführungsgebühren belastet. Die Regelung weicht damit allerdings rechtlich zum Nachteil des Kontoinhabers von der vorgeannten Richtlinienvorgabe ab. Dies ist aber zulässig. Artikel 19 Absatz 3 der Richtlinie eröffnet die Möglichkeit der Festlegung eng begrenzter und konkreter weiterer Fälle der Kündigung des Basiskontovertrags durch das kontoführende Institut. Dem kontoführenden Institut kann daher ermöglicht werden, das nicht genutzte Konto zu kündigen und damit den weiteren Anfall von Kontoführungsgebühren zu verhindern. Praxisrelevant mag gerade in dergestaltigen Fällen – insbesondere im Hinblick auf die Zielgruppe des Basiskontos nach § 31 Absatz 1 Satz 2 – allerdings die Frage sein, wie das Institut für einen Zugang der Kündigung beim Verbraucher sorgen kann, wenn dieser sich für das Institut unerreichbar zeigen sollte, z. B. wenn er im oder in das Ausland verzogen ist. In diesem Fall wird davon auszugehen sein, dass aufgrund der regelmäßig durch AGB vorgesehenen Verpflichtung zur Mitteilung der aktuellen Adresse die Grundsätze der Zugangsvereitelung bei Willenserklärungen heranzuziehen sind, wenn der Verbraucher seine Erreichbarkeit für das Institut nicht sicherstellt.</p> <p>Nummer 2 bestimmt, dass das kontoführende Institut den Basiskontovertrag kündigen kann, wenn der Kontoinhaber die Voraussetzungen des § 31 Absatz 1 Satz 2 zum persönlichen Anwendungsbereich des Anspruchs auf Abschluss eines Basiskontovertrags nicht mehr erfüllt. Diese Kündigungsmöglichkeit setzt die Vorgabe aus Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe d der Zahlungskontenrichtlinie um. Die Voraussetzungen des § 31 Absatz 1 Satz 2 zum persönlichen Anwendungsbereich des Anspruchs auf Abschluss eines Basiskontovertrags sind insbesondere dann nicht mehr erfüllt, wenn der Verbraucher in der Union keinen rechtmäßigen Aufenthalt mehr hat und seiner Abschiebung auch keine rechtlichen oder tatsächlichen Gründe entgegenstehen. Weiterer denkbarer Fall ist, dass das Konto überwiegend für die gewerbliche oder selbständige berufliche Tätigkeiten des Kontoinhabers genutzt wird und damit die Verbrauchereigenschaft entfällt (§ 13 BGB). Zählt der Kontoinhaber demnach nicht länger zu den Personen, für die nach § 31 Absatz 1 ein Anspruch auf Abschluss eines Basiskontovertrags besteht, so besteht keine Rechtfertigung nach dem vorliegenden Gesetz, das kontoführende Institut zur weiteren Führung des Basiskontos für ihn zu verpflichten.</p> <p>Nummer 3 erlaubt eine Kündigung des Basiskontovertrags durch das kontoführende Institut, wenn der Kontoinhaber ein weiteres Zahlungskonto im Geltungsbereich dieses Gesetzes eröffnet hat, welches von ihm nach Maßgabe des § 35 Absatz 1 Satz 1 und 2 genutzt werden kann. Dies ist der Fall, wenn der Kontoinhaber mit diesem Konto die in § 38 Absatz 2 genannten Zahlungsdienste tatsächlich nutzen kann, d.h. insbesondere mit ihnen am Zahlungsverkehr teilnehmen kann. In diesem Fall ist der Kontoinhaber nicht auf die weitere Nutzung des zunächst eröffneten Basiskontos angewiesen, um weiter einen allgemeinen Zugang zu einem Zahlungskonto zu haben und Zahlungsdienste nutzen zu können. Daher besteht nicht länger eine hinreichende Rechtfertigung dafür, das kontoführende Institut an der Verpflichtung zur weiteren Führung des Basiskontos für den Kontoinhaber festzuhalten. Die Kündigungsmöglichkeit nach Nummer 3 setzt die Vorgabe aus Artikel 19</p>
--	--



4. der Kontoinhaber eine angekündigte Änderung des Basiskontovertrags nach § 675g des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgelehnt hat, die das kontoführende Institut allen Inhabern von bei ihm geführten entsprechenden Basiskonten wirksam angeboten hat.

Absatz 2 Buchstabe e der Richtlinie um.

Nummer 4 regelt die Möglichkeit des kontoführenden Instituts zur Kündigung des Basiskontovertrags, wenn der Kontoinhaber eine angekündigte Änderung des Basiskontovertrags nach § 675g BGB abgelehnt hat, die das kontoführende Institut allen Inhabern der bei ihm geführten entsprechenden Basiskonten wirksam angeboten hat. Diese Möglichkeit des kontoführenden Instituts zur Kündigung bei Ablehnung eines Änderungsangebots beruht nicht allein auf Artikel 19 Absatz 3 der Zahlungskontenrichtlinie, sondern stützt sich zugleich auch auf die Regelung in Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 2 dieser Richtlinie, wonach die verpflichteten Institute Zahlungsdienste in Bezug auf das Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen in dem Umfang anbieten müssen, indem sie sie bereits für solche Verbraucher anbieten, die Inhaber anderer Zahlungskonten als von Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen sind. Von besonderer Bedeutung ist, dass von dieser Bestimmung vorausgesetzt wird, dass die nach § 675g BGB angekündigte Änderung des Basiskontovertrags durch das kontoführende Institut allen Inhabern der bei ihm geführten entsprechenden Basiskonten „wirksam angeboten“ wurde. Wirksam angeboten wird eine AGB-Änderung nur dann, wenn insbesondere die neu angebotenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht unwirksam nach den §§ 305 ff. BGB wären und zudem auch die Erfordernisse der §§ 38 bis 40 beachtet wurden. Im Einzelnen sind in Bezug auf die Kündigungsmöglichkeit nach Nummer 4 zwei verschiedene Fallkonstellationen zu unterscheiden:

Zum einen sind Fälle erfasst, in denen das kontoführende Institut die Bedingungen in Bezug auf alle Zahlungskonten ändert, d.h. sowohl für Basiskontoverträge wie auch für sonstige Zahlungsdienstverträge über die Führung von Zahlungskonten. Da nach dem vorgenannten Grundsatz aus Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Zahlungskontenrichtlinie das kontoführende Institut das Basiskonto nur so führen muss wie die Zahlungskonten anderer Verbraucher, besteht keine Rechtfertigung dafür, dass die Inhaber von Basiskonten von dieser nach § 675g BGB angekündigten Änderung ausgenommen werden müssten. Stimmen sie der wirksam angebotenen Änderung nicht zu, sollte das kontoführende Institut auch nicht länger das Basiskonto zu den ursprünglichen Bedingungen führen müssen. Denn diese werden nunmehr auch für solche Verbraucher nicht mehr angeboten, die Inhaber anderer Zahlungskonten als von Basiskonten sind. Eine Schlechterstellung der Inhaber von Basiskonten ergibt sich hieraus nicht. Sie werden vielmehr entsprechend dem Grundsatz aus Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie den anderen Verbrauchern gleichbehandelt, die Inhaber anderer Zahlungskonten als von Basiskonten sind.

Zum anderen sind aber auch Fälle erfasst, in denen das kontoführende Institut die Kontoführungsbedingungen spezifisch nur für Inhaber von Basiskonten ändert. Dabei gilt zunächst, dass eine solche Änderung nur zulässig sein kann, wenn die neu angebotenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht unwirksam wären und wenn die Änderung insbesondere auch nicht zu einer unzulässigen Benachteiligung der Inhaber von Basiskonten im Vergleich zu Inhabern anderer Konten führt. Erstes ist in den §§ 305 ff. BGB geregelt, letzteres in den §§ 38 Absatz 4 sowie 40. Liegt ein Verstoß gegen § 38 Absatz 4 bzw. gegen § 40 vor oder wären die neu angebote-



<p>(3) Auch ohne Vereinbarung eines entsprechenden Kündigungsrechts kann das kontoführende Institut den Basiskontovertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Mo-</p>	<p>nen Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam nach den §§ 305 ff. BGB, so ist die entsprechende Änderung nicht im Sinne des § 42 Absatz 2 Nummer 4 als „wirksam angeboten“ anzusehen. Solange dagegen der Basiskontovertrag auch mit dessen neu angebotenen Bedingungen den Erfordernissen insbesondere der §§ 38 bis 40 entspricht, ist eine derartige Änderung der Bedingungen, wie sie kontoführende Institute auch gegenüber anderen Kunden anbieten könnten, keine Schlechterstellung der Inhaber von Basiskonten. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Änderung der Kontoführungsbedingungen eine für den Kontoinhaber insgesamt auswirkungsneutrale Änderung der Bedingungen speziell der Führung von Basiskonten beinhaltet. Wegen der vertraglichen Natur auch des Basiskontovertrags kann als Mechanismus für die Umsetzung einer solchen Änderung der Vertragsbedingungen nur das Änderungsangebot nach § 675g BGB in Verbindung mit der nach § 42 Absatz 2 Nummer 4 vorgesehenen Kündigungsmöglichkeit des kontoführenden Instituts für den Fall der Ablehnung dieses Angebots in Betracht kommen. Dabei ist zu beachten, dass – wie der Gesetzeswortlaut ausdrücklich vorschreibt – eine Kündigung nach § 42 Absatz 2 Nummer 4 nur bei entsprechender Vereinbarung möglich ist, d.h. der Inhaber des Basiskontos ist hinsichtlich dieser Kündigungsmöglichkeit des Instituts vorgewarnt.</p> <p>Kündigt das kontoführende Institut nach Nummer 4, so hat der Kontoinhaber gegenüber dem kontoführenden Institut unter den Voraussetzungen des § 31 einen Anspruch auf Abschluss eines neuen Basiskontovertrags. Für den Inhalt der Pflichten des kontoführenden Instituts aus diesem Basiskontovertrag, insbesondere für den Umfang der Zurverfügungstellung von Zahlungsdiensten im Sinne des § 38 Absatz 4 Satz 1, wäre dann darauf abzustellen, in welchem Umfang die Dienste in Bezug auf das Basiskonto im Moment des Abschlusses eines neuen Basiskontovertrags von dem betreffenden kontoführenden Institut für Verbraucher im Zusammenhang mit Verträgen über die Führung von Zahlungskonten allgemein angeboten werden. Dies führt in der Sache zu demselben Ergebnis, als wenn der Kontoinhaber der angebotenen AGB-Änderung zugestimmt hätte.</p> <p>Die Absätze 3 und 4 regeln die Fälle einer außerordentlichen Kündigung, die anders als die ordentliche Kündigung keine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Zahlungsdienstleister und dem Kontoinhaber voraussetzen. Die Möglichkeiten der außerordentlichen Kündigung durch das kontoführende Institut sind in den Absätzen 3 und 4 abschließend geregelt und können weder durch Vereinbarung der Parteien noch durch einen Rückgriff auf anderweitige gesetzliche Regelungen (insbesondere §§ 313 Absatz 3 Satz 1, 314 Absatz 1 BGB) erweitert werden. Die Regelungen der Absätze 3 und 4 unterscheiden sich maßgeblich darin, dass den entsprechenden Vorgaben der Richtlinie folgend in den Fällen des Absatzes 3 eine Kündigungsfrist von mindestens zwei Monaten einzuhalten ist und grundsätzlich in entsprechender Anwendung des § 314 Absatz 2 BGB auch die allgemeinen Voraussetzungen einer vorherigen Abmahnung bzw. der Bestimmung einer Frist zur Abhilfe zu beachten sind, während in den Fällen des Absatzes 4 keine solche Einschränkungen gelten.</p> <p>Im Einzelnen regelt Absatz 3 die folgenden Fälle einer außerordentlichen Kündigung unter Beachtung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Monaten:</p>
--	--



naten kündigen, wenn der Kontoinhaber

1. eine vorsätzliche Straftat zum Nachteil des kontoführenden Instituts oder dessen Mitarbeitern oder Kunden mit Bezug auf deren Stellung als Mitarbeiter oder Kunden des Instituts begangen oder durch sonstiges vorsätzliches strafbares Verhalten die Interessen des Instituts schwerwiegend verletzt hat und deshalb dem kontoführenden Institut unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann oder

2. mit der Entrichtung eines nicht unerheblichen Teils der dem kontoführenden Institut geschuldeten Entgelte oder Kosten über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten in Verzug ist und dieser Betrag 100 Euro übersteigt, und zu besorgen ist, dass aus der Führung des Basiskontos weitere Forderungen entstehen werden, deren Erfüllung nicht gesichert ist.

Nummer 1 betrifft den Fall der Kündigung durch das kontoführende Institut, wenn der Kontoinhaber eine vorsätzliche Straftat gegenüber dem kontoführenden Institut oder dessen Mitarbeitern oder Kunden mit Bezug auf deren Stellung als Mitarbeiter oder Kunden des Instituts begangen oder durch sonstiges vorsätzliches strafbares Verhalten die Interessen des Instituts schwerwiegend verletzt hat und deshalb dem kontoführenden Institut unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann. In diesem Fall ist zur Verhinderung des Missbrauchs des Rechts auf Zugang zu einem Basiskonto durch den Kontoinhaber dem kontoführenden Institut die Möglichkeit einer Kündigung des Basiskontovertrags ausnahmsweise eingeräumt (siehe Erwägungsgrund 47 der Richtlinie). Die Richtlinie selbst zählt in Artikel 19 Absatz 2 diesen Kündigungsgrund nicht ausdrücklich auf. Die Möglichkeit, in diesem Fall das kontoführende Institut zur Kündigung des Basiskontovertrags zu berechtigen, beruht aber auf Artikel 19 Absatz 3 der Richtlinie. Im Interesse einer weiteren nach der Richtlinie gebotenen tatbestandsmäßig engen Begrenzung und Konkretisierung dieser Kündigungsmöglichkeit sind dabei die in Absatz 3 Nummer 1 genannten Voraussetzungen einer Kündigung nach dieser Vorschrift eng auszulegen. Absatz 3 Nummer 1 legt sehr strenge Maßstäbe an die Möglichkeit der Kündigung an, die insbesondere auch deutlich enger sind als die allgemeine Regelung des § 314 Absatz 1 BGB, da nicht jeder wichtige Grund im Sinne jener Vorschrift genügen kann, sondern nur ein solcher, der in einer vorsätzlichen Straftat besteht. Da es sich bei dieser Kündigungsmöglichkeit um einen über die Regelungen des Artikels 19 Absatz 2 der Richtlinie hinausgehenden und auf die Wahrnehmung der Option nach Artikel 19 Absatz 3 gestützten Kündigungsgrund handelt, findet die Regelung in Artikel 19 Absatz 4 Satz 2 der Richtlinie zur sofortigen Wirksamkeit der Kündigung keine Anwendung und es bedarf stattdessen nach Artikel 19 Absatz 4 Satz 1 der Richtlinie einer mindestens zwei Monate vor Inkrafttreten der Kündigung erfolgenden Unterrichtung über die Gründe und die Rechtfertigung der Kündigung: Diese Richtlinienvorgaben werden durch das Erfordernis einer zweimonatigen Kündigungsfrist auch für diesen Fall einer außerordentlichen Kündigung umgesetzt, das Erfordernis der Angabe des Kündigungsgrundes ist in § 43 Absatz 2 geregelt.

Nummer 2 erlaubt eine Kündigung durch das kontoführende Institut ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist bei nicht unerheblichen Zahlungsrückständen des Kontoinhabers. Das kontoführende Institut darf den Basiskontovertrag nach dieser Vorschrift kündigen, wenn der Kontoinhaber mit der Entrichtung eines nicht unerheblichen Teils der dem kontoführenden Institut geschuldeten Entgelte oder Kosten über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten in Verzug ist und zu besorgen ist, dass aus der Führung des Basiskontos weitere Forderungen entstehen werden, deren Erfüllung nicht gesichert ist. Auch diese Kündigungsmöglichkeit beruht auf der Regelung in Artikel 19 Absatz 3 der Richtlinie: Das Basiskonto kann grundsätzlich entgeltlich vereinbart werden (siehe § 41 Absatz 1) und es besteht zudem auch ohne entsprechende Vereinbarung nach den allgemeinen Grundsätzen ein Anspruch des kontoführenden Instituts auf Kostenerstattung nach § 670 BGB. Es würde einen Missbrauch des Rechts auf Zugang zu einem Basiskonto durch den



<p>(4) Das kontoführende Institut kann den Basiskontovertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn der Kontoinhaber</p> <ol style="list-style-type: none">1. das Zahlungskonto vorsätzlich für Zwecke nutzt, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen, oder 2. unzutreffende Angaben gemacht hat, um den Basiskontovertrag abschließen zu können, und bei Vorlage der zutreffenden Angaben kein solcher Vertrag mit ihm abgeschlossen worden wäre.	<p>Kontoinhaber darstellen, wenn dieser es dauerhaft ohne Zahlung vereinbarter Entgelte oder geschuldeter Kosten nutzen würde. Die Kündigungsmöglichkeit hängt im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit der Kündigung dabei davon ab, dass es sich um nicht unerhebliche Zahlungsrückstände des Kontoinhabers handelt. Dies wird durch die Voraussetzung sichergestellt, dass es sich um einen Verzug von mehr als drei Monaten Dauer mit der Entrichtung eines nicht unerheblichen Teils der dem kontoführenden Institut geschuldeten Entgelte oder Kosten handeln muss. Letzteres Erfordernis sollte hier sowohl im relativen (bezogen auf die Gesamthöhe der geschuldeten Entgelte oder Kosten) als auch im absoluten Sinne verstanden werden, d.h. im Hinblick auf das gesetzgeberische Ziel der Sicherstellung des Zugangs zu einem Basiskonto dürfte bei einem Zahlungsrückstand in Höhe von weniger als einhundert Euro eine Kündigung regelmäßig noch nicht in Betracht kommen. Eine fortdauernde Verpflichtung zur Führung des Basiskontos bei Vorliegen solcher Zahlungsrückstände des Kontoinhabers kann dem kontoführenden Institut jedenfalls dann nicht zugemutet werden, wenn es befürchten muss, dass weitere Forderungen gegen den Kontoinhaber entstehen und offenbleiben. Wird also beispielsweise vereinbart, dass Zahlungsvorgänge nur gegen Entgeltvorauszahlung ausgeführt werden oder bestehen genügende Sicherheiten, würde insoweit auch ein im Übrigen die Schwelle des Absatzes 3 Nummer 2 überschreitender Zahlungsrückstand des Kontoinhabers das kontoführende Institut nicht zur Kündigung berechtigen. Wie bei Absatz 3 Nummer 1 erlaubt die Kündigungsmöglichkeit nach Absatz 3 Nummer 2 in Umsetzung der Vorgaben aus Artikel 19 Absatz 4 der Richtlinie nach § 42 Absatz 4 eine Kündigung nur unter Beachtung einer mindestens zweimonatigen Kündigungsfrist. Von besonderer Bedeutung ist gerade bei dieser Kündigungsmöglichkeit zudem, dass Absatz 5 Satz 2 auf das Erfordernis einer Abmahnung und einer Frist zur Abhilfe verweist, die dem Berechtigten eine Chance zur Rückführung seiner Zahlungsrückstände erlaubt.</p> <p>Absatz 4 regelt sodann die Fälle, in denen eine außerordentliche Kündigung ohne Beachtung einer Kündigungsfrist zulässig ist:</p> <p>Nummer 1 erlaubt die Kündigung des Basiskontovertrags durch das kontoführende Institut ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, wenn der Kontoinhaber das Zahlungskonto vorsätzlich für Zwecke nutzt, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen. Diese Regelung setzt die Vorgaben aus Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie um. In Betracht kommt insbesondere die Nutzung des Kontos für Zwecke der Geldwäsche oder des Finanzbetrugs. Die Richtlinie bestimmt in Artikel 19 Absatz 4 Satz 2 ausdrücklich, dass eine Kündigung durch das Institut aus diesem Grund sofort wirksam wird.</p> <p>Nummer 2 regelt die Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist durch das kontoführende Institut, wenn der Kontoinhaber unzutreffende Angaben gemacht hat, um den Basiskontovertrag abschließen zu können. Voraussetzung ist, dass bei Vorlage der zutreffenden Angaben kein solcher Vertrag mit ihm geschlossen worden wäre. Diese Regelung setzt die Vorgaben aus Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie um. Sind die Voraussetzungen für das Bestehen eines Anspruchs auf Abschluss eines Basiskontovertrags nicht gegeben gewesen, so ist der Kontoinhaber auch nicht hinsichtlich seiner weiteren Führung dieses aufgrund von unzutreffen-</p>
---	--



(5) ¹Für eine Kündigung nach Absatz 3 oder Absatz 4 gilt § 314 Absatz 3 und 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. ²Für eine Kündigung nach Absatz 3 ist auch § 314 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechend anzuwenden. ³In diesem Fall unterbleiben die Bestimmung einer Frist zur Abhilfe und eine Abmahnung auch dann, wenn hierdurch die öffentliche Sicherheit, insbesondere die gesetzliche Regelungen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung, gefährdet oder gegen ein Verbot der Informationsweitergabe verstoßen würde.

den Angaben erlangten Basiskontos zu schützen. Auch für diesen Kündigungsgrund bestimmt die Richtlinie in Artikel 19 Absatz 4 Satz 2, dass eine Kündigung durch das Institut sofort wirksam wird.

Absatz 5 regelt die Anwendbarkeit des § 314 Absatz 2 bis 4 BGB auf eine Kündigung nach Absatz 3 oder 4. Diese Regelung beruht darauf, dass es sich bei den Kündigungsmöglichkeiten des kontoführenden Instituts nach § 42 Absatz 3 und 4 um hier abschließend normierte Möglichkeiten einer außerordentlichen Kündigung handelt, für die nach allgemeinen Grundsätzen auch die allgemeinen Bestimmungen der § 314 Absatz 2 bis 4 BGB zur Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund gelten. Aufgrund der besonderen Vorgaben der Richtlinie kommen die § 314 Absatz 2 bis 4 BGB auf eine Kündigung nach Absatz 3 oder 4 aber nur unter Beachtung der besonderen Maßgaben des Absatzes 5 zur Anwendung.

Absatz 5 **Satz 1** betrifft die Regelungen des § 314 Absatz 3 und 4 BGB, d.h. die Beschränkung der Kündigungsmöglichkeit auf eine angemessene Frist nach Kenntniserlangung vom Kündigungsgrund durch den Berechtigten und den Grundsatz, dass die Berechtigung, Schadensersatz zu verlangen, durch die Kündigung nicht ausgeschlossen wird. Diese Regelungen finden auch auf eine Kündigung nach § 42 Absatz 3 oder 4 Anwendung, d.h. es kann das kontoführende Institut nur innerhalb einer angemessenen Frist kündigen, nachdem es vom Vorliegen eines der in Absatz 3 oder 4 geregelten Fälle Kenntnis erlangt hat, und die Berechtigung des kontoführenden Instituts, Schadensersatz zu verlangen, wird durch eine Kündigung nach dieser Vorschrift nicht ausgeschlossen.

In Absatz 5 **Satz 2 und 3** schließlich wird das Erfordernis einer Abmahnung oder einer Bestimmung einer Frist zur Abhilfe geregelt. Nach § 314 Absatz 2 BGB ist, wenn der zur Kündigung berechtigende Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Vertrag besteht, eine Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Diese Regelung findet nach Absatz 5 Satz 2 entsprechende Anwendung allein auf den Fall einer Kündigung nach Absatz 3. Für die Kündigungsmöglichkeiten nach Absatz 4 steht dagegen einem Erfordernis einer Abmahnung oder einer Bestimmung einer Frist zur Abhilfe die Regelung in Artikel 19 Absatz 4 der Richtlinie entgegen, wonach anstelle einer zwei Monate vor Inkrafttreten der Kündigung erfolgenden Unterrichtung über die Gründe und die Rechtfertigung der Kündigung letztere sofort wirksam sein soll. Für die entsprechende Anwendung des § 314 Absatz 2 BGB auf eine Kündigung nach Absatz 3 tritt an die Stelle der allgemein formulierten Möglichkeit zur Kündigung bei Vorliegen eines wichtigen Grundes nach § 314 Absatz 1 BGB die Regelung der einzelnen Fälle einer Kündigung durch das kontoführende Institut nach § 42 Absatz 3 Nummer 1 und 2. Soweit es sich bei der Kündigung nach § 42 Absatz 3 – wie regelmäßig in diesen Fällen – um eine Kündigung wegen der Verletzung einer Pflicht aus dem Vertrag handelt, ist die Kündigung daher in entsprechender Anwendung des § 314 Absatz 2 BGB grundsätzlich erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, wenn nicht die weiteren Regelungen in § 314 Absatz 2 Satz 2 und 3 BGB zur Entbehrlichkeit der Fristsetzung oder Abmahnung Anwendung finden. Letztere Ausnahmen werden nach § 42 Absatz 5 Satz 3 nochmals erweitert: Im Hinblick auf die Vorgaben in



	<p>Artikel 19 Absatz 4 Satz 1 a. E. der Richtlinie unterbleibt die Bestimmung einer Frist zur Abhilfe und eine Abmahnung auch dann, soweit hierdurch die öffentliche Sicherheit, insbesondere die gesetzlichen Regelungen der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung gefährdet oder gegen ein Verbot der Informationsweitergabe verstoßen würde. In diesem Fall hat nach der Richtlinie keine Angabe des Kündigungsgrundes zu erfolgen (ebenso auch § 43 Absatz 2 Satz 2), was der Möglichkeit einer Abmahnung und einer Abhilfefrist entgegensteht.</p> <p>Kündigt das kontoführende Institut, ohne dass die Voraussetzungen des § 42 beachtet wurden, so ist die Kündigung unwirksam. Der Kontoinhaber kann dann gegen das kontoführende Institut einen Anspruch auf eine weitere Führung des Basiskontos geltend machen sowie gegebenenfalls auch den Ersatz ihm aus der unberechtigten Kündigung entstandener Schäden beanspruchen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 43 Kündigungserklärung des kontoführenden Instituts</p> <p>(1) ¹Die Kündigung durch das kontoführende Institut ist in Textform zu erklären. ²Die Kündigung muss klar und verständlich sein. ³Sie muss, wenn der Verbraucher und das kontoführende Institut nichts anderes vereinbart haben, in deutscher Sprache abgefasst sein.</p> <p>(2) ¹In der Kündigung ist der Kündigungsgrund anzugeben. ²Die Angabe des Kündigungsgrundes unterbleibt, soweit hierdurch die öffentliche Sicherheit, insbesondere die gesetzlichen Regelungen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung, gefährdet oder gegen ein Verbot der Informationsweitergabe verstoßen würde.</p>	<p>§ 43 regelt die Kündigungserklärung durch das kontoführende Institut für den Fall einer Kündigung des Basiskontovertrags nach § 42.</p> <p>Absatz 1 Satz 1 bestimmt, dass die Kündigung durch das kontoführende Institut in Textform zu erklären ist. Diese Regelung dient der Rechtssicherheit und Klarheit und setzt zugleich das Formerfordernis aus Artikel 19 Absatz 4 der Zahlungskontenrichtlinie hinsichtlich der Schriftlichkeit der Unterrichtung über die Gründe und die Rechtfertigung der Kündigung um, da nach § 43 Absatz 2 Satz 1 die Unterrichtung durch das kontoführende Institut mit der Kündigung zu erfolgen hat.</p> <p>Nach Absatz 1 Satz 2 muss darüber hinaus die Kündigung klar und verständlich sein; zudem muss sie nach Absatz 1 Satz 3, wenn Verbraucher und Zahlungsdienstleister nichts anderes vereinbart haben, in deutscher Sprache abgefasst sein. § 675h Absatz 2 Satz 3 BGB i. V. m. Artikel 248 § 2 EGBGB enthält ein entsprechendes Erfordernis; diese Regelung wird ebenfalls im Interesse der Rechtssicherheit und Klarheit durch die vorliegende Bestimmung auf beide Arten der Kündigung nach § 42 erstreckt, d.h. sowohl auf die ordentliche Kündigung nach § 42 Absatz 2 als auch auf die außerordentliche Kündigung nach § 42 Absatz 3 und 4.</p> <p>Nach Absatz 2 Satz 1 ist in der Kündigung der Kündigungsgrund anzugeben. Diese Vorschrift setzt Artikel 19 Absatz 4 Satz 1 der Richtlinie um, wobei im Interesse einer verbraucherfreundlicheren Ausgestaltung der Kündigung durch das kontoführende Institut nach Absatz 2 Satz 1 bestimmt wurde, dass die Unterrichtung über die Gründe zusammen mit der Kündigung erfolgen muss. In Absatz 2 Satz 2 wird bestimmt, dass die Angabe des Kündigungsgrundes unterbleibt, soweit hierdurch die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Verbote der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung gefährdet oder gegen ein Verbot der Informationsweitergabe verstoßen würde. Diese Ausnahme betrifft insbesondere solche Fälle, in denen die Kündigung erforderlich ist, um einen weiteren deliktischen Missbrauch des Zahlungskontos zu verhindern, gleichwohl aber der Kündigungsgrund nicht anzugeben ist, um beispielsweise noch andauernde Ermittlungen nicht zu gefährden. Ein gesetzlich geregelter Fall eines solchen Verbots der Informationsweitergabe ist § 12 Absatz 1 des Geldwäschege-</p>



<p>(3) ¹In der Kündigung ist der Kontoinhaber darüber zu informieren, dass er berechtigt ist, sich an die zuständige Behörde gemäß § 46 Absatz 1 und an die nach § 14 Absatz 1 des Unterlassungsklagengesetzes zuständige Verbraucherschlichtungsstelle zu wenden. ²Dabei sind dem Kontoinhaber die einschlägigen Kontaktdaten mitzuteilen.</p> <p>(4) Sieht das kontoführende Institut ein Verfahren zum Einlegen einer Beschwerde gegen die Kündigung vor, gilt Absatz 3 entsprechend.</p> <p>(5) Gibt das kontoführende Institut den Kündigungsgrund wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder wegen eines Verbots der Informationsweitergabe nicht an, so hat das Institut die gemäß § 46 Absatz 1 zuständige Behörde über die Kündigung und den Kündigungsgrund zu informieren.</p>	<p>setzes. Zu der in diesen Fällen erforderlichen Information der zuständigen Behörde siehe die Begründung zu Absatz 5.</p> <p>Nach Absatz 3 Satz 1 ist zudem der Kontoinhaber in der Kündigung darüber zu informieren, dass er berechtigt ist, sich an die einschlägige zuständige Behörde zu wenden, d.h. an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, sowie an die nach § 14 Absatz 1 Unterlassungsklagengesetz zuständige Verbraucherschlichtungsstelle. Dabei sind dem Kontoinhaber die einschlägigen Kontaktdaten mitzuteilen (Satz 2). Diese Regelungen setzen Artikel 19 Absatz 5 der Richtlinie um.</p> <p>Nach Absatz 4 finden die Informationspflichten nach Absatz 3 entsprechende Anwendung für den Fall, dass vom kontoführenden Institut ein Verfahren zum Einlegen einer Beschwerde gegen die Kündigung vorgesehen ist. Auch diese Vorschrift beruht auf Artikel 19 Absatz 5 der Richtlinie. Die Vorschrift findet keine Anwendung, wenn das betreffende Institut kein eigenes Beschwerdeverfahren vorhält.</p> <p>Nach Absatz 5 hat das kontoführende Institut die gemäß § 46 Absatz 1 zuständige Behörde über die Kündigung und den Kündigungsgrund zu informieren, wenn es den Kündigungsgrund nicht angibt, weil hierdurch die öffentliche Sicherheit gefährdet oder gegen ein Verbot der Informationsweitergabe verstoßen würde, wie dies in Absatz 2 Satz 2 geregelt wurde. Hierbei handelt es sich um eine Verpflichtung aufsichtsrechtlicher Natur, die aufgrund des Sachzusammenhangs zur Regelung in Absatz 2 Satz 2 ebenfalls in § 43 geregelt wurde.</p> <p>Keine gesonderte Umsetzung ist erforderlich für die Vorgabe aus Artikel 19 Absatz 4 Satz 1 der Zahlungskontenrichtlinie, dass die Unterrichtung über die Gründe der Kündigung unentgeltlich erfolgen muss: Dass die Angabe des Kündigungsgrundes unentgeltlich erfolgen muss, ergibt sich nach der Systematik des § 43 Absatz 2 Satz 1 bereits daraus, dass es sich um einen Bestandteil der Kündigungserklärung des kontoführenden Instituts handelt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 44</p> <p style="text-align: center;">Ordentliche Kündigung durch den Kontoinhaber</p> <p>¹Für die ordentliche Kündigung des Basiskontovertrags durch den Kontoinhaber gilt § 675h Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. ²Das kontoführende Institut ist verpflichtet, das Konto nach Wirksamwerden der Kündigung zu schließen.</p>	<p>§ 44 betrifft die ordentliche Kündigung des Basiskontovertrags durch den Kontoinhaber. Die Regelung in Satz 1 hat allein klarstellenden Charakter: Da dieses Gesetz keine Besonderheiten für die ordentliche Kündigung des Basiskontovertrags durch den Kontoinhaber bestimmt, findet die allgemeine Regelung zur Kündigung eines Zahlungsdiensterahmenvertrags in § 675h Absatz 1 BGB Anwendung. Der Kontoinhaber kann also den Basiskontovertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Eine Kündigungsfrist von mehr als einem Monat kann nicht wirksam vereinbart werden. Ebenfalls nur der Klarstellung dient, dass nach Satz 2 das kontoführende Institut verpflichtet ist, das Konto nach Wirksamwerden der Kündigung zu schließen.</p> <p>Da dem Kontoinhaber nach § 675h Absatz 1 BGB eine sehr weitgehende Möglichkeit der ordentlichen Kündigung zur Verfügung steht, wird es auf eine Möglichkeit der außerordentlichen Kündigung im Regelfall nicht ankommen. Daher bedurfte es insoweit auch keiner weiteren klarstellenden Regelung im Gesetz; im Übrigen gilt aber auch diesbezüglich, dass aus den bereits dargelegten allgemeinen systematischen Erwägungen ein Rückgriff auf die allgemeinen Regelungen zulässig ist, d.h.</p>



<p style="text-align: center;">§ 45</p> <p style="text-align: center;">Unterstützungsleistungen zu Basiskonten</p> <p>Institute, die Zahlungskonten auf dem Markt für Verbraucher anbieten, haben Verbrauchern jederzeit unentgeltlich Unterstützung in Bezug auf die spezifischen Merkmale, Entgelte und Kosten sowie auf die Nutzungsbedingungen der angebotenen Basiskonten zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>insbesondere auf die §§ 313 Absatz 3, 314 und 626 BGB.</p> <p>§ 45 bestimmt, dass Institute, die Zahlungskonten auf dem Markt für Verbraucher anbieten, Verbrauchern unentgeltlich Unterstützung in Bezug auf die spezifischen Merkmale, Entgelte und Nutzungsbedingungen der angebotenen Basiskonten zur Verfügung zu stellen haben. Diese Regelung setzt Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 der Zahlungskontenrichtlinie um. Ziel der Regelung ist es, dem durch diesen Abschnitt begründeten Anspruch der Verbraucher auf Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen größere Wirkung und Effektivität zu verleihen, insbesondere im Hinblick auf kontolose, schutzbedürftige und mobile Verbraucher (siehe Erwägungsgrund 48).</p> <p>Systematisch handelt es sich bei der Verpflichtung aus § 45 um eine vom Vorliegen eines Basiskontovertrags oder auch sonstiger vertraglicher oder vorvertraglicher Rechtsbeziehungen unabhängige allgemeine Verpflichtung, die für Institute, die Zahlungskonten auf dem Markt anbieten (d.h. Verpflichtete im Sinne des § 31 Absatz 1), neben die weiteren Informationsverpflichtungen zu Basiskonten aus § 14 Absatz 1 Nummer 2 und 3 tritt. Beispiele für nach dieser Vorschrift geschuldete Unterstützungsleistungen können etwa sein die mündliche Erläuterung des Angebots von Basiskonten sowie eine Unterstützung beim Ausfüllen der Formulare, in geeigneten Fällen gegebenenfalls auch zumindest allgemeine Hinweise in häufig nachgefragten Fremdsprachen, wobei allerdings ein generelles Vorhalten der gesamten einschlägigen Informationen nach diesem Gesetz in anderen Sprachen als in Deutsch nicht geschuldet ist und die Institute grundsätzlich auch nicht das Risiko zu tragen haben, dass ein des Deutschen nicht mächtiger Verbraucher diese Informationen nicht verstehen kann. Der Verbraucher ist gegebenenfalls auch auf die Inanspruchnahme von Diensten einer Schuldnerberatungsstelle zu verweisen.</p>
<p style="text-align: center;">Abschnitt 6</p> <p style="text-align: center;">Organisationspflichten der Zahlungsdienstleister; zuständige Behörde; Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz</p>	
<p style="text-align: center;">§ 46</p> <p style="text-align: center;">Organisationspflichten der Zahlungsdienstleister; zuständige Behörde; Aufsicht</p> <p>(1) Ein Zahlungsdienstleister muss über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation, über interne Verfahren und über Kontrollsysteme verfügen, die die Erfüllung der Pflichten dieses Gesetzes gewährleisten.</p>	<p><u>Zu Absatz 1:</u></p> <p>Absatz 1 dieser Vorschrift legt die besonderen organisatorischen Pflichten der Zahlungsdienstleister fest. Sie umfassen angemessene Maßnahmen der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation, der Unternehmenssteuerung, Kontrollmechanismen und Verfahren, die gewährleisten, dass der Zahlungsdienstleister seine aus diesem Gesetz resultierenden Verpflichtungen erfüllt. Die Norm verlangt die Schaffung, das Vorhalten und die Aktualisierung von internen Verfahren und Kontrollmechanismen mit aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen zur Erfüllung der dort geregelten Pflichten. Absatz 1 ist für die in diesem Gesetz geregelten Pflichten <i>lex specialis</i> gegenüber der generellen Pflicht zur ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation, wie sie in § 25a KWG geregelt ist. Verantwortlich für die Einhaltung dieser zusätzlichen Pflichten ist ebenfalls die Geschäftsleitung. Die Geschäftsleitung muss die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit die in Absatz 1 geregelten Anforderungen eingehalten werden. Ein Beispiel einer Organisationspflicht nach</p>



<p>(2) ¹Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bundesanstalt) überwacht die Einhaltung der Pflichten der Zahlungsdienstleister nach diesem Gesetz. ²Sie ist Kontaktstelle im Sinne des Artikels 22 Absatz 1 Unterabsatz 3 Satz 1 der Richtlinie 2014/92/EU.</p> <p>(3) ¹Die Bundesanstalt kann gegenüber einem Zahlungsdienstleister oder seinen Geschäftsleitern Anordnungen treffen, die geeignet und erforderlich sind, um Verstöße gegen Pflichten des Zahlungsdienstleisters nach diesem Gesetz zu verhindern oder zu unterbinden. ²Widerspruch und Anfechtungsklage gegen diese Anordnungen haben keine aufschiebende Wirkung. ³Für die Durchsetzung der Anordnungen mit Zwangsmitteln ist § 17 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes anzuwenden.</p> <p>(4) ¹Die Bundesanstalt kann unanfechtbar gewordene Anordnungen, die sie wegen Verstößen gegen dieses Gesetz getroffen hat, auf ihren Internetseiten nach Maßgabe des § 60b des Kreditwesengesetzes öffentlich bekannt machen. ²Die Bekanntmachung soll mindestens für fünf Jahre ab Bestandskraft der Maßnahme oder ab Unanfechtbarkeit der Bußgeldentscheidung auf den Internetseiten der Bundesanstalt veröffentlicht bleiben. ³Sie ist zu löschen, sobald sie nicht mehr zu Warn- und Informationszwecken erforderlich ist.</p>	<p>Absatz 1 ist die Dokumentation einer Mitteilung des Verbrauchers nach § 33 Absatz 2 Satz 1. Gleiches gilt für Mitteilungen nach § 27 Absatz 1. An beide Mitteilungen sind Rechtsfolgen (§ 33 Absatz 2 Satz 1 bzw. § 27 Absatz 2) geknüpft, deren Einhaltung durch die Rechtsverpflichteten ohne eine entsprechende Pflicht zur Dokumentation nicht nachprüfbar wären.</p> <p><u>Zu Absatz 2:</u> Absatz 2 enthält eine spezielle aufsichtsrechtliche Aufgabenzuweisung für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Zusammenhang mit dem Zahlungskontengesetz. Diese Aufgabenzuweisung erfasst die Überwachung der Einhaltung aller Pflichten dieses Gesetzes, soweit sie Zahlungsdienstleister betreffen. Dies gilt auch für diejenigen Normen mit zivilrechtlicher bzw. verbraucherschutzrechtlicher Schutzrichtung in den Abschnitten 2 bis 4, die keinen ausschließlichen aufsichtsrechtlichen Bezug aufweisen. § 46 ergänzt insoweit die Generalklausel für die Bankenaufsicht in Deutschland in § 6 Absatz 1 KWG. § 46 dient der Umsetzung des Artikels 21 der Zahlungskontenrichtlinie, wonach die Mitgliedstaaten Behörden festzulegen haben, welche die Einhaltung dieser Richtlinie sicher stellen bzw. festlegen, welche Sanktionen bei Verstößen gegen diese Richtlinie zu verhängen sind. Ebenfalls wird durch diese Norm Artikel 22 dieser Richtlinie umgesetzt. Diese Norm verpflichtet die zuständigen Behörden in den einzelnen Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit, wann immer dies zur Wahrnehmung der in der Zahlungskontenrichtlinie festgelegten Aufgaben erforderlich ist. Hierfür haben die Mitgliedstaaten nach Artikel 22 Absatz 1 Unterabsatz 3 Satz 1 der Richtlinie eine zuständige Behörde als Kontaktstelle zu benennen. Dies ist nach § 46 Absatz 2 Satz 2 die BaFin.</p> <p><u>Zu Absatz 3:</u> Absatz 3 stellt die Überwachung und Sanktionierung von Verstößen gegen dieses Gesetz durch die BaFin sicher. Dieser Absatz ist die „aufsichtsrechtliche Schnittstelle“ für die Regelungen in diesem Gesetz. Die Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen gehört zur laufenden Aufsicht der BaFin. Die Löschungspflicht trägt § 20 Absatz 2 BDSG Rechnung.</p> <p><u>Zu Absatz 4:</u> Absatz 4 dient der Umsetzung von Artikel 26 Absatz 2 der Zahlungskontenrichtlinie. Aufgrund der Richtlinie 2013/36/EU (Capital Requirements Directive, "CRD IV-Richtlinie") hat der Gesetzgeber mit Wirkung zum 1. 1. 2014 u. a. die Vorschrift des § 60b KWG eingeführt. Hiernach soll die BaFin Maßnahmen, die sie aufgrund eines Verstoßes gegen das KWG oder zugehöriger Verordnungen gegen ein Unternehmen oder einen Geschäftsleiter erlassen hat, nach Bestandskraft auf ihrer Internetseite bekanntmachen. Absatz 4 stellt in Umsetzung von Artikel 26 Absatz 2 der Richtlinie klar, dass die in § 60b KWG enthaltene aufsichtsrechtliche Sanktionsmaßnahme auch für die Sicherstellung der Einhaltung der Pflichten dieses Gesetzes durch die Zahlungsdienstleister Anwendung finden kann. Von einer Bekanntmachung der Maßnahme nach</p>
--	--



<p>(5) Die Bundesanstalt stellt die Erfüllung der Anforderungen des Artikels 3 Absatz 6 der Richtlinie 2014/92/EU sicher.</p> <p>(6) § 4 Absatz 1a und 4 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes bleibt unberührt.</p>	<p>Maßgabe des § 60b KWG kann nach der Zahlungskontenrichtlinie abgesehen werden, wenn eine solche Bekanntgabe die Stabilität der Finanzmärkte ernstlich gefährdet und den Beteiligten einen unverhältnismäßig hohen Schaden zufügt. Zum Schutz höherwertiger Rechtsgüter und Interessen kann die Veröffentlichung im Einzelfall auch anonymisiert erfolgen. Die Festlegung der Dauer der Bekanntmachung erfolgt im Gleichklang mit § 60b KWG. Absatz 4 sieht ebenfalls eine Löschungspflicht vor, sobald diese nicht mehr zu Warn- und Informationszwecken erforderlich ist. Die Löschung kann im Einzelfall auch vorzeitig erfolgen.</p> <p><u>Zu Absatz 5:</u> Gemäß Artikel 3 der Zahlungskontenrichtlinie sollen die Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) und der Europäischen Kommission eine standardisierte Terminologie für entgeltpflichtige, im Zusammenhang mit einem Zahlungskonto stehende Dienste entwickeln. Umfasst sein sollen die zwanzig repräsentativsten Dienste; hierbei sind Nutzungshäufigkeit, Kosten pro Einheit und Gesamtkosten in die Entgeltinformationen einzubeziehen. Die auf diese Weise ausgearbeiteten Begriffe müssen nach Artikel 4 Absatz 1 der Zahlungskontenrichtlinie von den Zahlungsdienstleistern in ihren Entgeltinformationen verwendet werden. Nach einer Aktualisierung der standardisierten Unionsterminologie in einer Liste hat die BaFin diese zu veröffentlichen und sicherzustellen, dass die Zahlungsdienstleister die aktualisierten Begriffe und Begriffsbestimmungen verwenden. Diese spezielle Kompetenz wird in Absatz 5 geregelt.</p> <p><u>Zu Absatz 6:</u> Die Aufsicht durch die Bundesanstalt erfolgt auch nach diesem Gesetz grundsätzlich nicht im Interesse einzelner Kunden eines Zahlungsdienstleisters oder Instituts. § 4 Absatz 4 FinDAG regelt, dass die Bundesanstalt ihre Aufgaben und Befugnisse nur im öffentlichen Interesse – und damit nicht im Interesse einzelner Verbraucher oder Berechtigter im Sinne des § 1 Absatz 1 – wahrnimmt. Die zentrale Implikation der Vorschrift ist, dass die Bundesanstalt nicht für die Sicherung individueller Ansprüche einzelner Verbraucher oder Berechtigter verantwortlich ist. Amtspflichten gegenüber den durch die Aufsichtstätigkeit der Bundesanstalt nur mittelbar geschützten Personen oder Personenkreisen sollen durch dieses Gesetz ebenso wenig wie etwa durch das KWG begründet werden. Die Eingriffsbefugnisse dienen mithin dem kollektiven Verbraucherschutz, nicht jedoch dem unmittelbaren Schutz der einzelnen Verbraucher. Die BaFin nimmt ihre Aufgaben und Befugnisse aufgrund dieser Norm nur im öffentlichen Interesse wahr. In dem in § 4 Absatz 4 FinDAG geregelten Grundsatz verdeutlicht sich der ordnungspolitische Gedanke, dass nicht der unmittelbare Kundenschutz, sondern die Behebung von Funktionsmängeln des Finanzmarkts (hier: Verweigerung des Zugangs zu Basiskonten für bestimmte Bevölkerungsgruppen) und von Fehlanreizen dieses Markts eine staatliche Aufgabe ist. Hierzu steht nicht im Widerspruch, dass einzelne Vorschriften dieses Gesetzes als Schutzgesetz gelten können, deren Verletzung durch Finanzdienstleister gegebenenfalls zivilrechtlich eine Anspruchsgrundlage des Geschädigten begründen können.</p>
---	--



	<p>Eine Ausnahme zu diesem Grundsatz des nur im kollektiven Interesse erfolgenden Tätig-werdens der Bundesanstalt regeln die §§ 48 und 49: Das Verwaltungsverfahren vor der Bundesanstalt erfolgt auch oder sogar in erster Linie mit dem Ziel des Individualrechtsschutzes für Verbraucher, weil damit den in der Regel rechtsunkundigen Berechtigten eine niederschwellige – da nicht sofort mit einem Klageverfahren verbundene – und effektive Möglichkeit zur schnellen Durchsetzung ihrer Individualrechte geschaffen wird.</p>
<p style="text-align: center;">§ 47 Öffentliche Informationen der Bundesanstalt</p> <p>(1) Die Bundesanstalt veröffentlicht die Liste der repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste nach Artikel 3 Absatz 5 der Richtlinie 2014/92/EU.</p> <p>(2) ¹Die Bundesanstalt veröffentlicht und aktualisiert die nach § 9 Absatz 4, § 13 Absatz 4 und § 14 Absatz 5 vorgegebenen Muster auf ihren Internetseiten. ²Nicht mehr aktuelle Fassungen sind zu archivieren und zum Abruf bereitzuhalten.</p>	<p><u>Zu Absatz 1:</u> Absatz 1 dient der Umsetzung des Artikels 3 Absatz 5 der Zahlungskontenrichtlinie, der die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Veröffentlichung der endgültigen nationalen Liste der „repräsentativsten Zahlungskontendienste“ verpflichtet, siehe § 2 Absatz 6.</p> <p><u>Zu Absatz 2:</u> Mit Absatz 2 soll für Verpflichtete und Berechtigte Hilfestellung geleistet werden, die Regelungen dieses Gesetzes reibungslos umzusetzen. Hierbei sollen die Betroffenen mit den gesetzlich vorgegebenen Mustern effektiv unterstützt werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 48 Verwaltungsverfahren</p> <p>(1) ¹Der Berechtigte kann gegenüber der Bundesanstalt die Durchführung eines Verwaltungsverfahrens nach dieser Vorschrift gegen den Verpflichteten beantragen, wenn dieser</p> <ol style="list-style-type: none">1. den Antrag des Berechtigten auf Abschluss eines Basiskontovertrags ablehnt,2. über den Antrag nach Nummer 1 nicht innerhalb von zehn Geschäftstagen nach dessen Eingang entscheidet oder3. ein Basiskonto nicht innerhalb von zehn Geschäftstagen nach Abschluss eines Basiskontovertrags eröffnet. <p>²Die Frist nach Satz 1 Nummer 3 verringert sich um den Zeitraum, der zwischen dem Eingang des Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags beim Verpflichteten und dem Zugang des Angebots des Abschlusses des Basiskontovertrags durch den Verpflichteten beim Berechtigten verstrichen ist. ³Die Frist nach Satz 1 Nummer 3 verlängert sich um den Zeitraum, der zwischen dem Zugang des Angebots auf Abschluss des Basiskontovertrags beim Berechtigten und dem Zugang der Annahme dieses Angebots durch den Berechtigten beim Verpflichteten liegt.</p>	<p>Das in § 48 Absatz 1 geregelte Antragsverfahren hat, ebenso wie die Anordnungsbefugnis der Bundesanstalt nach § 49, keine rechtlichen Vorläufer. Beide Regelungen sollen dazu dienen, dem Berechtigten im Streitfall schnell und unbürokratisch zu einem Basiskonto durch Beantragung eines Verwaltungsverfahrens bei der Bundesanstalt zu verhelfen. Durch die faktische Bündelung der Verfahren wegen von Kreditinstituten in Deutschland ausgesprochenen Ablehnungen des Abschlusses eines Basiskontovertrags und Nichteröffnungen eines Basiskontos über das Antragsverfahren bei der Bundesanstalt wird auch eine effektive aufsichtsrechtliche Erfolgskontrolle bezüglich des subjektiven Rechts auf ein Basiskonto institutsübergreifend möglich.</p> <p>Das Basiskonto und die Erbringung von Basisdienstleistungen über dieses Konto gehören heute zu den notwendigen Finanzdienstleistungen, damit alle Verbraucher am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilnehmen können. Dieser Hintergrund verdeutlicht, dass die Schaffung von Zugangsregelungen, wozu auch das Verwaltungsverfahren nach § 48 und die Anordnung des Abschlusses eines Basiskontovertrags bzw. die Eröffnung eines Basiskontos zugunsten des Berechtigten gehört, neben dem Individualrechtsschutz auch dem kollektiven Verbraucherschutz dient und damit auch eine hoheitliche Aufgabe ist. Diese Zugangsregelungen haben einen Zwittercharakter, die gleichzeitig der Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche des Berechtigten dienen. Wäre die Verpflichtung des Kreditinstituts zur Einrichtung eines Basiskontos und zum Abschluss eines Basiskontovertrags nur durch die Mittel des Verwaltungszwangs oder durch Bußgelder flankiert, wäre der Berechtigte vom Tätigwerden der Bundesanstalt abhängig, die ihm im Übrigen nicht unmittelbar zu seinem Recht verhelfen könnte.</p> <p>Aufgrund der Erfahrungen mit der praktischen Handhabung der Empfehlung der</p>



<p>(2) Die Beantragung eines Verwaltungsverfahrens nach Absatz 1 ist unzulässig, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">1. der Berechtigte wegen der in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Gründe bereits eine Klage gegen den Verpflichteten vor den ordentlichen Gerichten erhoben hat und diese Klage noch anhängig ist oder rechtskräftig über sie entschieden wurde oder2. wegen der in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Gründe ein Verfahren vor der nach § 14 Absatz 1 des Unterlassungsklagengesetzes zuständigen Verbraucherschlichtungsstelle anhängig ist.	<p>Deutschen Kreditwirtschaft zum Girokonto für Jedermann (1995) und zum Teil auch der Selbstverpflichtung der öffentlichen Sparkassen zu einem „Bürgerkonto“ wird sich allein mit der Schaffung dieses Gesetzes und des dafür nach § 46 etablierten Aufsichtsmechanismus nicht sofort eine Kultur der reibungslosen Implementierung des Zahlungskontos für alle in Deutschland entwickeln. Dafür sind die Interessengegensätze zwischen Berechtigten und Verpflichteten dieses Gesetzes zu groß und die Margen im Zahlungsverkehr heutzutage zu gering, als dass Inhaber von Basiskonten als Neukunden ebenso aktiv beworben würden wie die Inhaber eines Girokontos. Deshalb bedarf es zusätzlich der Anordnungsbefugnis nach § 49 Absatz 1, falls der Verpflichtete das Vorliegen der Voraussetzungen einer Ablehnung des Antrags nach den §§ 34 bis 37 oder auf das Nichtvorliegen nach § 32 Absatz 1 zulässiger Voraussetzungen vom Verpflichteten nicht glaubhaft machen kann. Ein verwaltungsrechtliches Verfahren bei der Bundesanstalt überwindet eines der seit Jahren in Deutschland ungelösten Probleme bei der „Eröffnung von Konten für jedermann“. Die wirtschaftliche Lage der betroffenen Verbraucher, die ein Konto beantragen, ist regelmäßig angespannt. Sie können sich in der Regel nicht den notwendigen Rechtsrat erkaufen, um ihre Rechte vor einem ordentlichen Gericht durchzusetzen. Dabei wird davon ausgegangen, dass dem Verbraucher durch die BaFin nicht nur einfach, sondern auch zügig Rechtsschutz verschafft werden kann. Zwar sehen die §§ 48 und 49 nicht ausdrücklich eine Frist für die Entscheidung der BaFin vor, § 50 Absatz 1 lässt aber Klage bei Untätigkeit zu, wenn die BaFin den Antrag ohne zureichenden Grund nicht binnen eines Monats entschieden hat. Der Berechtigte, dem das Basiskonto verweigert worden ist, hat zwar ein Wahlrecht, ob er gegen die Ablehnung vor den Zivilgerichten, im Wege eines Verfahrens vor der nach § 14 Absatz 1 des Unterlassungsklagengesetzes zuständigen Verbraucherschlichtungsstelle oder aber durch ein bei der BaFin beantragtes Verwaltungsverfahren vorgehen will. Sobald sich der Berechtigte für eine dieser Vorgehensweisen entschieden hat, führt dies aber teils zum Ausschluss oder zumindest zu Beschränkungen einer weiteren Wahlmöglichkeit. Ein Verwaltungsverfahren kann nach § 48 Absatz 2 Nummer 1 nicht mehr beantragt werden, wenn der Berechtigte wegen der Ablehnung des Abschlusses eines Basiskontovertrags, der Nichtentscheidung über diesen Antrag oder der Nichteröffnung des Basiskontos bereits eine Klage gegen den Verpflichteten vor den Zivilgerichten erhoben hat und diese Klage noch anhängig ist oder bereits rechtskräftig über sie entschieden wurde. Das einmal anhängig gewordene Verfahren vor den Zivilgerichten beansprucht somit für die Dauer seiner Anhängigkeit bzw. auch im Fall einer rechtskräftigen Entscheidung den Vorrang. Ein Verwaltungsverfahren kann nach § 48 Absatz 2 Nummer 2 aber auch während der Anhängigkeit eines Verfahrens vor der nach § 14 Absatz 1 des Unterlassungsklagengesetzes zuständigen Verbraucherschlichtungsstelle wegen dieser Gründe nicht beantragt werden: Der allgemeine Grundsatz nach dem Regierungsentwurf zum Verbraucherstreitbeilegungsgesetz, dass dort die Anhängigkeit eines Verfahrens der außergerichtlichen Streitbeilegung nicht zugleich eine Einschränkung des Zugangs des Verbrauchers zum Gericht beinhaltet, gilt nicht auch im Verhältnis zu der erst durch die Regelung des § 48 besonders geschaffenen zusätzlichen Rechtsschutzmöglichkeit durch das Verwaltungsverfahren vor der</p>
--	---



<p>(3) ¹Die Bundesanstalt bestätigt dem Berechtigten schriftlich den Eingang des Antrags auf Durchführung des Verwaltungsverfahrens. ²Den Abschluss des Verwaltungsverfahrens bestätigt sie gleichermaßen.</p>	<p>BaFin. In Bezug auf das Verwaltungsverfahren nach § 48 besteht damit ein vollständiger Vorrang der zunächst verfolgten anderweitigen Verfahrensform (solange diese noch anhängig ist bzw. sobald über diese rechtskräftig entschieden wurde). Wie in den Begründungen zu § 51 sowie zur Änderung der Schlichtungsstellenverfahrensverordnung in Artikel 2 ausgeführt wird, gilt der Vorrang der zunächst verfolgten Rechtsschutzmöglichkeit dagegen gegenüber der Klage vor den Zivilgerichten bzw. gegenüber dem Verfahren vor der nach § 14 Absatz 1 des Unterlassungsklagengesetzes zuständigen Verbraucherschlichtungsstelle jeweils nur eingeschränkt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 49 Anordnung bei unrechtmäßiger Ablehnung des Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags, Untätigkeit und Fristversäumnis</p> <p>(1) ¹Verweigert ein Verpflichteter dem Berechtigten den Abschluss eines Basiskontovertrags oder die Eröffnung eines Basiskontos, ordnet die Bundesanstalt gegenüber dem Verpflichteten den Abschluss eines Basiskontovertrags oder die Eröffnung eines Basiskontos zugunsten des Berechtigten an. ²Dies gilt nicht, wenn der Verpflichtete die Voraussetzungen einer Ablehnung des Antrags nach den §§ 34 bis 37 oder das Nichtvorliegen nach § 32 Absatz 1 zulässiger Voraussetzungen gegenüber der Bundesanstalt glaubhaft machen kann. ³In diesem Fall ist der nach § 48 Absatz 1 gestellte Antrag abzulehnen.</p> <p>(2) Die Anordnung des Abschlusses eines Basiskontovertrags nach Absatz 1 verpflichtet den Verpflichteten, dem Berechtigten ein Angebot auf Abschluss eines Basiskontovertrags zu machen und nach Abschluss des Basiskontovertrags ein Basiskonto zu eröffnen.</p> <p>(3) Die Bundesanstalt kann von dem Verpflichteten für die Anordnung eine Gebühr nach Maßgabe des § 14 Absatz 1 und 2 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes sowie der auf dieser Grundlage erlassenen Rechtsverordnung erheben.</p>	<p><u>Zu Absatz 1:</u> Das Vorliegen der Voraussetzungen für die Ablehnung des Antrags nach den §§ 34 bis 37 oder das Nichtvorliegen nach § 32 Absatz 1 zulässiger Voraussetzungen sind vom Verpflichteten glaubhaft zu machen. § 294 ZPO findet für die Glaubhaftmachung einer tatsächlichen Behauptung Anwendung; d.h. der Verpflichtete kann sich aller Beweismittel bedienen, auch die Versicherung an Eides statt kann zugelassen werden.</p> <p><u>Zu Absatz 2:</u> Nach § 49 Absatz 2 verpflichtet die Anordnung des Abschlusses eines Basiskontovertrags durch die BaFin nach Absatz 1 den Verpflichteten gegenüber dem Berechtigten dazu, dem Berechtigten ein Angebot auf Abschluss eines Basiskontovertrags zu machen und nach Abschluss des Basiskontovertrags durch die Annahme des Angebots durch den Berechtigten ein Basiskonto zu eröffnen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 50 Klage gegen die Bundesanstalt; Verordnungsermächtigung</p> <p>(1) ¹Gegen Anordnungen der Bundesanstalt gegenüber dem Verpflichteten gemäß § 49 Absatz 1 Satz 1 oder gegen Ablehnungen des Antrags des Berechtigten gemäß § 49 Absatz 1 Satz 3 ist die Klage des Verpflichteten oder des Berechtigten zulässig. ²Die Klage des Berechtigten ist auch gegen die Unterlassung einer beantragten Anordnung der Bundesanstalt zulässig, auf deren Vornahme der Berechtigte ein Recht zu haben behauptet, wenn die Bundesanstalt den Antrag ohne zureichenden Grund nicht binnen eines Monats nach Eingang eines vollständigen und zulässigen Antrags nach § 48 Absatz 1 entschieden hat. ³Für die Klage ist das Landgericht zuständig, in dessen Bezirk der Verpflichtete seinen Sitz hat. ⁴An dem Rechtsstreit sind der Berechtigte, der Verpflichtete und die Bundesanstalt beteiligt.</p> <p>(2) ¹Vor Erhebung der Klage sind von der Bundesanstalt Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der</p>	<p>§ 50 eröffnet im Interesse der Stärkung der Rechtsposition des Berechtigten einen Rechtsweg, der zivilprozessuale Elemente mit Elementen des verwaltungsrechtlichen Verfahrensrechts verbindet. Zuständig für die Klage des Berechtigten oder Verpflichteten sind nicht die üblicherweise für die Überprüfung von Behördenentscheidungen zuständigen Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit, sondern nach Absatz 1 Satz 3 das Landgericht. Dadurch soll, was die sachliche Zuständigkeit betrifft, ein Gleichlauf mit der Klage des Berechtigten gegen den Verpflichteten ohne verwaltungsrechtliches Vorverfahren hergestellt werden.</p> <p>Hierzu steht nicht im Widerspruch, dass vor der Klage nach Absatz 2 zunächst ein</p>



<p>Anordnung gemäß § 49 Absatz 1 Satz 1 oder 3 in einem Widerspruchsverfahren nachzuprüfen. ²Die §§ 69 bis 72 sowie § 73 Absatz 1 und 3 der Verwaltungsgerichtsordnung sind entsprechend anzuwenden. ³Widerspruch und Klage gegen eine Anordnung gemäß § 49 Absatz 1 Satz 1 oder 3 haben keine aufschiebende Wirkung.</p> <p>(3) ¹Die Klage muss innerhalb eines Monats nach Zustellung des Widerspruchsbescheids schriftlich bei dem zuständigen Gericht erhoben werden. ²Ergeht ohne zureichenden Grund in angemessener Frist auf einen Antrag keine Anordnung oder auf einen Widerspruch kein Widerspruchsbescheid, so ist die Klage abweichend von Absatz 2 Satz 1 zulässig und nicht an eine Frist gebunden.</p> <p>(4) ¹Auch wenn einer oder mehrere Beteiligte in einem Verhandlungstermin trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht erschienen sind, kann gleichwohl in der Sache verhandelt und entschieden werden. ²Hält das Gericht die Anordnung der Bundesanstalt für rechtswidrig, hebt es sie auf. ³Hält es die Ablehnung oder Unterlassung der Anordnung für rechtswidrig, so spricht es die Verpflichtung der Bundesanstalt aus, die beantragte Anordnung zu erlassen.</p> <p>(5) Das Gericht kann anordnen, dass die Kosten, die zur zweckentsprechenden Erledigung der Angelegenheit notwendig waren, von einem Beteiligten ganz oder teilweise zu erstatten sind, wenn dies der Billigkeit entspricht.</p> <p>(6) Abweichend von § 78 der Zivilprozessordnung kann sich die Bundesanstalt durch ein Mitglied der Behörde vertreten lassen.</p> <p>(7) Für das Verfahren gelten die Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend, soweit sich nicht aus den Vorschriften dieses Gesetzes etwas Abweichendes ergibt.</p> <p>(8) ¹Die Landesregierungen werden ermächtigt, die Zuständigkeit für Klagen gemäß Absatz 1 sowie für Klagen nach § 51 durch Rechtsverordnung einem Landgericht für die Bezirke mehrerer Landgerichte zuzuweisen. ²Die Landesregierungen können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.</p>	<p>Widerspruchsverfahren durchzuführen ist, in dem die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Entscheidung der Bundesanstalt von dieser noch einmal zu überprüfen ist. Für dieses Vorverfahren gelten die in der Norm genannten Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung, für das übrige Verfahren die Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend (Absatz 7).</p> <p>An dem Rechtsstreit sind der Berechtigte, der Verpflichtete und die BaFin beteiligt (Absatz 1 Satz 4).</p>
<p style="text-align: center;">§ 51 Klage gegen den Verpflichteten</p> <p>(1) Die Vorschriften dieses Abschnitts lassen die Zulässigkeit einer Klage des Berechtigten gegen den</p>	<p>Im Regelfall wird für den Verbraucher die Möglichkeit des Individualrechtsschutzes durch die BaFin nach den §§ 48, 49 die effektivste und am wenigsten aufwändige Möglichkeit darstellen, seinen Anspruch auf Abschluss eines Basiskontovertrags bzw. auf Eröffnung des Basiskontos durchzusetzen.</p> <p>Das Gesetz schließt aber daneben auch nicht die Möglichkeit aus, dass sich der Verbraucher unmittelbar wegen der Durchsetzung seiner Ansprüche gegen den Verpflichteten an die Zivilgerichte wendet. Bei einer solchen Klage des Berechtigten gegen den Verpflichteten auf Abschluss eines Basiskontovertrags oder auf Eröffnung eines Basiskontos, die unmittelbar – ohne vorherige Anrufung der BaFin – vor den zuständigen Zivilgerichten erhoben wird, handelt es sich um ein normales und grundsätzlich (vorbehaltlich der Regelungen in den Absätzen 2 und 3 sowie in § 50 Absatz 8) nach den allgemein geltenden zivilprozessualen Vorschriften zu führendes zivilgerichtliches Verfahren.</p> <p>Absatz 1 stellt klar, dass grundsätzlich auch die Zulässigkeit eines solchen Verfah-</p>



<p>Verpflichteten auf Abschluss eines Basiskontovertrags oder auf Eröffnung eines Basiskontos unberührt, soweit Absatz 2 nichts anderes bestimmt.</p> <p>(2) Die Klage des Berechtigten gegen den Verpflichteten auf Abschluss eines Basiskontovertrags oder auf Eröffnung eines Basiskontos ist unzulässig während der Anhängigkeit eines Verwaltungsverfahrens gemäß den §§ 48 bis 50 zur Durchsetzung des Anspruchs oder bei Vorliegen einer in einem solchen Verfahren ergangenen Entscheidung der Bundesanstalt, die unanfechtbar ist.</p> <p>(3) Für die Klage ist das Landgericht zuständig, in dessen Bezirk der Verpflichtete seinen Sitz hat.</p>	<p>rens durch die Vorschriften des vorliegenden Gesetzes unberührt bleibt: Eine Klage des Berechtigten gegen den Verpflichteten auf Abschluss eines Basiskontovertrags oder auf Eröffnung eines Basiskontos wird also insbesondere nicht im Hinblick darauf unzulässig, dass der Berechtigte stattdessen sein Rechtsschutzziel auch vor der BaFin hätte verfolgen können.</p> <p>Absatz 2 enthält allerdings eine Ausnahme zu diesem Grundsatz, die im Einklang mit dem schon in der Begründung zu § 48 dargelegten Prinzip steht, dass, sobald sich der Berechtigte für eine der möglichen Vorgehensweisen zur Durchsetzung seines Anspruchs auf Abschluss eines Basiskontovertrags oder auf Eröffnung eines Basiskontos entschieden hat, seine weitere Wahlmöglichkeit beschränkt wird. Absatz 2 bestimmt daher, dass die Klage des Berechtigten gegen den Verpflichteten auf Abschluss eines Basiskontovertrags oder auf Eröffnung eines Basiskontos unzulässig ist während der Anhängigkeit eines Verwaltungsverfahrens gemäß den §§ 48 bis 50, d.h. unter Einschluss auch des Widerspruchsverfahrens nach § 50 Absatz 2, zur Durchsetzung des Anspruchs oder bei Vorliegen einer in einem solchen Verfahren ergangenen Entscheidung der Bundesanstalt, die unanfechtbar ist. Dies gilt selbstverständlich nur dann, sofern es um denselben streitgegenständlichen Anspruch geht: Auch eine unanfechtbare Entscheidung über einen früheren Antrag des Berechtigten gegen den Verpflichteten auf Abschluss eines Basiskontovertrags steht der Zulässigkeit einer Klage des Berechtigten gegen den Verpflichteten wegen der Ablehnung eines erneuten Antrags auf veränderter Tatsachengrundlage nicht entgegen. Anders als § 48 Absatz 2 Nummer 2 gegenüber dem Verwaltungsverfahren nach § 48 sieht § 51 Absatz 2 keinen Vorrang des Verfahrens vor der nach § 14 Absatz 1 des Unterlassungsklagengesetzes zuständigen Verbraucherschlichtungsstelle gegenüber der in § 51 geregelten Klage gegen den Verpflichteten vor: Dies steht im Einklang mit den allgemeinen Wertentscheidungen des Regierungsentwurfs zum Verbraucherstreitbeilegungsgesetz, das keine solche Einschränkung des Zugangs zum Gericht vorsieht.</p> <p>§ 51 enthält keine gesonderte Regelung in Bezug auf die Feststellungsklage und die negative Feststellungsklage auf Bestehen bzw. Nichtbestehen einer Verpflichtung zum Abschluss eines Basiskontovertrags und zur Eröffnung eines Basiskontos: Auch hier gilt, dass die Vorschriften des vorliegenden Gesetzes eine solche unmittelbar vor den Zivilgerichten zu erhebende Klage nicht ausschließen. Es bedarf hier auch keiner Regelung nach dem Vorbild des Absatzes 2, da insoweit das Verhältnis zu einem bereits eingeleiteten Verwaltungsverfahren als einfacherem Weg der Rechtsdurchsetzung bereits hinreichend durch die Grundsätze zum Feststellungsinteresse nach § 256 ZPO beurteilt werden kann.</p>
<p style="text-align: center;">§ 52</p> <p style="text-align: center;">Mitteilung an die Bundesanstalt in Zivilverfahren</p> <p>In Streitigkeiten vor den Zivilgerichten um die Rechte und Pflichten des Berechtigten und des Verpflichteten auf Grund der Vorschriften dieses Gesetzes, soweit nicht ein Fall des § 50 vorliegt, hat das Gericht der Bundesanstalt eine Abschrift des Schriftsatzes zu übersenden, in dem erstmals in dem betreffenden Verfahren eine Bezugnahme auf die Bestimmungen dieses Gesetzes erfolgt.</p>	



Abschnitt 7 Sanktionen	
<p style="text-align: center;">§ 53 Bußgeldvorschriften</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none">1. entgegen § 10 Satz 2 eine Entgeltaufstellung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,2. entgegen § 14 Absatz 1 Nummer 1, 3 oder 5 eine Angabe nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt,3. entgegen § 14 Absatz 4 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,4. entgegen § 15 Satz 1 die standardisierte Zahlungskontenterminologie nicht verwendet,5. entgegen § 15 Satz 2 eine andere Bezeichnung verwendet,6. entgegen § 20 Absatz 1 Satz 1 Kontenwechselhilfe nicht oder nicht rechtzeitig erbringt,7. entgegen § 21 Absatz 1 Satz 3 oder § 27 Absatz 2 ein Formular nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig übermittelt,8. entgegen § 22 den übertragenden Zahlungsdienstleister nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig auffordert,9. entgegen § 23 Absatz 1 oder § 24 Absatz 1 eine Leistung nicht oder nicht rechtzeitig erbringt,10. entgegen § 23 Absatz 2 ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument sperrt,11. entgegen § 26 Absatz 3, 4 oder 5 ein Entgelt, eine Erstattung von Kosten oder eine Vertragsstrafe vereinbart,12. entgegen § 29 Nummer 1 ein Verzeichnis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,13. entgegen § 29 Nummer 2 einen Saldo nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig auszahlt und nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig überweist,14. entgegen § 29 Nummer 3 das Zahlungskonto nicht oder nicht rechtzeitig schließt,15. entgegen § 31 Absatz 2 Satz 1 den Abschluss eines Basiskontovertrags nicht oder nicht rechtzeitig anbietet,16. entgegen § 32 Absatz 1, auch in Verbindung mit Absatz 2, den Abschluss eines Basiskontovertrags von einer dort genannten Voraussetzung oder Koppelung abhängig macht oder17. entgegen § 38 Absatz 1 ein Basiskonto nicht führt. <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 bis 8 und 10 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu dreihunderttausend Euro geahndet werden.</p>	<p>¹Um eine wirksame Aufsicht über Zahlungsdienstleister und Institute zu gewährleisten, sieht dieses Gesetz Bußgeldvorschriften vor. Die Höhe des Bußgeldes steht im Gleichlauf zu § 56 KWG.</p> <p><u>Zu Absatz 1:</u> Die einzelnen bußgeldbewehrten Verstöße gegen dieses Gesetz werden in den Nummern 1 bis 17 aufgeführt.</p> <p><u>Zu Absatz 2:</u> Bei der Höhe der Geldbuße wird bei den einzelnen in Absatz 1 getroffenen Bußgeldregelungen für vorsätzliches und fahrlässiges Verhalten – ebenfalls in Anlehnung an § 56 KWG – nach der Bedeutung der einzelnen bußgeldbewehrten Pflichten und des sich daraus resultierenden Sachverhaltsunwerts differenziert.</p>

¹ Nachfolgende Begründung befand sich in der Gesetzesbegründung zu § 52. Hierbei muss es sich um einen Redaktionsfehler handeln, sodass die Begründung zu § 53 verschoben worden ist.



(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Bundesanstalt.

Zu Absatz 3:

Die Regelung, die Bundesanstalt als Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vorzusehen, ergibt sich aus Artikel 21 Absatz 1 der Zahlungskontenrichtlinie, der verlangt, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Aufsichtsbehörden mit allen zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Befugnissen ausgestattet werden.



Blog: www.paytechlaw.com

Twitter: [@PayTechLaw](https://twitter.com/PayTechLaw)